Werkstattbericht der
Forschungs- und
Dokumentationsstelle zur
Analyse politischer und
religiöser Extremismen
in Niedersachsen (FoDEx)

14
—
24

Demokratie-Dialog

(K)ein Lückenfüller?

*Simon T. Franzmann,
Nadine Kasten, Alexander Hensel*

Weckruf für die wehrhafte Demokratie?

Alexander Hensel, Greta Jasser

Der 7. Oktober und die radikale Linke

Philipp Scharf

Inhalt

Demokratie und politische Kultur

Die gefühlte Spaltung der Gesellschaft – eine Rezension zu „Triggerpunkte“

Laura Krug / Emelie Siepert 4

(K)ein Lückenfüller?

Zu Profil und Programm der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)

Simon T. Franzmann / Nadine Kasten / Alexander Hensel 12

Linker Radikalismus

Der 7. Oktober und die radikale Linke

Über die diskursive Auseinandersetzung mit Antisemitismus

Philipp Scharf 28

Radikaler Islam

War das Scheitern des Westens in Afghanistan vermeidbar?

Rezension zu Timor Sharan (2023): Inside Afghanistan – Political Networks, Informal Order, and State Disruption

Lino Klevesath 38

Rechtsradikalismus

Einstürzende Brandmauern?

Zum Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien

Simon T. Franzmann 48

Weckruf für die wehrhafte Demokratie?

Zu den Massenprotesten gegen den „Masterplan" zur „Remigration", Rechtsextremismus und die AfD

Alexander Hensel / Greta Jasser 60

Protest oder Ideologie?

Bestimmungsgründe für die Wahl der AfD in Niedersachsen

Sally A. Fitzpatrick / Philipp Harfst 70

Demokratie und politische Kultur

DOI: https://doi.org/10.17875/gup2024-2628
Krug, Laura / Siepert, Emelie (2024): „Die gefühlte Spaltung der Gesellschaft – eine Rezension zu Triggerpunkte" In: Demokratie-Dialog 14 (2024) S. 4–11.

Die gefühlte Spaltung der Gesellschaft – eine Rezension zu „Triggerpunkte"

Laura Krug / Emelie Siepert

Polarisierungs- oder Spaltungsdiagnosen haben in der öffentlichen Debatte Konjunktur. Der Blick in Zeitungen, Talkshows und Social Media-Beiträge zeigt, dass solche Befunde über die letzten Jahre omnipräsent waren. In multiplen Konfliktlagen stünden sich, so die vornehmliche These, zwei Lager unversöhnlich gegenüber: KosmopolitenInnen vs. KommunitaristenInnen, Stadt- vs. Landbevölkerung, AkademikerInnen vs. Arbeiterklasse. Gleichwohl gibt es zahlreiche Untersuchungen, die zwar eine große öffentliche Verbreitung der Erzählung von einer gespaltenen Gesellschaft konstatieren, aber gleichzeitig darlegen, dass empirische Daten diese These einer klassisch dichotomen Lagereinteilung zumindest für Deutschland nicht stützen.[1]

In einer großangelegten Studie sind auch die Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser der Frage nachgegangen, wie polarisiert die deutsche Gesellschaft tatsächlich

1 Vgl. dazu Herold, Maik/Joachim, Janine/Otteni, Cyrill/Vorländer, Hans: Polarisierung in Deutschland und Europa. Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern. MIDEM Studie 2023-2. Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM), Dresden 2023; Kaube, Jürgen/Kieserling, André: Die gespaltene Gesellschaft, Berlin 2022; Dochow-Sonderhaus, Stephan/Teney, Céline: Opinion polarization of immigration and EU attitudes between social classes – the limiting role of working class dissensus, in: European Societies 2024, S. 1–32, https://doi.org/10.1080/14616696.2024.2312948.

ist und wie stark sich die Meinungen innerhalb der letzten 30 Jahre in Bezug auf mehrere kontroverse „Arenen der Ungleichheit" (37)[2] wie Umverteilung (Oben–Unten), Migration (Innen–Außen), Diversität und Gender (Wir–Sie) sowie Klimawandel (Heute–Morgen) auseinanderentwickelt haben. Der Begriff „Arena" ist von den Autoren bewusst gewählt. Eine Arena beschreibe fokussierte Räume der Auseinandersetzung, in denen über bestimmte Ungleichheitsdynamiken verhandelt und gerungen werde. Das Austragen der Konflikte finde in und teilweise auch unter Beteiligung der Öffentlichkeit statt.

Die Ergebnisse ihrer Studie bündeln die Soziologen in ihrem im Herbst 2023 erschienenen Buch „Triggerpunkte", für das Fokusgruppen die empirische Grundlage lieferten.[3] Diese setzten sich jeweils aus Angehörigen des ökonomischen Prekariats, der oberen Mittelschicht sowie aus Personen zusammen, die im standardisierten Auswahlgespräch jeweils unterschiedliche Wertorientierungen vertreten hatten. Einem mixed-methods-Design folgend wurden die Fokusgruppengespräche durch repräsentative Umfragen vorstrukturiert, in welchen die Einstellungen zu den Konfliktarenen sowie Daten zur Soziodemografie, Lebensführung und Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen erhoben wurden. Über die Auswertung von Dauerbefragungen[4] konnten die Autoren zudem die Einstellungen innerhalb der Gesellschaft zu den verschieden Ungleichheitskonflikten im Zeitverlauf nachvollziehen. In den Fokusgruppen wurden emotionalisierte Themenfelder der Konfliktarenen, die sogenannten „Triggerpunkte", identifiziert und die dazugehörigen Argumentationsmuster herausgearbeitet.

Triggerpunkte statt gesellschaftlicher Spaltung

„This is not America" (17), konstatieren die Autoren gleich zu Beginn. Die deutsche Gesellschaft sei nicht so gespalten, wie es den Anschein habe. Vielmehr zeigten die empirischen Daten einen differenzierteren, präziseren und teilweise verblüffenden Befund, den die Autoren mit einem besonderen Bild veranschaulichen: Eine stärker polarisierte Gesellschaft, wie in den USA, sei wie ein Kamel mit zwei Höckern, die ein unüberwindbarer Graben trenne. Die Höcker symbolisieren die gesellschaftlichen Großlager, die sich mehr oder weniger unversöhnlich gegenüberstehen. Ihre Studie dagegen zeige, dass Deutschland eher einem Dromedar mit einem Höcker ähnele; eine Gesellschaft, in der die allermeisten Menschen bei vielen Themen nach wie vor in der Mitte nah beieinanderstehen. Die Mehrheit ließe sich somit nicht eindeutig in stark konturierten Lagern verorten. Es gäbe bei vielen Themen immer noch einen Grundkonsens. Dieser sei allerdings durch bestimmte Triggerpunkte und immer radikaler geführte Debatten um diese – etwa in den Sozialen Medien – gefährdet.

Unter Triggerpunkten verstehen die Autoren „Sollbruchstellen der öffentlichen Debatte" (278/387), an denen Menschen von der Sachauseinandersetzung in sehr emotionalisierte Konflikte übergehen. Bestimmte Themen wie die Einführung eines Tempolimits oder die Verwendung eines Gender-Sternchens würden die Menschen besonders emotionalisieren, etablierte Alltagsnormen würden hier herausgefordert. Es ginge dann nicht mehr darum, einem abstrakten Wert wie Klimaschutz zuzustimmen,

2 Sofern im Text Seitenzahlen in Klammern angegeben sind, beziehen sie sich sämtlich auf Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023.

3 Ein Übersichtsdokument zur Vorgehensweise und Datengrundlage findet sich hier: Mau, Steffen/ Lux, Thomas/ Westheuser, Linus: Onlineanhang zu Steffen Mau/Thomas Lux/Linus Westheuser, Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, URL: https://media.suhrkamp.de/mediadelivery/asset/b2146fdda5514a81b848d1f6cf8434f1/Onlineanhang_Triggerpunte.pdf?contentdisposition=inline [eingesehen am 28.02.2024].

4 Die ausgewerteten Dauerbefragungen gehen bis in die 1980er Jahre zurück. Es handelt sich hierbei um Sekundärdaten.

sondern die Diskussionen um Triggerpunkte zeigten vielmehr, in welcher Art und Weise um das ‚wie' der konkreten Antworten auf die Herausforderungen der einzelnen Arenen gestritten werde. Dabei falle auf, dass die diskutierten und tatsächlichen Veränderungen vielen Menschen schnell viel zu weit gehen. Die Autoren konstatieren hier insbesondere eine klassenspezifische „Veränderungserschöpfung" (349).

Das Besondere an der Arbeit von Lau, Lux und Westheuser liegt darin, dass die Autoren nicht in der bloßen Beschreibung der sensibilisierten Bereiche der einzelnen Ungleichheitsarenen verharren. Vielmehr stellen sie eine ordnende „Taxonomie der Trigger" (276) vor, welche auf Ungleichbehandlungen, Enttäuschungen von Normalitätserwartungen, Verletzungen von Kontrollerwartungen und Eingriffe in Autonomieerwartungen zurückzuführen seien. Wenn gesellschaftliche Veränderungen entlang von Triggerpunkten verhandelt würden, würde somit schlaglichtartig ein Blick auf die dahinterliegende „Gesamtkontur des gesellschaftlichen Moralgerüsts" (278) möglich, das ansonsten in Dunkelheit verbleibe. Der Gesellschaftsvertrag blitze hervor.

Eine ordnende Taxonomie gesellschaftspolitischer Trigger und Erwartungshaltungen

Aus den Fokusgruppendiskussionen ergeben sich für die Autoren vier Erwartungshaltungen, die durch unterschiedliche Trigger, also durch eine Herausforderung des von den Betroffenen als Normalität empfundenen Zustands, verletzt werden können.

So äußerten sich Menschen erstens empört, wenn sie sich von „Ungleichbehandlungen" (248) betroffen sehen. Diese würden besonders deutlich, wenn über Diskriminierungserfahrungen berichtet oder eine Bedrohung der eigenen privilegierten Position durch die Stärkung von Rechten marginalisierter Gruppen befürchtet werde. Im letzteren Fall handele es sich um Gleichheitsforderungen, die als überzogen wahrgenommen würden.

Eine weitere Ausprägung der verletzten Erwartungshaltungen äußere sich zweitens in einer Übertretung von Normalitätsvorstellungen. Diese sei häufig vager definiert als die Überschreitung von Gleichheitserwartungen, da diese oft implizit blieben und stetig im Wandel seien. „Normalitätsverstöße" (253) träten dann auf, wenn Überschreitungen sozialer Normen oder Verhaltensregeln beobachtet würden. Es komme somit zu einer Abgrenzung zwischen sich und ‚den anderen', welche gegen die Normen verstoßen und in Folge pauschalisiert abgelehnt würden. Eine Übertretung der Normalitätsvorstellungen werde dann als Bedrohung wahrgenommen, wenn man sich selbst mit dem, was als normal gilt, identifiziere.

Führe man die Sorge um die Verletzung der eigenen Normalitätsvorstellungen fort, so ergebe sich die dritte Dimension der verletzten Erwartungen: „Entgrenzungsbefürchtungen" (260). Sie beinhalteten, dass auf eine erste Grenzüberschreitung immer weitere, unkontrollierbare Normalitätsverstöße folgen würden. Eine besondere Rolle spiele dann die Sorge, dass marginalisierte Gruppen zunehmend Ansprüche an die Mehrheitsgesellschaft stellen würden. Die Autoren sprechen von einer befürchteten „Inflation der Ansprüche" (262).

Als vierte Dimension der möglichen Verletzung der eigenen Erwartungshaltung würden darauf aufbauend zudem „Verhaltenszumutungen" (265) befürchtet. Hierbei ginge es weniger darum, dass bestimmte moralische Ansprüche verletzt oder Kontrollerwartungen nicht mehr erfüllt würden, sondern um die Sorge, zu bestimmten Handlungen oder beispielsweise Sprechweisen verpflichtet oder gezwungen zu werden. Man habe das Gefühl, nicht mehr selbstbestimmt entscheiden zu können und wende sich dagegen, indem man Forderungen kategorisch abweise, da sie als eine Einschränkung der eigenen Freiheit wahrgenommen würden.

Typ	Trigger	verletzte Erwartungen	Beispielthemen
Ungleichbehandlungen	ungerechte Benachteiligungen oder Übervorteilungen verletzte Anspruchshierarchien	*Egalität* formale Gleichheit, Verdientheit, Reziprozität	»Sonderrechte« für Minderheiten, rassistische Diskriminierung, leistungslose Vermögen
Normalitätsverstöße	Ordnungsverlust, Devianz, Schmutz Identitätsbedrohung durch Verschiebung des Normalen	*Normalität* Regeln, Gewohnheiten, geteilter Common Sense	»Scharia«, »Ausländerkriminalität«, dekadenter Lebensstil der Reichen, Transfrauen in Frauenumkleiden
Entgrenzungsbefürchtungen	unkontrollierbare Steigerung und Beschleunigung von Veränderungen Anspruchsinflation	*Kontrolle* Stabilität, Steuer- und Berechenbarkeit	»Grenzöffnungen«, Quoten, Folgen des Klimawandels, Ansprüche an den Sozialstatt
Verhaltenszumutungen	Eingriffe in Handlungsroutinen irritierte Verhaltenserwartungen, Stigmatisierung von Verhalten	*Autonomie* (private) Selbstbestimmung, Freiheit von Vorgaben	»Sprechverbote« und Sprachreformen, Veggie-Day, Tempolimit, überkommene Geschlechterrollen

Abbildung 1: Taxonomie der Triggerpunkte; Quelle: Steffen Mau / Thomas Lux / Linus Westerheuser: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, S. 276, Berlin 2023. © Suhrkamp Verlag

Strukturierung der Konflikte über die gesellschaftlichen Ränder

Die als Irritationen des moralischen Grundverständnisses charakterisierten Triggerpunkte formten die öffentlichen Debatten, bei einer gleichzeitigen Entideologisierung der breiten Mitte der Gesellschaft. Diese äußere sich in wachsenden Wechselwählerschaften, einer geringeren Parteienbindung und damit verbunden in einer nachlassenden Mobilisierbarkeit der Bevölkerung. Eine zentrale These des Buches lautet, dass sich die Politisierung der Mitte der Gesellschaft tatsächlich eher abgeschwächt habe. An den gesellschaftlichen Rändern sei dies hingegen anders. Denn während die Mitte ein Stück weit leiser geworden sei, seien die Ränder zugleich sehr laut und beschallten die Konflikte. Im Ergebnis würden politische Konflikte also stärker über die Ränder strukturiert. Dadurch könnte leicht der Eindruck entstehen, wir lebten in einer polarisierten Gesellschaft.

Um diese Dynamik zu erklären, arbeiten die Autoren mit dem Begriff der „Affektpolitik" (373). Hierunter wird der Versuch z. B. von politischen AkteurInnen verstanden, über die Emotionalisierung entlang von Trigger-Themen, Menschen zu mobilisieren und zum politischen Mitmachen zu bewegen. Für die politischen Parteien am Rand, also insbesondere die AfD, funktioniere Affektpolitik besonders effektiv, da sie mit stark emotional aufgeladenen Themen operiere. Aber auch politische AkteurInnen und Parteien, die nicht zum Rand gehörten, würden Affektpolitik zunehmend nutzen, da auch sie darauf angewiesen seien, Affekte zu erzeugen. Denn wenn die Mitte nicht mehr so stark ideologisiert oder an Parteien gebunden sei, dann sei Affektpolitik eine Art Ersatzpolitik, die eine an Inhalten ausgerichtete Politik ein Stück weit überlagern könne.

In einer solchen Situation hätten „Polarisierungsunternehmer" (375) wie die AfD leichtes Spiel. Im politischen Tagesgeschäft könne man beispielsweise beobachten, wie solche Akteu-

re häufig in einer Wartestellung verharrten, bis sich das nächste Aufreger-Thema andeute. Dann würden die „politischen Wegelagerer" (376) aktiv, nähmen die sich an verschiedenen Themen entzündenden Unzufriedenheiten auf und formten mit ihnen die künftige Debatte. Polarisierungsunternehmer könnten so Aufmerksamkeit auf sich ziehen und neue WählerInnen gewinnen.

Soziale und politische Verortung über Triggerpunkte

Der Einsatz von Affektpolitik erleichtere der Bevölkerung eine politische und soziale Verortung. Denn die Mehrheit analysiere keine Parteiprogramme, sondern habe vielmehr ein diffuses Gefühl zur politischen Landschaft. Gleichwohl versuchten sich Menschen permanent zu verorten, um Zugehörigkeit zu definieren. Für die Bevölkerung fungierten die Triggerpunkte als „Positionslichter" (376) im Dunkeln. Man versuche immer wieder festzustellen, ob man sich darauf zu- oder wegbewegen müsse – je nachdem, wo man seine Peergroup verorte.

In diesem Sinne seien Triggerpunkte Einfallstore für eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft. Würden die als Zumutungen empfundenen Triggerpunkte medial und politisch aufgerufen und immer wieder bespielt, gerieten sie ins Zentrum der politischen Debatte. Entsprechend konstatieren die Autoren, dass Konflikte nicht einfach entstehen, sondern durch Polarisierungsunternehmer geschürt würden. Wochenlang kreise dann die öffentliche Debatte um dieselben Themen. Andere wichtige Aspekte der Arenen gerieten aus dem Blickfeld, stellen die Autoren verwundert fest, auch wenn ihre Auswirkungen auf die Lebensrealität der Menschen teilweise ungleich größer seien.

Heute-Morgen-Arena: enormes Konfliktpotenzial durch eine „Klassenfrage im Werden"

Wo gibt es für Polarisierungsunternehmer besonders viele „Gelegenheitsmärkte" (377)? Viel Potenzial durch „‚ungesättigte', nicht eingehegte Konflikte" (377) biete neben der Innen-Außen-Arena zum Thema Migration vor allem die Heute-Morgen-Arena. In Bezug auf den Klimawandel konstatieren die Autoren, dass der Konflikt in der Öffentlichkeit häufig fälschlich als Konflikt zwischen KlimawandelleugnerInnen auf der einen und Klimabewegten auf der anderen Seite beschrieben werde. Menschen, welche den anthropogenen Klimawandel per se leugneten, gäbe es im bundesdeutschen Schnitt und im Gegensatz zu den USA jedoch relativ wenige. Der wichtigste Konflikt in dieser Arena drehe sich vielmehr um die Frage, wie die Transformation organisiert werden solle: Geschwindigkeit und Lastenverteilung seien wichtige Konfliktlinien. Hier treffen dann laut Mau, Lux und Westheuser eine „Ökologie der Mittelklasse" und eine „Ökologie der Arbeiterklasse"[5] aufeinander. Während erstere stark kognitiv ausgerichtet sei und sich um Wahlfreiheiten bzw. um Entscheidungen für oder gegen einen nachhaltigen Lebensstil drehe, drücke sich die Ökologie der Arbeiterklasse wesentlich stärker in Begriffen des Ökonomischen und des Sozialen und damit in Konsequenzen für den eigenen Lebensstandard aus. Vor diesem Hintergrund würden dann zentrale Konflikte wie um das Gebäudeenergiegesetz oder um individuelle Mobilität in sehr unterschiedlichen Tonlagen diskutiert.

Die Frage, wie die Herausforderungen in der Heute-Morgen-Arena gemeistert werden, sei somit eine „Klassenfrage im Werden" (220). Die Autoren formulieren vier einordnende Dimensionen, entlang derer sich diese Frage zukünftig stellen

5 Die Autoren beziehen sich hier auf Begriffe, die von Matthew Huber in die Debatte eingeführt wurden, vgl. Huber, Matthew: Climate Change as Class War. Building Socialism on a Warming Planet, London 2022.

werde: Erstens ließe sich eine klassenspezifisch ungleiche Verursachung des anthropogenen Klimawandels festhalten, da dieser vor allem „von oben befeuert" (220) werde, sowohl in nationaler als auch in globaler Hinsicht. Zweitens gäbe es auch bei der Betroffenheit eine klare Trennlinie zwischen Arm und Reich: Die ärmeren Schichten, sowohl national wie international, wären dem Klimawandel durch fehlende Entzugs- und Anpassungsmöglichkeiten wesentlich stärker ausgeliefert. Drittens ergebe sich eine klassenspezifische Ungleichheit auch aufgrund der sozioökonomischen Transformationskosten. Der Alltag vieler Menschen werde aufgrund der Einpreisung von ökologischen Folgekosten für beispielsweise Mobilität und Ernährung absehbar teurer. Dies wiederum werde klassenspezifische Konsequenzen haben. Als vierte trennende Dimension weisen die Autoren darauf hin, dass sich die Klassenfrage keineswegs nur auf materielle Unterschiede beziehe. Auch symbolische Kämpfe um den ‚richtigen' Lebensstil und somit die gesellschaftliche Anerkennung könnten zum Konflikt beitragen.

Resümee

Mit „Triggerpunkte" legen Mau, Lux und Westheuser eine umfangreiche Vermessung von Konflikten um Ungleichheiten vor. Ihre empirisch gesättigten Befunde liefern einen reichen Fundus an Erkenntnissen und bieten zahlreiche Ausgangspunkte für weitere Forschung. Insbesondere die skizzierten Herausforderungen in der Klimawandel-Arena stellen eine enorme Belastungsprobe für demokratische Gesellschaften dar, da die Debatten in dieser Arena durch die Ungleichzeitigkeit der kollektiven Selbstbindung in der Gegenwart und dem damit verbundenen möglichen Freiheitsgewinn in der Zukunft geprägt sind.[6] Besonders beeindruckend ist „Triggerpunkte" auch in sprachlicher Hinsicht: Wortgewaltig und einprägsam finden die Autoren immer wieder Sprachbilder, um die zerklüftete Konfliktlandschaft zu beschreiben.

Doch welchen Ausblick für die Befriedung der Konflikte liefern die Autoren? Wie kann einer stärkeren Polarisierung entgegengewirkt werden? Die Autoren formulieren erste, auch arenenspezifische Ansatzpunkte, wobei dieser Abschnitt umfangreicher hätte ausfallen können. Der Großteil des Buches ist der Beschreibung der Herausforderungen in den Ungleichheitsarenen gewidmet. Gerne hätte man hier mehr Hinweise der Autoren zur Ummünzung ihrer Einsichten in konkrete Handlungsempfehlungen erhalten, die sich auch mit den bestehenden politischen und sozialen Alltagspraktiken harmonisieren lassen. Dies gilt umso stärker, da die Autoren aufzeigen, wie viel Strecke und Forschung weiterhin bei der Formulierung und Umsetzung von „Befriedungsmöglichkeiten" (420) zurückzulegen und zu leisten ist.

Wie also nun Polarisierungstendenzen begegnen? Um einer Emotionalisierung durch die Reduzierung der Konflikte auf Affekte entgegenzuwirken, sei es für politische AkteurInnen zunächst entscheidend, Strategien zu entwickeln, die zu einer Versachlichung der Debatten beitragen würden. Analytisch könne dies gelingen, indem etwa die Verletzungen der Wertvorstellungen hinter den Diskussionen um Triggerthemen identifiziert würden. Welche Erwartungshaltungen führen bei welchen Themen zu einer Zustimmung bzw. Ablehnung von Veränderungen? Diese müssten dann auf die öffentliche Tagesordnung gerückt werden. Damit könne der Fokus auch stärker auf die Notwendigkeit von Konsens- und Kompromissfindung gerichtet werden. Nur so gelinge eine konstruktive Weiterentwicklung des Gesellschaftsvertrags. Hierfür müsse den moderaten Stimmen – auch und gerade in der öffentlichen Debatte – mehr Raum gegeben, der Common Ground stärker betont werden. Nach dem Prinzip der „mo-

6 Vgl. dazu Heidenreich, Felix: Nachhaltigkeit und Demokratie. Eine politische Theorie, Berlin 2023.

ralischen Plausibilität" (407)[7] müsse der Versuch unternommen werden, sich wieder verstärkt auf bestimmte Verteilungs- und Anerkennungsmodi zu verständigen, die man selbst als plausibel und fair anerkenne, von denen man jedoch zugleich auch berechtigter Weise annehme, dass andere diese ebenfalls als plausibel und fair akzeptieren würden. Der „Gerechtigkeitsfrage in institutionellen Designs" (409) komme eine zentrale Rolle zu.

Konfliktbefriedung über Kompromissbildung geschehe laut Mau, Lux und Westheuser nicht nur über politische AkteurInnen, sondern auch und gerade über alle anderen die Gesellschaft konstituierenden Akteursgruppen. Man hätte an dieser Stelle gerne mehr erfahren. Denn von zentraler Bedeutung wird sein, wie sich ganz praktisch ein breites Bündnis gegen Polarisierungstendenzen schmieden lässt und wie sich hier auch AkteurInnen integrieren lassen, die sich gegenwärtig im Graubereich zwischen Versachlichung und Polarisierungsunternehmertum bewegen. Besonders spannend müssen in diesem Kontext die – rund um die großflächige Vermarktung des Buches – stattgefundenen Hintergrundgespräche mit Stakeholdern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft abgelaufen sein, bei denen die Einsichten von Lau, Lux und Westheuser auf die Alltagsrealität dieser Akteure trafen. Wie überzeugt man beispielsweise verschiedene politische AkteurInnen zeitgleich davon, die eigene Kommunikation künftig stärker an Grundsätzen der Sachlichkeit zu orientieren, wenn – sofern nicht alle mitmachen – für sie damit die Gefahr von Bedeutungs- oder gar WählerInnenverlust verbunden ist? Wer soll diesen Prozess initiieren und orchestrieren, das Kanzleramt? Auch zu diesen Punkten ist anknüpfende Forschung sinnvoll.

Nach der Lektüre ist es zudem notwendig, sich erneut den Gegenstand des Buches, also den Ausschnitt der untersuchten Wirklichkeit, vor Augen zu führen: Es geht um die Einstellungen der Bevölkerung, insbesondere solche, die negativ ausfallen, um gefühlte Konflikte und die dahinterliegenden enttäuschten Erwartungshaltungen, die sich an den Triggerpunkten erkennen lassen. Nur so lässt sich nachvollziehen, warum Grüne und AfD als gleichermaßen extreme Pole charakterisiert werden. Diese Einstellungen und Triggerpunkte decken sich eben nicht unbedingt mit den realen Herausforderungen, die ein Themenfeld wie den Klimawandel umgeben. Sie sind aber bei der Befriedung von Konflikten von herausragender Bedeutung.

Abbildung 2: Steffen Mau / Thomas Lux / Linus Westerheuser: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023. © Suhrkamp Verlag

7 Die Autoren beziehen sich hier auf den von Claus Offe eingeführten Begriff der moralisch plausiblen Institutionen, vgl. Offe, Claus: How can we trust our fellow citizens, in: Warren, Mark E. (Hrsg.): Democracy and Trust, Cambridge 1999, S. 42–87, https://doi.org/10.1017/CBO9780511659959.003.

Literatur:

Dochow-Sonderhaus, Stephan/Teney, Céline: Opinion polarization of immigration and EU attitudes between social classes – the limiting role of working class dissensus, in: European Societies 2024, S. 1–32, https://doi.org/10.1080/14616696.2024.2312948.

Heidenreich, Felix: Nachhaltigkeit und Demokratie. Eine politische Theorie, Berlin 2023.

Herold, Maik/Joachim, Janine/Otteni, Cyrill/Vorländer, Hans: Polarisierung in Deutschland und Europa. Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern. MIDEM Studie 2023-2. Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM), Dresden 2023.

Huber, Matthew: Climate Change as Class War. Building Socialism on a Warming Planet, London 2022.

Kaube, Jürgen/Kieserling, André: Die gespaltene Gesellschaft, Berlin 2022.

Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023.

Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus: Onlineanhang zu Steffen Mau/Thomas Lux/Linus Westheuser, Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, URL: https://media.suhrkamp.de/mediadelivery/asset/b2146fdda5514a81b848d1f6cf8434f1/Onlineanhang_Triggerpunte.pdf?contentdisposition=inline [eingesehen am 28.02.2024].

Offe, Claus: How can we trust our fellow citizens, in: Warren, Mark E. (Hrsg.): Democracy and Trust, Cambridge 1999, S. 42–87, https://doi.org/10.1017/CBO9780511659959.003.

Laura Krug ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratieforschung und in der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen. Ihr Arbeitsschwerpunkt ist die Demokratie- und Einstellungsforschung im Kontext der Verkehrs- und Energiewende.

Emelie Siepert arbeitet seit August 2023 als studentische Mitarbeiterin am Institut für Demokratieforschung in der Forschung- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismus in Niedersachsen (FoDEx).

DOI: https://doi.org/10.17875/gup2024-2629
Franzmann, Simon T. / Kasten, Nadine / Hensel, Alexander (2024): „(K)ein Lückenfüller? Zu Profil und Programm der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)" In: Demokratie-Dialog 14 (2024) S. 12–25.

(K)ein Lückenfüller?

Zu Profil und Programm der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)

Simon T. Franzmann / Nadine Kasten / Alexander Hensel

Nach jahrelangen Strömungskämpfen war es Anfang 2024 so weit – es brach krachend auseinander, was innerparteilich längst zutiefst gespalten war: Der Flügel um Sahra Wagenknecht verabschiedete sich aus der Partei Die Linke. Zugleich gründete sich mit dem nach ihrer Führungsfigur benannten Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) eine neue Partei, deren Provenienz zunächst auf eine Zugehörigkeit zum linken Spektrum hindeutet. Im Gegensatz zur Partei Die Linke scheint sich das BSW jedoch auch mit einigen soziokulturell-konservativen beziehungsweise traditional-autoritären Positionen zu profilieren zu versuchen. Wenn sich dies anhand der Parteiprogrammatik bestätigen lässt, könnte etwas entstehen, was im deutschen Parteiensystem bislang so nicht eigenständig vorkam: eine Partei mit linksautoritärer Ausrichtung.[1] Damit würde das BSW eine programmatische Lücke füllen, da beispielsweise die AfD zwar bereits autoritäre Positionen bedient, mit ihrer Programmatik allerdings ökonomisch zumeist rechte, nicht linke Angebote macht – und das, obwohl die AfD-Wähler:innenschaft sich zum Teil von freien ökonomischen Marktprozessen bedroht fühlt

1 Vgl. Wagner, Sarah / Wurthmann, L. Constantin / Thomeczek, Jan Philipp: Bridging Left and Right? How Sahra Wagenknecht Could Change the German Party Landscape, in: Politische Vierteljahresschrift H. 64/2023, S. 621–636, https://doi.org/10.1007/s11615-023-00481-3, hier S. 634; sowie Wagner, Aiko: Lechts oder rinks? Das Bündnis Sahra Wagenknecht im Parteienwettbewerb, in: FES impuls (2023), S. 2f., URL: https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20846-20231215.pdf [eingesehen am 16.03.2024].

und staatliche Umverteilung befürwortet.[2] Das BSW könnte mit einer linksautoritären Ausrichtung genau solche bislang nicht repräsentierten Teile des Elektorats adressieren. Der Politikwissenschaftler Aiko Wagner (2023) vermutet auf Basis einer Untersuchung zur Arbeiter:innenschaft, dass das BSW eher für die AfD denn für Die Linke oder für die anderen etablierten Parteien eine Wähler:innenkonkurrenz darstellen könnte.[3] Er bestätigt damit einen Befund von Sarah Wagner, Constantin L. Wurthmann und Jan Philipp Thomeczek (2023).[4] Eine systematische Untersuchung der BSW-Programmatik steht aber noch aus. Ob sich das BSW tatsächlich als linksautoritär einordnen lässt, soll im Folgenden anhand seiner bislang veröffentlichten Programmpapiere analysiert werden. Anschließend soll die Attraktivität dieser Programmatik für Wähler:innen auf Basis der Daten des Niedersächsischen Demokratiemonitors (NDM) kurz diskutiert werden.

Die linksautoritäre Repräsentationslücke

Das Konzept des Linksautoritarismus wird seit gut einer Dekade von der internationalen Parteienforschung immer stärker ventiliert.[5] Ausgehend von einer zweidimensionalen Vorstellung des politischen Wettbewerbs, bestehend aus einer sozioökonomischen Links-/Rechts- und einer soziokulturellen GAL-/TAN-Dimension[6], beschreibt der Begriff eine Kombination aus sozioökonomisch linken sowie soziokulturell autoritären, national-konservativen Positionen.[7] Linksautoritäre Positionen finden sich vielfach in der ökonomischen Unter- und unteren Mittelschicht bei Personen mit niedrigem Einkommen und geringer Bildung, oft in Verbindung mit Unzufriedenheiten bezüglich des Zustands der Demokratie und des aktuellen Parteienangebots.[8] Hierfür gibt es verschiedene Ursachen, wie die Orientierung an partikularistischen Werten und eine Bevorzugung der eigenen In-Group gegenüber Out-Groups[9], oder ein sowohl ökonomisch als auch kulturell geprägtes Schutzbedürfnis, das sich in der Befürwortung des Sozialstaats, geschlossener Grenzen und konservativer Ordnungsvorstellungen äußert.[10]

Tatsächlich weist ein relevanter Anteil von Wähler:innen in Westeuropa linksautoritäre Einstel-

2 Vgl. Cohen, Denis: Ökonomisches Risiko und die elektorale Anziehungskraft der AfD, in: Weßels, Bernhard/Schoen, Harald (Hrsg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017, Wiesbaden 2021, S. 297–320.

3 Vgl. Wagner: Lechts oder rinks?, S. 4.

4 Vgl. Wagner/Wurthmann/Thomeczek: Bridging Left and Right?, S. 634.

5 Vgl. Lefkofridi, Zoe/Wagner, Markus/Willmann, Johanna E.: Left-authoritarians and policy representation in Western Europe. Electoral choice across ideological dimensions, in: West European Politics, Jg. 37 (2014), H. 1, S. 65–90, https://doi.org/10.1080/01402382.2013.818354.

6 GAL = grün-alternativ-libertär, TAN = traditional-autoritär-national.

7 Lefkofridi/Wagner/Willmann: Left-authoritarians and policy representation in Western Europe, S. 71f.

8 Steiner, Nils/Hillen, Sven: Links-autoritäre Bürger bei der Bundestagswahl 2013. Sozialstrukturelle Determinanten und Konsequenzen einer Angebotslücke für Wahlbeteiligung und Regimeunterstützung, in: Steinbrecher, Markus/Bytzek, Evely/Rosar, Ulrich (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen. Identität – Identifikation – Ideologie, Wiesbaden 2019, S. 181–216, DOI: 10.1007/978-3-658-25604-3_6, hier S. 210.

9 Vgl. Mellon, Jonathan/Prosser, Christopher: Authoritarianism, Social Structure and Economic Policy Preferences, in: British Election Study Working Paper 2017, S. 2f., URL: https://ssrn.com/abstract=3022169 [eingesehen am 16.03.2024].

10 Vgl. Malka, Ariel/Lelkes, Yphtach/Soto, Christopher J.: Are Cultural and Economic Conservatism Positively Correlated? A Large-Scale Cross-National Test, in: British Journal of Political Science, H. 49/2017, S. 1045–1069, https://doi.org/10.1017/S0007123417000072, hier S. 1046.

lungen auf.[11] Er wird allerdings von den etablierten Parteien nicht vertreten, weshalb im Spiel von Angebot und Nachfrage eine gravierende Repräsentationslücke klafft (s. Abb. 1).[12] Linksautoritär eingestellte Wähler:innen reagieren auf das fehlende politische Angebot seitens der Parteien entweder mit Passivität und Systemkritik[13], oder sie werden aufgrund ihrer national-konservativen Positionen in Teilen ansprechbar für rechtspopulistische Parteien.[14] All dies gilt auch für Deutschland. Über Dekaden hinweg konnten hier die Sozialdemokratie, und später ebenso die Partei Die Linke, auch materiell orientierte Wähler:innen mit kulturell konservativen Positionen integrieren.[15] Dies war nie ganz einfach und erforderte von Parteien und deren Führung politische Kompromisse zu schmieden, auszuhalten und zu verkörpern. Mit der Erosion der volksparteilichen Basis, dem Abtritt lagerübergreifender Integrator:innen und der Polarisierung kultureller Konfliktfragen ging die Fähigkeit sozialdemokratischer Parteien hierzu mehr und mehr verloren.[16] Wähler:innen mit linksautoritären Einstellungen verloren so ihren angestammten parteipolitischen Hafen. Einige wählten freilich weiterhin ihre Parteien, viele verabschiedeten sich in die Nichtwahl und ein Teil ging zu den Rechtspopulist:innen.[17] Diese Desintegrationsdynamiken, verbunden mit der hohen Anzahl an Nichtwähler:innen aus diesem Spektrum, führten dazu, dass sich auch in Deutschland ein signifikantes Wähler:innenpotenzial für eine Partei mit linken ökonomischen und rechten kulturellen Positionen sowie einem systemkritischen Auftreten herausgebildet hat.[18]

Eine neue Alternative: Das Bündnis Sahra Wagenknecht

Während sich in einigen europäischen Ländern wie Dänemark und Großbritannien linke Parteien sowohl theoretisch als auch praktisch um eine Integration linksautoritärer Wähler:innen bemühten,[19] fehlte in Deutschland bislang eine

11 Lefkofridi/Wagner/Willmann: Left-authoritarians and policy representation in Western Europe, S. 71f.

12 Ebd.

13 Vgl. Federico, Christopher M./Fischer, Emiliy L./Deason, Grace: The Authoritarian Left Withdraws from Politics. Ideological Asymmetry in the Relationship between Authoritarianism and Political Engagement, in: The Journal of Politics, Jg. 79 (2017), H. 3, S. 1010–1023, https://doi.org/10.1086/692126, hier S.1011ff.

14 Vgl. Malka, Ariel/Lelkes, Yphtach/Soto, Christopher J.: Conservatism, S. 1063f. sowie Eribon, Didier: Rückkehr nach Reims, Berlin 2016, S. 117–131 oder Jörke, Dirk/Nachtwey, Oliver: Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien, in: Leviathan, Jg. 45 (2017), Sonderband 32, S. 163–186, URL: https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783845287843-160.pdf [eingesehen am 28.03.2024], hier S. 165.

15 Vgl. Walter, Franz: Die SPD. Biographie einer Partei, Reinbek bei Hamburg 2018, S. 357–378 sowie Kahrs, Horst: Kulturkampf mit Wagenknecht. Zum politischen Potenzial einer linksautoritären Partei, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 10/2023, S. 69–76, URL: https://www.blaetter.de/ausgabe/2023/oktober/kulturkampf-mit-wagenknecht [eingesehen am 28.03.2024].

16 Vgl. Jörke/Nachtwey: Hydraulik, S. 165–174 sowie Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz: Im Spätsommer der Sozialdemokratie, in: dies. (Hrsg.): Genossen in der Krise. Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand, Göttingen 2011, S. 271–299.

17 Vgl. Bremer, Björn/Rennwald, Line: Who still likes social democracy? The support base of social democratic parties reconsidered, in: Party Politics, Jg. 29 (2023), H. 4, S. 741–754, https://doi.org/10.1177/13540688221093770 sowie Bischof, Daniel/Kurer, Thomas: Lost in Transition. Where Are All the Social Democrats Today?, in: OSF Preprints, 2021, https://doi.org/10.31219/osf.io/n2hbu.

18 Vgl. Steiner/Hillen: Links-autoritäre Bundestagswahl 2013, S. 210.

19 Vgl. exemplarisch für die britische Sozialdemokratie: Puller, Armin: Mit linksautoritärem Kommunitarismus wieder zur Arbeiterpartei? Kontexte, Ideologeme und Fehlschlüsse eines aufkommenden rechtssozialdemokratischen Parteiprojekts am Beispiel der britischen Labour Party, in: Momentum Quarterly, Jg. 11

entsprechende parteipolitische Repräsentanz.[20] Einiges deutet jedoch darauf hin, dass mit dem BSW nun erstmals auch hierzulande eine Partei mit einem eigenständigen linksautoritären Profil entsteht, das den klassischen Links-Rechts-Orientierungen entgegenstehen könnte.[21]

Eine linksautoritäre Positionierung ist in der Entstehungsgeschichte des BSW allerdings zunächst nur zum Teil erkennbar. Parteigründerin Sahra Wagenknecht, seit PDS-Zeiten die Frontfigur der sogenannten Kommunistischen Plattform, galt lange Zeit als radikale Einzelkämpferin.[22] Obwohl sie sich ideologisch, kulturell und habituell von ihrer Partei Die Linke mehr und mehr absetzte[23], war die 2018 von ihr initiierte überparteiliche Sammlungsbewegung „Aufstehen" noch ein klar linkes Projekt.[24] Nach deren organisatorischem Scheitern zog sich Wagenknecht – auch gesundheitsbedingt – kurzzeitig aus den zähen politischen Frontkämpfen der Linken zurück, um später samt der ihr folgenden sogenannten „Wagenknechte" eine politisch konfrontative, organisatorisch und strategisch aber wohldurchdachte Flucht nach vorn anzutreten.[25] Die Frontgarde des BSW rekrutiert sich vor allem aus altgedienten Bundes- oder Kommunalpolitiker:innen der Partei Die Linke und einigen ehemaligen Sozialdemokrat:innen, die eher durch klassisch linke Positionen in Stammbereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik als durch das Ziel eines gesellschaftspolitisch konservativen Aufbruchs geeint werden.[26] Zugleich ist jedoch auffällig, wie offensiv sich Wagenknecht und ihre Mitstreiter:innen genau zwischen den parteipolitisch bereits besetzen Stühlen zu platzieren wissen – und dabei strategisch selbst den Begriff des Linkskonservatismus ins Spiel bringen.[27]

Linksautoritäre Schwerpunkte in der BSW-Programmatik?

Aufschluss über die Positionierung des BSW kann eine systematische Analyse des Gründungsmanifests und des Europawahlprogramms der Partei geben. Finden sich dort die erwarteten linksautoritären Programmschwerpunkte? Beide Programmtexte werden hierzu mithilfe des Codeschemas[28] des Manifesto-Projekts[29] standardisiert untersucht. Im Rahmen der Analyse

(2022), H. 1, S. 18–36, DOI https://doi.org/10.15203/momentumquarterly.vol11.no1.p18-36.

20 Vgl. Steiner/Hillen: Links-autoritäre Bundestagswahl 2013, S. 625.

21 Vgl. prägnant: Altenbockum, Jasper von: Rinks, aber auch lechts, in: FAZ, 01.02.2024, S. 10.

22 Vgl. zur Biografie: Schneider, Christin: Die brotlosen Jahre der Sahra Wagenknecht, in: FAZ, 08.09.2019, S. 20 sowie Goeßmann, David: Sahra Wagenknecht. Von links bis heute, in: telepolis.de, 05.03.2023, URL: https://www.telepolis.de/features/Sahra-Wagenknecht-Von-links-bis-heute-7535727.html?seite=all [eingesehen am 26.02.2024].

23 Vgl. hierzu: Nachtwey, Oliver: BRD noir, in: FAZ, 18.09.2023, S. 11 sowie: Lütjen, Torben: Die große Verwandlung, in: FAZ, 20.11.2023, S. 6.

24 Vgl. Höhne, Benjamin: Aufstehen, aber wozu? Rekonstruktion des Scheiterns eines linken Politexperiments auf dem Weg zur Bewegungspartei, in: Bukow, Sebastian/Jun, Uwe/Siegmund, Jörg (Hrsg.): Parteien in Bewegung, Baden-Baden 2021, S. 41–66, doi.org/10.5771/9783748928423.

25 Vgl. Pausch, Robert: Ihr großer Sprung, in: Die Zeit, 26.10.2023, S. 4.

26 Vgl. Grunert, Marlene/Rippberger, Anna-Lena: Vereint in Euphorie und Ablehnung, in: FAZ, 29.01.2024, S. 3 sowie Bax, Daniel: Ein Aufstand alter Menschen, in: taz, 29.01.2024, S. 3.

27 Vgl. Altenbockum: lechts.

28 Lehmann, Pola et al.: The Manifesto Project Dataset – Codebook. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR) Version 2023a, Berlin und Göttingen 2023, https://doi.org/10.25522/manifesto.mpds.2023a.

29 Mehr zum Projekt auf der Manifesto-Homepage unter URL: https://www.wzb.eu/de/forschung/wandel-politischer-systeme/zentrum-fuer-zivilgesellschaftsforschung/projekte/the-manifesto-project [eingesehen am 13.03.2024] sowie unter URL: https://manifesto-project.wzb.eu/ [eingesehen am 18.03.2024].

werden bestimmte, im Codeschema aufgelistete politische Themen identifiziert und kodiert.[30] So ergibt sich ein Datensatz, aus dem zu erkennen ist, wie häufig bestimmte politische Ziele in den jeweiligen Wahlprogrammen vorkommen und welches somit die Schwerpunktthemen der Partei sind.

In weiteren Auswertungsschritten können Parteipositionen auf verschiedenen Dimensionen statistisch bestimmt werden. Die bekannteste Politikdimension ist die Links-Rechts-Dimension. Auf abstrakter Ebene beschreibt „links" ein Streben nach mehr Gleichheit, „rechts" die Rechtfertigung eines Status der Ungleichheit.[31] Dabei sind Einordnungen stark kontextabhängig: Im beginnenden 19. Jahrhundert war das Eintreten liberaler Parteien für mehr Marktwirtschaft gegen den Feudalismus mit Gleichheitsforderungen verbunden und damit „links" einzuordnen.[32] Im 21. Jahrhundert, dem Zeitalter des vollentwickelten, globalisierten Kapitalismus, ist die Befürwortung der weiteren Stärkung der Marktwirtschaft hingegen ein ökonomisch „rechtes" Thema. Dieser historische Gegensatz zeigt zudem, dass eine eindimensionale Links-Rechts-Betrachtung oft unzureichend ist. Es bedarf einer Trennung zumindest der gesellschaftspolitischen und der ökonomischen Dimension, wobei Themen der Europapolitik meist der Gesellschaftspolitik zugeordnet werden, sofern sie nicht klar ökonomisch begründet sind.[33]

Die politikwissenschaftliche Wahlprogrammanalyse geht nicht davon aus, dass Parteiprogramme vollständig gelesen werden. Aber sie zeigen, auf welche Aussagen sich eine Partei einigen konnte. In Programmen verschiedener Parteien finden sich häufig ähnliche Themen, wie etwa das Ziel, die Arbeitslosigkeit zu senken – allerdings formulieren sie unterschiedliche Forderungen, wie dies zu erreichen sei, etwa über marktwirtschaftliche oder über staatliche Eingriffe. In der Inhaltsanalyse des Manifesto-Projektes werden diese thematischen Hervorhebungen – im Fachjargon *Salienzen* genannt – im ersten Schritt ermittelt. Im zweiten Schritt kann aus der Summe dieser Hervorhebungen die Politikposition einer Partei im Vergleich zu anderen berechnet werden. Das Programm des BSW wird mit der Programmatik der anderen Parteien zur Bundestagswahl 2021 kontrastiert. Später präsentierte Werte beziehen sich daher auf den Diskursraum, wie ihn die übrigen Parteien bis zur Gründung des BSW geprägt haben. Wie verortet sich die neue Partei darin?

Einen Überblick über die thematischen Hervorhebungen des BSW gibt Tabelle 1, in der die sieben am häufigsten identifizierten Codes und ihre prozentualen Anteile an beiden Wahlprogrammen aufgelistet sind.[34] Werte über 5 % kön-

30 Das Manifesto-Codeschema umfasst 56 Politikfelder und wird in den Unterkategorien stets an neue Entwicklungen angepasst. Die Programme werden damit Satz für Satz kodiert. Genau genommen wird nicht jeder grammatikalische Satz, sondern jeder Hauptsatz („Quasi-Satz") kodiert, denn zum Beispiel können im Deutschen zwei Hauptsätze mit „und" verbunden werden und somit zwei Politikziele innerhalb desselben Satzes benennen. Erhoben und berichtet werden dann die Themensalienzen, also die selektiven Themenhervorhebungen in den Programmtexten.

31 Bobbio, Norberto: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 2021.

32 Franzmann, Simon T.: Die liberale Parteienfamilie, in: Jun, Uwe/Höhne, Benjamin (Hrsg.): Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?, Opladen 2012, S. 155–184, https://doi.org/10.2307/j.ctvdf0fdx.

33 Kitschelt, Herbert: The transformation of European social democracy, Cambridge 1994.

34 Die Codes sind nach ihrem groben Titel und ihrer Nummer („per") im Manifesto-Codeschema (vgl. Lehmann et al.: Codebook, S. 11ff.) benannt. Zur Kodierung des Europawahlprogramms wurde auf eine KI-gestützte Vorkodierung zurückgegriffen (vgl. Burst, Tobias et al.: manifestoberta. Version 56topics.context.2023.1.1, Berlin und Göttingen 2023, URL: https://doi.org/10.25522/manifesto.manifestoberta.56topics.context.2023.1.1. [eingesehen am 01.03.2024]). Diese wurde dann von Nadine Kasten kontrolliert und ggf. korrigiert. Die Übereinstimmung bei den Codes zwischen der KI und der menschlichen Koderin lag bei fast 80 %.

nen dabei grundsätzlich als ein hohes Ausmaß an thematischer Hervorhebung interpretiert werden. Alle sieben hier aufgeführten Themen können daher als Schwerpunkthemen der beiden BSW-Programme aufgefasst werden – auch, wenn das Europawahlprogramm mit über 20 % besonders stark von EU- und Europa-Kritik geprägt ist.

Tabelle 1: BSW-Schwerpunktthemen

Themenrangfolge	Gründungsmanifest	Europawahlprogramm
Thema 1 *(häufigstes Thema)*	13,19 % **Gleichheit/ Soziale Gerechtigkeit** (Code per503)	20,36 % **EU-Kritik** (Code per110)
Thema 2	8,79 % **Politische Autorität/ Kritik am politischen Mainstream** (Code per305)	9,28 % **Internationale Zusammenarbeit** (Code per107)
Thema 3	7,69 % **Militarismus-Kritik** (Code per105)	8,14 % **Marktregulierung und Soziale Marktwirtschaft** (Code per403)
Thema 4	7,69 % **Ausbau des Sozialstaats** (Code per504)	7,24 % **Frieden** (Code per106)
Thema 5	7,69 % **Unterstützung für Gewerkschaften** (Code per701)	6,11 % **Freiheit** (Code per201)
Thema 6	6,59 % **Marktregulierung und Soziale Marktwirtschaft** (Code per403)	5,65 % **Infrastruktur- und Technologieausbau** (Code per411)
Thema 7	6,59 % **Infrastruktur- und Technologieausbau** (Code per411)	4,52 % **Militarismus-Kritik** (Code per105)
Summe der übrigen 50 Kategorien[35]	41,77 %	38,70 %
Gesamtsumme	100 %	100 %

Ergebnisse der systematischen BSW-Programmanalyse mit dem Manifesto-Codebuch.
Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der selbst durchgeführten Programmanalysen.

35 Es handelt sich um insgesamt 56 inhaltliche Kategorien zur Erfassung der Themenhervorhebungen in den unterschiedlichen Politikfeldern sowie eine Auffangkategorie für Quasi-Sätze, die von dem Schema nicht erfasst werden. Somit ergeben sich insgesamt 56+1= 57 inhaltsanalytische Kategorien.

Sozioökonomische Programmpunkte

Sozioökonomische Themen spielen im Gründungsmanifest eine deutlich größere Rolle als im Europawahlprogramm. Kernthema des Gründungsmanifests ist soziale Gerechtigkeit (per503 mit 13,19 %). Hier fordert das BSW eine Verringerung der sozioökonomischen Ungleichheit und mehr soziale Gerechtigkeit, insbesondere für Geringverdiener:innen, Rentner:innen oder Kinder aus sozial schwachen Familien. Die Partei kritisiert, dass das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft nicht mehr gelte (Gründungsmanifest (GM), S. 2) und gibt „eine faire Leistungsgesellschaft mit echter Chancengleichheit und einem hohen Grad an sozialer Sicherheit" (GM, S. 3) als ihr Ziel aus. Dementsprechend ist der Ausbau des Sozialstaats (per504 mit 7,69 %) ein weiteres Schwerpunktthema im BSW-Gründungsmanifest, wozu etwa Forderungen nach höheren Renten und mehr Sicherheit und Respekt für nach langjähriger Erwerbstätigkeit arbeitslos gewordene Menschen gehören (GM, S. 2f.). Das BSW spricht sich außerdem für Marktregulierung in einer sozialen Marktwirtschaft (per403 mit 6,59 %) aus. Die Partei betont in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit eines fairen Wettbewerbs, wendet sich aber scharf gegen große Konzerne und eine aus ihrer Sicht käufliche Politik (GM, S. 1f.). Ähnliche sozioökonomische Positionen finden sich auch im Europawahlprogramm. Hier rangieren sie aber nicht mehr unter den Schwerpunktthemen, was möglicherweise der Orientierung des Programms an der europäischen Ebene geschuldet ist. Eine Ausnahme ist die Forderung nach Marktregulierung (per403 mit 8,14 %) und staatlicher Kontrolle, die sich unter anderem in einer Kritik an der Liberalisierung des europäischen Binnenmarkts und an einem „angelsächsisch geprägten Blackrock-Kapitalismus, […] in dem Mittelstand und Arbeitnehmer unter die Räder geraten" (Europawahlprogramm (EP), S. 2), ausdrückt.

Gesellschaftspolitische Programmpunkte

Gesellschaftspolitisch finden sich verschiedene Schwerpunktthemen. Beispielsweise nimmt die Klima- und Energiepolitik (codiert unter Marktregulierung und staatliche Kontrolle) relativ viel Raum in beiden Programmen ein. Entsprechende Forderungen sind oft mit Infrastrukturförderung verbunden, einem Schwerpunktthema des Europawahlprogramms (per411 mit 5,65 %) wie auch schon des Gründungsmanifests (per411 mit 6,59 %). Das BSW befürwortet grundsätzlich Klimaschutz, kritisiert aber aktuelle Maßnahmen zu dessen Umsetzung. Statt auf Verbote setzt die Partei unter anderem auf die Förderung von emissionsarmen Technologien wie Wasserstoff (EP, S. 8ff.). In Bezug auf diesen und andere Themenbereiche wirkt es, als nehme das BSW bewusst eine Opposition zu den Grünen ein. Beispielsweise macht Kritik an einer seitens der Partei wahrgenommenen Einschränkung von Meinungsfreiheit und einer sogenannten „Cancel Culture" (EP, S. 19) von links-liberaler Seite ein weiteres Schwerpunktthema des Europawahlprogramms aus. Entsprechende Parteipositionen (unter Freiheit kodiert, per201 mit 6,11 %) zeigen sich etwa in der Anprangerung eines „neue[n] politische[n] Autoritarismus" (EP, S. 20), besonders in der Corona-Krise, in der Kritik des BSW an einer „Verengung des ‚zulässigen' Meinungskorridors" (EP, S. 19), indem „moralisch und emotional aufgeladen […] kritische Stimmen diffamiert [werden]" (ebd.), sowie auch in der Ablehnung von journalistischen „Faktenchecker[n]" (ebd.) und politischer Kontrolle der Sozialen Medien (ebd.f.). Diese gesellschaftspolitisch rechts der Mitte einzuordnenden Forderungen rangieren im Gründungsmanifest, anders als im Europawahlprogramm, allerdings nicht unter den Top-7-Themen.

In beiden Programmen vertritt das BSW einige migrationsskeptische Positionen. Diese fallen allerdings quantitativ vergleichsweise gering aus und findet sich nicht in den Top-7-Themen. Zuwanderung und kulturelle Vielfalt werden grundsätzlich begrüßt, angesichts materieller Zwänge aber problematisiert. An einigen Stel-

len wird Migrationskritik geäußert: Beispielsweise soll Zuzug beschränkt bleiben und globaler Armut eher durch Entwicklungshilfe statt durch Migration begegnet werden (EP, S. 16ff.). Im Europawahlprogramm finden sich etwa Forderungen nach Asylverfahren an EU-Außengrenzen und in Drittstaaten, einer Bekämpfung von Schlepperei und einer Überwindung des Fachkräftemangels durch Ausbildung statt Einwanderung (ebd.). In beiden Programmen wird das Scheitern von Integration weniger als kulturelles denn als Problem der sozialen Gerechtigkeit gerahmt: „Den Preis für verschärfte Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum, um Jobs mit niedrigen Löhnen und für eine misslungene Integration zahlen nicht in erster Linie diejenigen, die auf der Sonnenseite des Lebens stehen" (GM, S. 4). Dies erinnert an rechtspopulistische Rhetoriken, in denen Migrationsskepsis jedoch ein deutlich höherer Stellenwert zukommt als es in den analysierten BSW-Programmen der Fall ist, in denen sie kein quantitatives Schwerpunktthema ausmacht.

Zentral dagegen ist sowohl im Gründungsmanifest als auch im Europawahlprogramm eine grundsätzliche Ablehnung von Kriegseinsätzen und Aufrüstung (unter anderem kodiert unter per105 mit 7,69 % (GM) und 4,52 % (EP)). Teils ist dies verbunden mit Forderungen nach Klimaschutz, Fluchtursachenbekämpfung oder sozialer Gerechtigkeit. So kritisiert das BSW etwa, dass die Kosten von Kriegen „vorrangig durch den Abbau sozialer Leistungen von den ärmeren Schichten unserer Gesellschaft getragen" (EP, S. 14) werden. NATO und USA werden im Gründungsmanifest rhetorisch scharf kritisiert (GM, S. 3f.). Gegenüber Russland werden dagegen versöhnlichere Töne angeschlagen (meist kodiert unter per107 mit 9,28 % im EP), unter anderem soll das Land langfristig in die europäische Sicherheitsarchitektur aufgenommen werden (ebd.). Im Europawahlprogramm werden zudem die EU-Energiesanktionen gegen Russland kritisiert und auf den großen Gasbedarf Europas hingewiesen (EP, S. 9). Abweichend vom Gründungsmanifest fordert die Partei hier auch explizit ein Ende des Krieges in der Ukraine: Das Verhalten „des Westens" in dem Konflikt wird kritisiert, ein Stopp der Rüstungsexporte und das Bemühen um eine Verhandlungslösung werden verlangt (EP, S. 14f.).

Institutionen- und Systemkritik

Dass im Europawahlprogramm europäische und internationale Angelegenheiten in deutlich höherem Ausmaß diskutiert werden als im Gründungsmanifest, ist kaum verwunderlich. Auffallend ausgeprägt ist allerdings ein weicher Euroskeptizismus (per110 mit 20,36 %). Das BSW fordert keine Auflösung der EU, kritisiert aber eine Erhöhung des EU-Budgets und verschiedene EU-policies (EP, S. 7). Die Verlagerung von zu viel Macht weg von den Nationalstaaten hin nach Brüssel lehnt die Partei als demokratieschädigend ab: „Die Mehrheit der Europäer will keine weitere Machtverlagerung auf die EU-Ebene, die mehr Intransparenz bringt und Demokratie untergräbt. EU-Regelungen sollten sich auf Probleme beschränken, die im nationalen Rahmen nicht lösbar sind" (EP, S. 18).

Institutionen und Akteur:innen des politischen Systems werden vom BSW aber nicht nur auf EU-Ebene kritisiert. Vor allem im Gründungsmanifest findet sich umfangreiche Anti-Establishment-Rhetorik und Kritik an der deutschen Regierung(-spolitik).[36] Die Regierung und etablierte politische Parteien werden als inkompetent und von Lobbyinteressen geleitet beschrieben (GM, S. 1), wohingegen das BSW „eine Rückkehr der Vernunft in die Politik" (ebd.) verspricht. Es wird behauptet, dass in Deutschland „seit Jahren an den Wünschen der Mehrheit vorbei regiert" (ebd.) werde. Die Vertretung dieser Mehrheit und insbesondere der hart arbeitenden, einfachen Leute reklamiert das BSW für sich. Diese Volkszentrierung und Anti-Es-

36 Diese wurde häufig unter politische Autorität (per305) kodiert, sofern sie kein konkretes politisches Thema betrifft.

tablishment-Rhetorik sind klassische Merkmale von Populismus.[37] Systemkritik wird in der Forschung außerdem als ein Merkmal von Linksautoritarismus gewertet.[38]

Die BSW-Programmatik im deutschen Parteienraum: Links, rechts oder beides?

Wie oben erörtert lassen sich auf Basis der Priorisierung einzelner Themen Links-Rechts-Parteipositionen für das BSW schätzen. Die in der Analyse genutzten Manifesto-Codes können ökonomisch und gesellschaftspolitisch in linke und rechte sowie nicht-positionale Themenhervorhebungen eingeteilt werden.[39] Auf Basis der Auftretenshäufigkeiten kann berechnet werden, ob jeweils die linken oder die rechten Codes in den BSW-Programmen überwiegen.[40] Daraus ergibt sich dann die Schätzung eines Links-Rechts-Skalenwerts für das jeweilige Programm. Wir müssen uns behelfsmäßig mit einer vergleichenden Einordnung innerhalb des Diskursraums zur Bundestagswahl 2021, geprägt von den aktuell im Bundestag vertretenen Parteien, begnügen. Abbildung 1 stellt die Ergebnisse der Berechnungen überblicksartig auf einer Skala von 0 (maximal links) bis 10 (maximal rechts) dar, wobei die horizontale x-Achse die ökonomischen Werte enthält und die vertikale Y-Achse die gesellschaftspolitischen Werte. Ein Wert von 10 bedeutet, dass in dem jeweiligen Wahlprogramm ausschließlich „rechte" Aussagen enthalten sind, ein Wert von 0, dass ausschließlich „linke" Aussagen enthalten sind und ein Wert von 5, dass linke wie rechte Themenhervorhebungen ausgeglichen vorliegen und die Partei in der Mitte zu verorten ist.

Im zweidimensionalen Politikraum ergibt sich für das BSW ein auf den ersten Blick etwas überraschender Befund: Das Gründungsmanifest ist als mitte-links einzuordnen, und zwar fast punktgenau dort, wo die Grünen sich befinden. Das Europawahlprogramm erweist sich dagegen als mitte-rechts, auch und gerade im ökonomischen Bereich.[41] Viele linke Positionen des Gründungsmanifests spielen darin quantitativ nur eine untergeordnete Rolle. Schon das Gründungsmanifest war allerdings nicht „grün", im Gegenteil. Hier zeigt sich eine Grenze der zweidimensionalen Analyse: Die allgemeine Politikposition kann zwar bestimmt werden – aber die dahinterliegenden Themen können sich deutlich unterscheiden.[42]

37 Vgl. Franzmann, Simon T./Lewandowsky, Marcel: Populismus? Populismen! Programmatische Heterogenität rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Bonn 2020, URL: https://www.bapp-bonn.de/wp-content/uploads/BAPP_Publikation_Forschungsprojekt_Populismus_final.pdf [eingesehen am 28.03.2024].

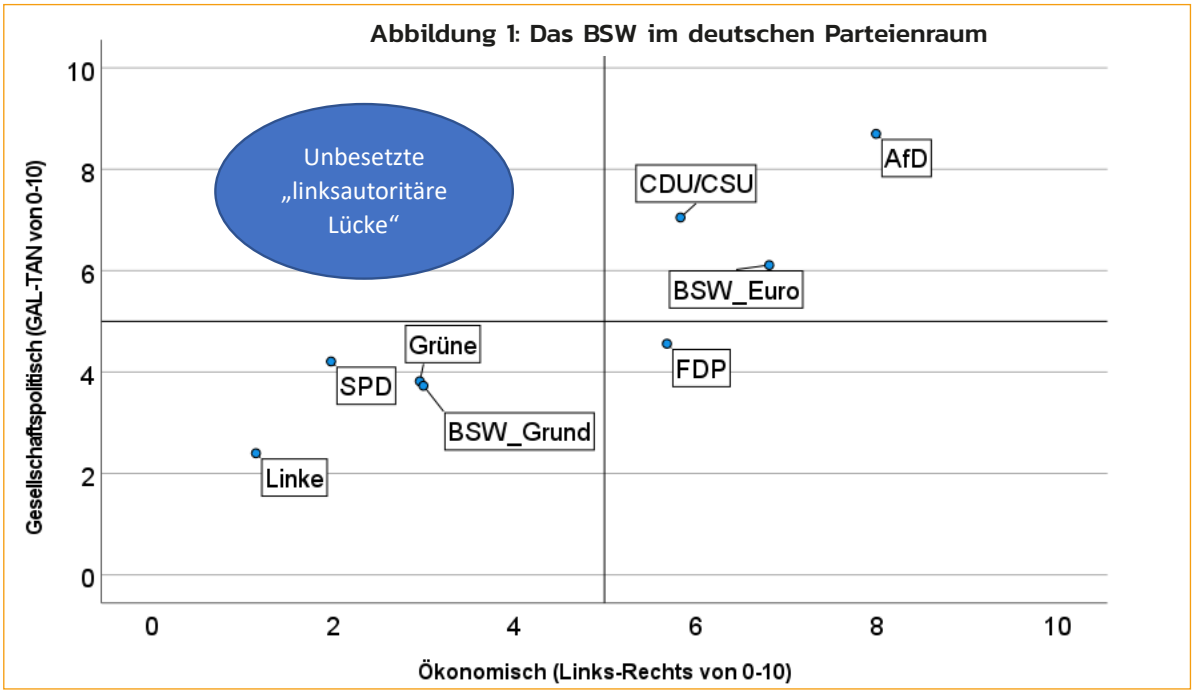
38 Vgl. Steiner/Hillen: Links-autoritäre Bundestagswahl 2013, S. 210.

39 Die Einteilung der einzelnen Kategorien zu den Issue-Dimensionen können entnommen werden aus: Franzmann, Simon T.: The change of ideology. How the left-right cleavage transforms into issue competition. An analysis of party systems using party manifesto data. Doctoral dissertation, Köln 2009, URL: https://d-nb.info/100342645x/34 [eingesehen am 16.03.2024]. Die Issue-Charakterisierungen wurden entsprechend des dort skizzierten Verfahrens aktualisiert und können beim Autor angefragt werden.

40 Hierfür werden nicht nur die in Tabelle 1 genannten sieben Schwerpunktthemen einbezogen, sondern alle in den beiden Programmanalysen vergebenen Codes.

41 Dies gilt zumindest bei Anwendung des Verfahrens von Franzmann und Kaiser (2006). Hier wird „Soziale Marktwirtschaft" für Deutschland als ein länderspezifischer Valenz-Issue – also ein nicht-konfrontatives Thema – interpretiert, weil von der Union bis zur Partei Die Linke seit den 1960er Jahren im Grunde alle deutschen Parteien ihre ökonomischen Konzepte mit „Sozialer Marktwirtschaft" kommunikativ schmücken. Der Unterschied liegt dann in der Betonung von „sozial" oder „Markt".

42 So kann beispielsweise nicht immer unterschieden werden, ob eine Partei „linke" Staatseingriffe in die Wirtschaft mit dem Ziel der Bekämpfung des Klimawandels befürwortet oder mit dem Ziel der Umverteilung. Ersteres findet sich im Programm der Grünen, Letzteres bei der Linken und – allerdings nur selten – beim BSW. Auf der ökonomischen Dimension lan-



Schätzung des zweidimensionalen politischen Raums in Deutschland im März 2024 von 0 (maximal links) bis 10 (maximal rechts).
Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Daten von Lehmann et al. (2023)[43], der eigenen Kodierung des BSW-Europawahlprogramms und der Berechnungsmethode nach Franzmann und Kaiser (2006)[44].

Im Fall des Gründungsmanifests stimmt die ökonomisch linke Verortung des BSW mit der Theorie des Linksautoritarismus durchaus überein, die gesellschaftspolitisch eher libertäre Position der Partei jedoch nicht. Eine wichtige Ursache für die gesellschaftspolitisch linke Verortung des Programms ist sicherlich das als links eingestufte Schwerpunktthema Frieden und Abrüstung. Allerdings ist hier einschränkend zu erwähnen, dass die in diesem Zusammenhang deutlich werdende Russlandfreundlichkeit der Partei nicht nur im linken Spektrum, sondern in Teilen auch von der AfD bekannt ist. Außerdem spielt die Gesellschaftspolitik im Gründungsmanifest insgesamt nur eine untergeordnete Rolle.

Im Europawahlprogramm nimmt Gesellschaftspolitik mehr Raum ein. Mit diesem Programm landet das BSW gesellschaftspolitisch rechts der Mitte, wo es nach der Theorie des Linksautoritarismus auch vermutet worden wäre. Unter anderem die Kritik an wahrgenommenen Einschränkungen von Meinungsfreiheit durch politische Korrektheit und an klassisch „grüner“ Klimaschutz- und Energiepolitik, die im Gründungsmanifest zwar ebenfalls, allerdings weniger häufig auftritt, verweist hier auf ein konservativeres Profil. Das BSW positioniert sich damit in Opposition zu den Grünen. Auch Migrationsskepsis ist vorhanden, allerdings in deutlich geringerem Ausmaß als der öffentliche Diskurs zur Partei und die Wahrnehmung der Person Wa-

den alle Parteien dann auf einem ähnlichen Punkt, obwohl der Grund für den Staatseingriff verschieden ist.

43 Lehmann, Pola et al.: The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR) Version 2023a, Berlin und Göttingen 2023, https://doi.org/10.25522/manifesto.mpds.2023a

44 Franzmann, Simon T./Kaiser, André: Locating Political Parties in Policy Space. A Reanalysis of Party Manifesto Data, in: Party Politics, Jg. 12 (2006), H. 2, S. 163–188, https://doi.org/10.1177/1354068806061336.

genknechts bei vielen Wähler:innen[45] dies vermuten lassen würden.

Die mithin überraschende ökonomisch rechte Positionierung des BSW im Europawahlprogramm fußt darauf, dass linke ökonomische Positionen des Gründungsmanifests, etwa zu sozialer Gerechtigkeit und Sozialstaatsausbau, im Europawahlprogramm zwar vorhanden sind, aber quantitativ deutlich geringeren Raum einnehmen. Möglicherweise ist dies nur dem Wahlkampfziel Europaparlament geschuldet. Unter anderem die starke Betonung von Wirtschaftswachstum, Industrie-, Infrastruktur- und Technologieförderung, etwa beim Klimaschutz, könnte aber auch als Zeichen für ökonomischen Liberalismus angesehen werden.

Das Wähler:innenpotenzial des BSW in Niedersachsen

Auf Basis von Bevölkerungsumfragedaten aus der aktuellen Erhebung des NDM[46] (Befragungszeitraum: Oktober bis Dezember 2023) können wir eine Attraktivität der BSW-Themen für Teile der Wähler:innenschaft – zumindest für die niedersächsische Bevölkerung – nachweisen. Wir haben hierzu überprüft, inwieweit der für eine Wahl notwendige Rückhalt für die oben dargestellten Schwerpunkte des BSW-Europawahlprogramms in der niedersächsischen Bevölkerung vorliegt.[47] Anders ausgedrückt, haben wir anhand des NDM analysiert, ob und wie viele Personen den folgenden BSW-Positionen einzeln und insgesamt zustimmen: EU-Antipathie[48], nutzenorientierte Migrationsskepsis[49], Skepsis gegenüber Kapitalismus[50] sowie keine höhere Präferenz für Klimawandelbekämpfung gegenüber Wirtschaftswachstum[51]. Je stärker diesen Themen zugestimmt wird, desto höher – so die Annahme – die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person das BSW später einmal wählen wird.

Tabelle 2 zeigt, wie viele Personen aus der NDM-Befragung keine, eine oder mehrere Übereinstimmungen mit den identifizierten Kernthemen des BSW aufweisen. Daraus wird eine entsprechende Wahlwahrscheinlichkeit abgeleitet. Im Detail zeigt sich: Die Sympathiewerte der Befragten mit den im Bundestag vertretenden Parteien weisen zu dem untersuchten Indikator – nämlich der spezifischen Kombination all dieser Themen – eine negative Korrelation auf. Das heißt, dieser Befragtenanteil wird von der Kombination oben genannter Themen nicht angesprochen. Denn eine vollständige Übereinstimmung finden wir lediglich bei 0,93 % der Befragten, weitere 6,76 % stimmen bis auf ein Thema überein. Zusammengerechnet ergibt das 7,69 % an Befragten, die im Kern die notwendige Bedingung der programmatischen Übereinstimmung für eine Wahl des BSW erfüllen. Etwas mehr als 23 % teilen zumindest die Hälfte der Themen und wären je nach politischer Groß-

45 Vgl. Palzer, Kerstin: Wagenknecht-Partei. Das Wundermittel gegen die AfD?, in: tagesschau.de, 08.01.2024, URL: https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/wagenknecht-partei-104.html [eingesehen am 28.03.2024].

46 Die Veröffentlichung des NDM 2023 liegt im Frühjahr 2024 noch nicht vor. Auf fodex-online.de werden Sie informiert, sobald die Studie erschienen ist.

47 Da das Europawahlprogramm im Gegensatz zum knappen Grundsatzprogramm direkt auf die Wählerschaft zielt, haben wir uns darauf konzentriert.

48 Gemessen als Indikator über die (a) Unzufriedenheit mit der Politik der EU und (b) grundsätzliche Ablehnung einer weiteren Vertiefung der EU. Personen, die zu beiden Fragen überwiegend kritisch eingestellt sind, wurden als EU-skeptisch eingeordnet.

49 Das sind Personen, die keine weiteren Geflüchteten aufnehmen wollen, aber die Zuwanderung Hochqualifizierter befürworten. Somit kann dieser Personenkreis nicht als per se ausländerfeindlich charakterisiert werden.

50 Gemessen über Zustimmung zur Aussage: „Der Kapitalismus ruiniert letztendlich die Welt".

51 Gemessen über keine Zustimmung zur Aussage, dass die Bekämpfung des Klimawandels Vorrang vor Wirtschaftswachstum hat.

Tabelle 2: Bevölkerungsanteil mit thematischer Schnittmenge zum BSW

Themenübereinstimmung	Wahlwahrscheinlichkeit	Prozentanteil	Fortlaufende Prozentsumme der Befragten
Volle Übereinstimmung	Sehr hohe Wahlwahrscheinlichkeit	0,93 %	0,93 %
Übereinstimmung bis auf in einem Themenfeld	Hohe Wahlwahrscheinlichkeit	6,76 %	7,69 %
Übereinstimmung in zwei der vier Themenfelder	Grundsätzliches Wahlpotential	23,24 %	30,93 %
Übereinstimmung in einem Themenfeld	Sehr geringe Wahlwahrscheinlichkeit	44,74 %	75,67 %
Keinerlei Übereinstimmung	Keinerlei Wahlwahrscheinlichkeit	24,83 %	100,50 % (Rundungsfehler)

Quelle: Eigene Auswertung auf Basis des Niedersächsischen Demokratiemonitors 2023. Gewichtete Ergebnisse bei 1000 Befragten.

wetterlage für das BSW vermutlich erreichbar – etwa, wenn die für sie aktuell drängendsten Probleme am ehesten vom BSW adressiert würden.

Fazit: Neue Konkurrenz für die AfD

Neue Parteien durchlaufen nach ihrer Gründung oftmals Wandlungsprozesse, die gleichsam durch die Eigenheiten äußerer Chancenstrukturen sowie innerer Klärungsprozesse vorangetrieben werden. Daher verwundert es nicht, dass auch das BSW zunächst (noch) als ein programmatisches Chamäleon erscheint: Ist sein Gründungsmanifest noch im linken Spektrum angesiedelt, weist die Partei mit ihrem euroskeptischen Europawahlprogramm ein eher konservatives Profil auf. Dies passt nur zum Teil zur These einer linksautoritären Ausrichtung, korrespondiert aber mit den Diagnosen und Prognosen, dass das BSW am ehesten um potenzielle AfD-Wähler:innen konkurriert. Insofern unterstützt unsere Analyse die Befunde von A. Wagner (2023)[52] sowie S. Wagner et al. (2023)[53].

Die überdurchschnittlich starke EU-Skepsis des BSW im Europawahlprogramm sowie die umfangreiche Anti-Establishment-Rhetorik und populistisch aufgeladene Kritik am politischen Mainstream in Deutschland, insbesondere im Gründungsmanifest, weisen zudem leichte Bezüge zum Linksautoritarismus auf. Ein Blick auf die Kernthemen des BSW kann dies zum Teil bestätigen: Soziale Gerechtigkeit, Sozialstaatsausbau, Marktregulierung einerseits und Kritik an politischer Korrektheit und „grüner" Verbotspolitik sowie Migrationsskepsis andererseits. Gegen eine linksautoritäre Ausrichtung sprechen unter anderem der Fokus auf Anti-Militarismus und – mit Einschränkungen – auch die starke Betonung der Förderung von Industrie, Wirtschaftswachstum und technologischen Innovationen.

In der zweidimensionalen räumlichen Darstellung besetzt das BSW mit seinem Europawahl-

52 Vgl. Wagner: Lechts oder rinks?, S. 4.

53 Vgl. Wagner/Wurthmann/Thomeczek: Bridging Left and Right?, S. 634.

programm den klassischen „linksautoritären" Raum nicht: Ökonomisch ist die Partei zu weit rechts – und eben nicht links – einzuordnen. Dies wird gestützt durch Ergebnisse von Thomeczek (2024), der Populismus beim BSW untersucht und dabei unter anderem eine Abwendung Wagenknechts vom „linken" Volksbegriff diagnostiziert sowie stattdessen populistische Attacken gegen die ökonomische und politische Elite ausgemacht hat.[54] Das BSW spricht somit auf materieller Ebene die „arbeitende Bevölkerung" an, die sich zum Teil nicht mehr von der links-universalistischen Orientierung von Die Linke, SPD und Grünen repräsentiert fühlt. Die kulturelle Rechtsorientierung wiederum ist vor allem durch Euroskeptizismus getrieben. Damit ist das BSW attraktiv für den euroskeptischen Wähler:innenanteil der AfD, der nur moderat migrationskritisch ist.

Das BSW weist ein eigenständiges programmatisches Profil auf, das für einen Teil der Wähler:innenschaft attraktiv ist. Damit hat sie durchaus Chancen, kurzfristig im deutschen Parteiensystem elektorale Erfolge zu erzielen, selbst in Niedersachsen mit bis zu 7 %. Tatsächlich sieht es so aus, als hätte sich das BSW aktuell auf die Wähler:innengruppe konzentriert, welche die CDU für zu „etabliert" hält und die AfD für zu weit rechts. Wie sich das BSW mittel- und langfristig entwickelt, muss freilich weiter beobachtet werden.

54 Vgl. Thomeczek, Jan Philipp: Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Left-Wing Authoritarian – and Populist? An Empirical Analysis, Manuskript, Potsdam 2024.

Literatur:

Altenbockum, Jasper von: Rinks, aber auch lechts, in: FAZ, 01.02.2024, S. 10.

Bax, Daniel: Ein Aufstand alter Menschen, in: taz, 29.01.2024, S. 3.

Bischof, Daniel/Kurer, Thomas: Lost in Transition. Where Are All the Social Democrats Today?, in: OSF Preprints, 2021, https://doi.org/10.31219/osf.io/n2hbu.

Bobbio, Norberto: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 2021 [1994].

Bremer, Björn/Rennwald, Line: Who still likes social democracy? The support base of social democratic parties reconsidered, in: Party Politics, Jg. 29 (2023), H. 4, S. 741–754, https://doi.org/10.1177/13540688221093770.

Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz: Im Spätsommer der Sozialdemokratie, in: dies. (Hrsg.): Genossen in der Krise. Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand, Göttingen 2011, S. 271–299.

Cohen, Denis: Ökonomisches Risiko und die elektorale Anziehungskraft der AfD, in: Weßels, Bernhard/ Schoen, Harald (Hrsg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017, Wiesbaden 2021, S. 297–320.

Eribon, Didier: Rückkehr nach Reims, Berlin 2016.

Federico, Christopher M./Fischer, Emiliy L./Deason, Grace: The Authoritarian Left Withdraws from Politics. Ideological Asymmetry in the Relationship between Authoritarianism and Political Engagement, in: The Journal of Politics, Jg. 79 (2017), H. 3, S. 1010–1023, https://doi.org/10.1086/692126.

Franzmann, Simon T.: The change of ideology. How the left-right cleavage transforms into issue competition. An analysis of party systems using party manifesto data. Doctoral dissertation, Köln 2009, URL: https://d-nb.info/100342645x/34 [eingesehen am 16.03.2024].

Franzmann, Simon T.: Die liberale Parteienfamilie, in: Jun, Uwe/Höhne, Benjamin (Hrsg.): Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?, Opladen 2012, S. 155–184, https://doi.org/10.2307/j.ctvdf0fdx.

Franzmann, Simon T./Kaiser, André: Locating Political Parties in Policy Space. A Reanalysis of Party Manifesto Data, in: Party Politics, Jg. 12 (2006), H. 2, S. 163–188, https://doi.org/10.1177/1354068806061336.

Franzmann, Simon T./Lewandowsky, Marcel: Populismus? Populismen! Programmatische Heterogenität rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Bonn 2020, URL: https://www.bapp-bonn.de/wp-content/uploads/BAPP_Publikation_Forschungsprojekt_Populismus_final.pdf [eingesehen am 28.03.2024].

Goeßmann, David: Sahra Wagenknecht. Von links bis heute, in: telepolis.de, 05.03.2023, URL: https://www.telepolis.de/features/Sahra-Wagenknecht-Von-links-bis-heute-7535727.html?seite=all [eingesehen am 26.02.2024].

Grunert, Marlene/Rippberger, Anna-Lena: Vereint in Euphorie und Ablehnung, in: FAZ, 29.01.2024, S. 3.

Höhne, Benjamin: Aufstehen, aber wozu? Rekonstruktion des Scheiterns eines linken Politexperiments auf dem Weg zur Bewegungspartei, in: Bukow, Sebastian/Jun, Uwe/Siegmund, Jörg (Hrsg.): Parteien in Bewegung, Baden-Baden 2021, S. 41–66, doi.org/10.5771/9783748928423.

Jörke, Dirk/Nachtwey, Oliver: Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien, in: Leviathan, Jg. 45 (2017), Sonderband 32, S. 163–186, URL: https://www.nomos-eli-

brary.de/10.5771/9783845287843-160.pdf [eingesehen am 28.03.2024].

Kahrs, Horst: Kulturkampf mit Wagenknecht. Zum politischen Potenzial einer linksautoritären Partei, in: Blätter für deutsche und internationale Politik H. 10/2023, S. 69–76, URL: https://www.blaetter.de/ausgabe/2023/oktober/kulturkampf-mit-wagenknecht [eingesehen am 28.03.2024].

Kitschelt, Herbert: The transformation of European social democracy, Cambridge 1994.

Lefkofridi, Zoe/Wagner, Markus/Willmann, Johanna E.: Left-authoritarians and policy representation in Western Europe. Electoral choice across ideological dimensions, in: West European Politics, Jg. 37 (2014), H. 1, S. 65–90, https://doi.org/10.1080/01402382.2013.818354.

Lütjen, Torben: Die große Verwandlung, in: FAZ, 20.11.2023, S. 6.

Malka, Ariel/Lelkes, Yphtach/Soto, Christopher J.: Are Cultural and Economic Conservatism Positively Correlated? A Large-Scale Cross-National Test, in: British Journal of Political Science H. 49/2017, S. 1045–1069, https://doi.org/10.1017/S0007123417000072.

Mellon, Jonathan/Prosser, Christopher: Authoritarianism, Social Structure and Economic Policy Preferences, in: British Election Study Working Paper 2017, URL: https://ssrn.com/abstract=3022169 [eingesehen am 16.03.2024].

Nachtwey, Oliver: BRD noir, in: FAZ, 18.09.2023, S. 11.

Palzer, Kerstin: Wagenknecht-Partei. Das Wundermittel gegen die AfD?, in: tagesschau.de, 08.01.2024, URL: https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/wagenknecht-partei-104.html [eingesehen am 28.03.2024].

Pausch, Robert: Ihr großer Sprung, in: Die Zeit, 26.10.2023, S. 4.

Puller, Armin: Mit linksautoritärem Kommunitarismus wieder zur Arbeiterpartei? Kontexte, Ideologeme und Fehlschlüsse eines aufkommenden rechtssozialdemokratischen Parteiprojekts am Beispiel der britischen Labour Party, in: Momentum Quarterly, Jg. 11 (2022), H. 1, S. 18–36, DOI 10.15203/momentumquarterly.vol11.no1.p18-36.

Schneider, Christin: Die brotlosen Jahre der Sahra Wagenknecht, in: FAZ, 08.09.2019, S. 20.

Steiner, Nils/Hillen, Sven: Links-autoritäre Bürger bei der Bundestagswahl 2013. Sozialstrukturelle Determinanten und Konsequenzen einer Angebotslücke für Wahlbeteiligung und Regimeunterstützung, in: Steinbrecher, Markus/Bytzek, Evely/Rosar, Ulrich (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen. Identität – Identifikation – Ideologie, Wiesbaden 2019, S. 181–216, DOI: 10.1007/978-3-658-25604-3_6.

Thomeczek, Jan Philipp: Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Left-Wing Authoritarian – and Populist? An Empirical Analysis, Manuskript, Potsdam 2024.

Wagner, Aiko: Lechts oder rinks? Das Bündnis Sahra Wagenknecht im Parteienwettbewerb, in: FES impuls (2023), S. 2f., URL: https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20846-20231215.pdf [eingesehen am 16.03.2024].

Wagner, Sarah/Wurthmann, L. Constantin/Thomeczek, Jan Philipp: Bridging Left and Right? How Sahra Wagenknecht Could Change the German Party Landscape, in: Politische Vierteljahresschrift H. 64/2023, S. 621–636, https://doi.org/10.1007/s11615-023-00481-3.

Walter, Franz: Die SPD. Biographie einer Partei, Reinbek bei Hamburg 2018.

Quellen:

BSW: Gründungsmanifest, Karlsruhe 2023, URL: https://buendnis-sahra-wagenknecht.de/bsw/ [eingesehen am 11.01.2024].

BSW: Programm für die Europawahl 2024, Berlin 2024, URL: https://bsw-vg.de/programm/europawahlprogramm-2024/ [eingesehen am 25.01.2024].

Burst, Tobias/Lehmann, Pola/Franzmann, Simon/ Al.-Gaddooa, Denise/Ivanusch, Christoph/Regel, Sven/Riethmüller, Felicia/Weßels, Bernhard/Zehnter, Lisa: manifestoberta. Version 56topics.context.2023.1.1, Berlin und Göttingen 2023, URL: https://doi.org/10.25522/manifesto.manifestoberta.56topics.context.2023.1.1. [eingesehen am 01.03.2024].

Lehmann, Pola Franzmann, Simon/Burst, Tobias/Regel, Sven/Riethmüller, Felicia/Volkens, Andrea/Weßels, Bernhard/Zehnter, Lisa: The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR) Version 2023a, Berlin und Göttingen 2023, https://doi.org/10.25522/manifesto.mpds.2023a.

Lehmann, Pola/Franzmann, Simon/Burst, Tobias/Regel, Sven/Riethmüller, Felicia/Volkens, Andrea/Weßels, Bernhard/Zehnter, Lisa: The Manifesto Project Dataset – Codebook. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR) Version 2023a, Berlin und Göttingen 2023, https://doi.org/10.25522/manifesto.mpds.2023a.

Bild: Fotostudio Balsereit

Prof. Dr. Simon T. Franzmann, geb. 1977, ist seit April 2021 Professor für Demokratieforschung mit Schwerpunkten in der Parteien- und politischen Kulturforschung, Direktor des Instituts für Demokratieforschung sowie wissenschaftlicher Leiter von FoDEx. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind Theorie und Empirie des Parteienwettbewerbs, Opposition, Populismus und Extremismus, Forschungslogik und Inhaltsanalyse.

Nadine Kasten (B.A.), geb. 2000, studiert an der Georg-August-Universität Göttingen im Master Politikwissenschaft: Nationalstaat und Globalisierung. Seit Mai 2021 arbeitet sie am Lehrstuhl des Göttinger Instituts für Demokratieforschung. Ihre Schwerpunkte liegen in den Bereichen Parteienforschung und Inhaltsanalyse.

Alexander Hensel, geb. 1983, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Er forscht seit mehreren Jahren zur Parteien- und Parlamentsentwicklung der AfD auf Bundes- und Landesebene.

Linker Radikalismus

DOI: https://doi.org/10.17875/gup2024-2630
Scharf, Philipp (2024): „Der 7. Oktober und die radikale Linke. Über die diskursive Auseinandersetzung mit Antisemitismus." In: Demokratie-Dialog 14 (2024) S. 28–36.

Der 7. Oktober und die radikale Linke

Über die diskursive Auseinandersetzung mit Antisemitismus

Philipp Scharf

„Über den traditionellen Antizionismus und Antisemitismus der Linken braucht man heute nicht mehr viele Worte zu verlieren"[1], schrieb der Politikwissenschaftler Stephan Grigat vor gut 15 Jahren. Doch heute aktualisiert der Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 diese Aussage. Neben der geopolitischen Dimension, die der Gaza-Krieg birgt, führt der Anschlag auch dazu, dass in Deutschland nun vermehrt eine Renaissance des Antisemitismus diagnostiziert wird. Dieser wird, so die scheinbar paradoxe Beobachtung, nicht von der radikalen Rechten, sondern von ebenjenem Politspektrum getragen (obwohl, und das sei zu Beginn festgestellt, es Antisemitismus in allen gesellschaftlichen Schichten und in allen politischen Spektren gibt), das sich der gesellschaftlichen Emanzipation und zu weiten Teilen auch ganz ausdrücklich dem Kampf gegen Antisemitismus verschrieben hat: Der radikalen Linken.

Das bedeutet einen Fokuswechsel innerhalb der Debatte: An die Stelle von politischer Solidarität mit oder Kritik an den Akteuren in Nahost tritt verstärkt die Frage nach Gestalt und Genese eines spezifisch „linken Antisemitismus". Diese Frage, so argumentiere ich im Folgenden,

1 Grigat, Stephan: Kritik des aufgeklärten Antizionismus. Über linke Ressentiments, Israel und den kategorischen Imperativ, in: Simbürger, Brigitta Elisa/Brosch, Matthias/Elm, Michael/Geißler, Norman/von Wrochem, Oliver (Hrsg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung, Berlin 2007, S. 391–403, hier S. 391.

betrifft grundsätzlich die politische Identität der radikalen Linken selbst. Um der Frage nach den Spezifika eines „linken Antisemitismus" nach dem 7. Oktober – notwendigerweise: vorläufig-tastend – nachzugehen, sollen erste Reaktionen darauf in linken Zeitschriften analysiert werden.

Antisemitismus: Konzept und Kampfbegriff

Die International Holocaust Remembrance Alliance definiert Antisemitismus wie folgt: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen."[2] Diese Definition umfasst sowohl eine ideologische Komponente als auch eine Tatorientierung der Antisemit:innen. Das hier verwendete Konzept nimmt nicht die *Objekte* des Antisemitismus, sondern die *Subjekte* des Hasses in den Blick. Obwohl diese Definition über praktischen Wert verfügen mag, zeigt der Blickwinkel der Kritischen Theorie, dass antisemitisches Gedankengut gesellschaftlich wie individuell wesentlich tiefer reicht. Der Antisemitismus ist demnach das Unbehagen in und an der Moderne. Er stelle die dunkle und unbegriffene Seite der „Dialektik der Aufklärung"[3] dar.

Der Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn beschreibt „Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne"[4]: In Anlehnung an die Schriften von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer könne Antisemitismus demnach als Bewusstseinsform der bürgerlichen Gesellschaft begriffen werden. Das Individuum müsse die Widersprüche von der durch die Aufklärung proklamierten Idee der Freiheit und der gleichzeitigen Unmöglichkeit ihrer tatsächlichen Verwirklichung durch gesellschaftliche wie ökonomische Zwänge verhandeln und emotional bewältigen.[5] Die „Triebbeschränkungen der bürgerlichen Gesellschaft"[6] versagten dem Individuum seine vollständige Entfaltung. Die Komplexität moderner Gesellschaften führe zu einer Entsubjektivierung von Herrschaft; die politische wie gesellschaftliche Umwelt werde zunehmend abstrakt. Im Antisemitismus nun würden die „Juden zum Symbol für das Abstrakte als solches" und damit zu einer leeren Signifikanten, einer Projektionsfläche, in die beliebige hasserfüllte Ressentiments interpretiert werden könnten; „den Juden wird die Abstraktheit und damit die Moderne zum Vorwurf gemacht"[7]. Salzborn zufolge treten im Antisemitismus also eine unverstandene Moderne und eine Unfähigkeit, die eigenen Triebe auszuleben, zusammen.[8] Im „jüdische[n] Prinzip"[9] würden folglich alle Ambivalenzen der ge-

2 International Holocaust Remembrance Alliance: Arbeitsdefinition von Antisemitismus, URL: https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus [eingesehen am 25.01.24].

3 Horkheimer, Max und Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt am Main 2003 [1944].

4 Salzborn, Samuel: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt am Main 2010.

5 Vgl. Salzborn: Antisemitismus als negative Leitidee, S. 317.

6 Salzborn: Antisemitismus als negative Leitidee, S. 318.

7 Salzborn: Antisemitismus als negative Leitidee, S. 322.

8 Vgl. Salzborn: Antisemitismus als negative Leitidee, S. 334.

9 Grigat, Stephan: Kritik des Antisemitismus heute. Zur kritischen Theorie antijüdischer Projektionen, der Persistenz des Antizionismus und der aktuellen Gefahr des islamischen Antisemitismus, in: ders. (Hrsg.): Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart. Erscheinungsformen – Theorien – Bekämpfung, Baden-Baden 2023, S. 11–47, hier S. 16.

sellschaftlichen Moderne unzulässig subsumiert und Juden schließlich durch die „regressive Revolte gegen das globale Prinzip subjektloser Herrschaft"[10] bekämpft.

Bezüglich eines spezifisch linken Antisemitismus konstatiert der Soziologe Peter Ullrich eine „Heftigkeit der Diskussion und Bedeutung für die politische Identität im Lager der radikalen Linken"[11], die auf tieferliegende Konflikte verweisen. „Das Weltbild des Antiimperialismus", so wiederum Salzborn, „stellt, wenngleich in postmodern gewendeter Form, bis heute die zentrale Grundlage für linken Antisemitismus dar."[12] Ein Charakteristikum des in der jüngeren Vergangenheit vielfach identifizierten linken Antisemitismus, der neben traditionell antiimperialistischen Gruppierungen auch von postkolonialen oder queeren Bündnisse getragen werde, ist damit die zunächst zutreffende Beobachtung, dass die Moderne an ihren eigenen Versprechungen, den Garantien politischer und ökonomischer Freiheiten, scheitert.[13]

Diskursarena I: Israelkritik und Antisemitismus

Die Positionen in der Zeitschrift *analyse & kritik (ak)* changieren zwischen einer klaren Ablehnung des Angriffs der Hamas[14], einer antikolonialistischen Apologetik[15] und Empathie für die Menschen in Gaza.[16] Trotz des Terrorakts der Hamas, der Schmerz und Traumata hervorgerufen habe, und der hieran anschließenden Forderung nach linker Solidarität,[17] lassen sich mitunter stärkere Sympathien, etwa von Hanno Hauenstein, für die Palästinenser:innen im Gaza-Streifen ausmachen, deren Überleben „buchstäblich von Israels Gutdünken"[18] abhänge. Zwar wahrt Hauenstein zunächst performative Äquidistanz und ordnet das Geschehen betont sachlich-abwägend ein,[19] um doch anschließend der „expansionistischste[n] Regierung der israelischen Geschichte" und deren „de facto Apart-

10 Grigat: Kritik des Antisemitismus heute, S. 13.

11 Ullrich, Peter: Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin 2008, S. 158.

12 Salzborn, Samuel: Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne, Weinheim/Basel 2018, S. 85.

13 Vgl. Salzborn: Globaler Antisemitismus, S. 98–99.

14 „Die Gewalt der Hamas ist nicht die revolutionäre Gewalt der Dekolonisierung: Sie ist die Gewalt des Pogroms", vgl. Heinze, Robert: Was ist Befreiung?, in: analyse & kritik, Nr. 698, 14.11.23, URL: https://www.akweb.de/politik/hamas-fanon-streit-um-dekolonisierung-was-ist-befreiung/ [eingesehen am 31.01.24].

15 „Eine Linke, die versucht, ein Massaker wie das von der Hamas begangene in ein Diskursparadigma antikolonialen Widerstands zu zwängen, ist keine", vgl. Hauenstein, Hanno: Ein Abgrund, in: analyse & kritik, Nr. 697, 14.10.23, URL: https://www.akweb.de/politik/krieg-in-israel-und-gaza-die-linke-muss [eingesehen am 31.01.24].

16 „Die totale Perspektivlosigkeit, die auf Ewigkeit angelegte Kontrolle und übermächtige Herrschaft Israels über zwei Millionen Menschen im Gaza-Streifen sowie auch in der Westbank ist die Grunderfahrung der Menschen dort", vgl. Cohen, Tsafrir: Eskalation der Entmenschlichung, in: analyse & kritik, Nr. 697, 14.10.2023, URL: https://www.akweb.de/politik/israel-palaestina-gaza-eskalation-der-entmenschlichung/ [eingesehen am 31.01.24]).

17 Vgl. Hauenstein.

18 Ebd.

19 „Die Unterschiede zwischen einem gezielten Massaker an Zivilist*innen und unnachgiebigem Bombenhagel auf ein dicht besiedeltes Gebiet ohne Fluchtmöglichkeit, der zwangsläufig zivile Opfer fordert, lassen sich kaum leugnen. Es gibt einen Unterschied, er reicht über die zeitliche Abfolge hinaus. Doch zur Wahrheit gehört auch, dass es mit jedem weiteren grauenhaften Bericht aus Gaza in diesen Stunden gefühlt schwieriger wird, beides zu benennen: den Unterschied selbst wie auch die offensichtliche Indienstnahme ebenjenes Unterschieds für die Legitimation von Kriegsverbrechen" (ebd.)

heid-Politik"[20] ein Interesse an der Eskalation des Konflikts zu unterstellen. Obgleich das „zionistische Sicherheitsversprechen" nicht mehr gelte, so springt ihm Tsafrir Cohen bei, müsse auch der „nie gekannte Grad an Ausweglosigkeit" für die Palästinenser:innen sowie die „gegenseitige Entmenschlichung" konstatiert werden – ohne zugleich „die militärische Dominanz und die Vorenthaltung von Menschenrechten"[21] durch die israelische Armee und Regierung als Ursachen des anhaltenden Konflikts zu nennen.

Symptomatisch für kontemporäre innerlinke Suchbewegungen steht die Sammlung von Stimmen zum Konflikt in der *ak*: Der Wunsch nach Klarheit, das Verlangen der Menschen, „beim ersten Anzeichen vom Wiederaufkeimen des Konflikts eine Seite zu wählen und ihren Hass in die Tasten zu hämmern",[22] das ein Zeichen der Moderne und auch bewegungsinterner Debatten sein könne, scheint in Reaktion auf den neu entbrannten Konflikt zutage zu treten. So finden wir sowohl klare Forderungen nach einer Parteinahme für eine internationalistische Praxis, die eindeutig für die Palästinenser:innen eintritt[23] als auch die Feststellung, dass der Vorwurf eines Genozids an Israel, der mit der Shoah gleichgesetzt werde, antisemitisch sei[24] sowie eine emphatische Verurteilung von Gewalt beider Konfliktparteien durch die Palestinians and Jews for Peace.[25]

Deutlich konfrontativer treten die Autor:innen in der *Jungen Welt (JW)* auf. Verschwörerisch-polternd wird das deutsche Debattenklima kritisiert, „stramme Konformität"[26] beherrsche demnach den Diskurs. Schlimmer gar, so Knut Mellenthin: „Auf die wenigen, die aus der uneingeschränkten ‚Solidarität mit Israel' als nicht nur verordnete, sondern allgemein akzeptierte ‚Staatsräson' ausbrechen, wird mit vereinten Kräften eingedroschen."[27] Die Politik der EU und insbesondere Deutschlands führten demnach zu einer „Selbstisolierung des Westens infolge der zur Schau gestellten tödlichen Doppelmoral" und gar zu „einem Kollaps der Vernunft im Westen selbst"[28], so die im Bündnis Sarah Wagenknecht (bis dahin: Die Linke) aktive Politikerin Sevim Dagdelen. In dieser Logik führe die Politik Deutschlands, welche das „Selbstverteidigungsrecht Israels" absolut setzte, zu einer „Carte blanche für Massenmord."[29] Nur „Schlichtdenkende", doziert Mellenthin, mit „genug bösem Willen oder einem Übermaß an Dummheit und

20 Ebd.

21 Cohen.

22 Palestinians and Jews for Peace: „Wir stehen zu Menschen, nicht zu Flaggen, nicht zu Nationen und nicht zum Krieg", zit. nach: El-Khatib, Jules/Hefets, Iris/Palestinians and Jews for Peace/Tervooren, Markus: Welche Solidarität braucht es nach dem 7. Oktober?, in: analyse & kritik, Nr. 698, 14.11.23, URL: https://www.akweb.de/bewegung/israel-palaestina-deutschland-welche-solidaritaet-braucht-es-nach-dem-7-oktober/ [eingesehen am 31.01.24].

23 „Wer es allerdings nicht schafft, die Stimme zu erheben, sich für einen Waffenstillstand einzusetzen, sich gegen die Bombardierungen Gazas zu stellen, der möge bitte nie wieder von Internationalismus und internationaler Solidarität sprechen. Denn wer zu einem der blutigsten Kriege der letzten Jahrzehnte schweigt, der offenbart, dass Internationalismus eine Phrase ist und keine gelebte Praxis", vgl. El-Khatib, Jules: „Wer schweigt, der offenbart internationale Solidarität als leere Phrase", zit. nach: El-Khatib et al.

24 Vgl. Tervooren, Markus: „Ich wünsche mir Trauer um die Opfer und Empathie", zit. nach: El-Khatib et al.

25 Vgl. Palestinians and Jews for Peace.

26 Mellenthin, Knut: Amerika, du hast es besser, in: junge Welt, Nr. 13. 16.01.24, S. 8, URL: https://www.jungewelt.de/artikel/463282.amerika-du-hast-es-besser.html?sstr=israel [eingesehen am 31.01.24].

27 Ebd.

28 Dagdelen, Sevim: Tödliche Doppelmoral, in: junge Welt, Nr. 13. 16.01.24, S. 8, URL: https://www.jungewelt.de/artikel/461980.t%C3%B6dliche-doppelmoral.html?sstr=israel [eingesehen am 31.01.24].

29 Schölzel, Arnold: Gegenrevolte, in: junge Welt, 18.10.23, S. 8, URL: https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/461313.gegenrevolte.html?sstr=israel [eingesehen am 31.01.24].

Gleichgültigkeit" könnten die Schuld am gewaltsamen Wiederaufflammen des Krieges bei der Hamas sehen und nicht bei der illegitimen „Besatzungsmacht"[30].

Hier treten verschiedene Emanzipationsdimensionen konflikthaft in Beziehung zueinander, sodass mitunter der Eindruck zu entstehen scheint, dass die Großdebatten gegeneinander aufgewogen werden müssten. Antirassismus und – vor allem – Antiimperialismus geraten somit als Zielvorstellungen linksradikalen Handelns in Konflikt mit dem Engagement gegen Antisemitismus. Gab es in der *ak* neben vereinzelt israelkritischen bis latent antisemitischen Aussagen noch Stimmen, welche die Vielschichtigkeit der politischen Wirklichkeit anerkannten, lassen sich Zwischentöne zulassende Äußerungen in der *Jungen Welt* nicht mehr finden. Hier wurden die vermeintlichen Konfliktdimensionen einseitig aufgelöst und antisemitisches Gedankengut im Gewand eines verkürzten Antiimperialismus umstandslos verbreitet.

Diskursarena II: Deutsche Spezifika? Die antideutsche Gegenreaktion

Am deutlichsten gegen die Hamas und ihre (deutschen) Unterstützer:innen treten die Autor:innen in der *Jungle World* auf. Mit drastischen Worten stellt etwa Matthias Küntzel fest, dass in dem „großangelegte[n] Pogrom" die „neueste Katastrophe [...] in der Weltgeschichte des Antisemitismus"[31] stattgefunden habe. In Richtung deutscher Linker erhebt er den Vorwurf: „Da kommt es zu dem schlimmsten Gemetzel an Juden seit der Befreiung von Auschwitz, doch über Antisemitismus wird geschwiegen."[32] Die vorbehaltlose Unterstützung Israels aufgrund der diagnostizierten geopolitischen Alternativ- (im Sinne des Existenzrechts Israels) sowie die antisemitische Ausweglosigkeit moderner Gesellschaften werden fortwährend betont und letztlich die „bedingungslose Kapitulation [der Hamas], gefolgt von einem Jahrzehnt reeducation"[33], gefordert. Alarmierend wirkt auch für Jerome Buske die Mahnung vor der Gegenwart eines eliminatorischen Antisemitismus.[34]

Nach antisemitischen Onlinepostings[35] oder Diskriminierungen in der analogen Welt[36] wird in der *Jungle World* an allen Spektren der palästinasolidarischen Linken harte Kritik geübt: „Die Propaganda [der Hamas] fällt auf fruchtbaren Boden in einem Milieu, das Zweifel am eigenen manichäischen Weltbild nicht für ange-

30 Mellenthin, Knut: Einseitige Empörung, in: junge Welt, 9.10.23, URL: https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/460645.einseitige-emp%C3%B6rung.html?sstr=israel [eingesehen am 31.01.24].

31 Küntzel, Matthias: Israel kämpft ums Überleben, in: Jungle World, Nr. 41, 12.10.23, S. 4.

32 Ebd.

33 Ebd.

34 Vgl. Buske, Jerome: Likes und Süßes für den Massenmord, in: Jungle World, Nr. 41, 12.10.23, S. 6.

35 So wird etwa die antiimperialistische Gruppe Young Struggle kritisiert, die wiederholt den Hamas-Angriff als legitimen Widerstand eines unterdrückten Volkes glorifizieren und damit in einer Tradition des klassischen Antiimperialismus stehen, vgl. etwa: Young Struggle: Die Al-Aqsa Flut – Der Gefängnisausbruch des palästinensischen Volkes, 10.10.23, URL: https://young-struggle.org/die-al-aqsa-flut-der-gefaengnisausbruch-des-palaestinensischen-volkes/ [eingesehen am 12.03.24]. Der Link ist bei Drucklegung nicht mehr abrufbar. Vgl. dazu: Roßbach, Daniel: „Wir laufen nicht mit Antisemiten": Israel-Feinde als Teil eines Linken-Bündnisses? in: fr.de, 19.11.23, URL: https://www.fr.de/politik/antisemitismus-israel-hamas-angriff-anschlag-terror-gaza-demonstration-rechts-links-buendnis-92683310.html [zuletzt eingesehen: 27.05.24].

36 Vgl. exemplarisch: Winter, Jens: Das Gebrüll der zum Schweigen Gebrachten, in: Jungle World, Nr. 46, 16.11.23, S. 3; Anastasia, Tikhomirova: Judenfeindschaft an Berliner Unis, in: Jungle World, Nr. 46, 16.11.23, S. 5.

bracht hält."[37] Durch die „antisemitische Dehumanisierung der Opfer", welche diese Gruppen betrieben, würden sie eine Täter-Opfer-Umkehr rechtfertigen: „Das Blut der Opfer ist noch nicht trocken, noch kein Wort über sie verloren, da krakeelen die Ersten, man solle nicht überrascht sein, dass Dekolonisierung auch erfordere, sich die Hände schmutzig zu machen."[38] Der „antirassistische Antisemitismus" sei indes kein neues Phänomen, sondern vielmehr „für alle, die es wissen wollten, seit langem klar ersichtlich."[39] Polemisierungen, die auf den tiefen Identitäten-Konflikt innerhalb der radikalen Linken hinweisen, sind in der *Jungle World* damit keine Seltenheit, die Debatte erscheint verhärtet, wie auch die Aussage von Sasa Vojin Vukadinovic unterstreicht: „Wer hiernach weiterhin mit gereckter Faust und Regenbogenflagge ‚From the River to the sea, Palastine will be free' ruft, ist genauso verloren wie diejenigen, die meinen, dass ein regionaler Stuhlkreis mit Judith-Butler-Lektüre für ‚beide Seiten' zum Frieden führen werde. Argumente sind hier zwecklos."[40]

Somit verschwimmen in der Auseinandersetzung die Ebenen miteinander: das Abstrakte mit dem Konkreten, die Vergangenheit mit der Gegenwart unter dem diskursiven Dach des Antisemitismus, der Shoah sowie dem Verhältnis zum deutschen Staat und deutscher Identität. In dem Slogan „Free Palestine from German guilt" finden diese Diskursstränge argumentativ zugespitzt zusammen, Kritik und Gegenkritik führen in der Logik der Autor:innen zu einer gegenseitigen „Repolitisierung"[41]. Dieser Zwang treibt die Konfliktparteien in die Extreme, wie folgendes Zitat illustriert: „Ausbleibende Empörung ist kein neutraler Standpunkt, im Gegenteil."[42] So kommt es schließlich zu einer diskursiven Verdichtung; in der Frage nach der deutschen Verantwortung für jüdisches Leben und nach der Rolle der deutschen Geschichte wird der Nukleus linksradikaler Identität verhandelt. Exemplarisch hierfür Pascal Beck: „Mit der Shoah kann man alles Mögliche verkaufen, auch Judenmord als Befreiungskampf. Wer ‚gedenkt', geht aufrecht, darf mit dem Finger mahnen. Israel hat sicher nur darauf gewartet, von verklatschten deutschen Linke [sic!] erklärt zu bekommen, welche Lehren man aus der Vergangenheit zu ziehen habe."[43] Nicht zuletzt werden hier auch Selbstverständnis- und Selbstverortungsdebatten von beträchtlicher interner Relevanz geführt.[44] Links-Sein und Deutsch-Sein sind hier identitär eng miteinander verknüpft und bilden einen starken anti-antisemitischen Zusammenhang.

Diskursarena III: Was ist links?

In der Zeitschrift *konkret* sind in der November- und der Dezemberausgabe 2023 zwei Artikel auffällig, die jeweils moderne Ideologieformen kritisieren: den Feminismus und den Postkolonialismus. So erkennt Richard Schuberth, dass es mit dem Überfall der Hamas einen „weiteren Teststreifen" für „linken Antisemitismus"[45] gäbe. Der „Judenhass", der bis in das linksliberale Bürgertum reiche, lasse sich von „keiner Barbarei den Glauben an die ‚Legalität des palästinensi-

37 Tikhimirova, Anastasia: Krieg in den sozialen Medien, in: Jungle World, Nr. 42, 19.10.23, S. 4.

38 Jasim, Dastan: Subalterner Terror, in: Jungle World, Nr. 42, 19.10.23, S. 5.

39 Vukadinovic, Vojin Sasa: Protest und Pogrom, in: Jungle World, Nr. 42, 19.10.23, S. 5.

40 Ebd.

41 Potter, Nicholas: Raven gegen Israel, in: Jungle World, Nr. 44, 02.11.23, S. 17.

42 Bach, Johanna: Steinerne Gesichter, in: Jungle World, Nr. 44, 02.11.23, S. 8.

43 Beck, Pascal: Keine Sicherheit für Juden, in: Jungle World, Nr. 44, 02.11.23, S. 7.

44 Vgl. etwa Jocher, Lukas: Antisemiten rechts und links, in: Jungle World, Nr. 48, 30.11.23, S. 7.

45 Schuberth, Richard: Zittere, Zion!, in: konkret H.12/2023, S. 12–15, hier S. 12.

schen Widerstands'"[46] nehmen, springt ihm sein Kollege Marten Brehmer bei. Der Queerfeminismus sowie Post- und Dekolonialismus hielten weiter an der Imagination eines „antikolonialen Befreiungskampfes"[47] fest, den selbst orthodoxe Marxist:innen mittlerweile verurteilten.

Damit wird die traditionelle Unterscheidung des politischen Koordinatensystems zwischen links und rechts um eine identitätspolitische Achse erweitert; ehemals linke Gewissheiten lösen sich letztlich auf, das politische Spektrum wird diffuser – individuelle Orientierungsschwierigkeiten in Kauf nehmend –, wie Schuberth in einer Abwandlung einer Grundidee des dialektischen Materialismus konstatiert: „Die Verfangenheit der Postkolonialen und all ihrer identitätspolitischen Trabanten im Diskursiven und Symbolischen, im Textualen und Normativen ist ein schadensbegrenzender Segen für die Welt. Da deren akademische Influencer aufgrund ihrer sozialen Herkunft sich eines gesicherten Seins glücklich schätzen können, ist es für sie das Bewusstsein, welches das Bewusstseins bestimmt."[48]

Beide Autoren wenden sich gegen postkolonial inspirierte Gruppen,[49] die an der „Delegitimierung des Staates Israel"[50] arbeiteten und somit den Sonderstatus des jüdischen Staats sowie der Einzigartigkeit der Shoah insgesamt anzweifelten. Ihre klare Forderung lautet: „Die geistige Dekontamination dieser sich als Linke missverstehenden Generation kann nur durch die Zerstörung ihrer postkolonialen Denkschablonen geschehen."[51] Steht auf der einen Seite dieser Kritik des Postkolonialismus noch die „melancholische Gewissheit, dass [...] die Welt Israel und den Juden auch dieses Massaker nie verzeihen wird"[52], so schlägt auf der anderen Seite die Überidentifikation mit Israel in stereotypes Denken um, das gleichfalls die Figur des Juden auch nur als das Fremde kennt[53]: „Wie weit in die Stratosphäre muss man sich erheben, um zu erkennen, dass die Unverhältnismäßigkeit, mit der ein fliegenschissgroßes Areal der Erdoberfläche die Welt in Aufregung versetzt, nicht nicht Antisemitismus ist?"[54]

Am Beispiel der *konkret* zeigt sich, dass innerlinke Positionskämpfe auch von einem philosemitischen Lager mit einer Vehemenz geführt werden, die zu Pauschalisierungen und gedanklicher Unterkomplexität verleitet. Die Herausforderungen der gesellschaftlichen Moderne führten in den letzten Jahrzehnten zu der Etablierung eines linken postmaterialistischen Wertemilieus, gegen das sich die Autoren hier leidenschaftlich wenden. Dadurch wird nicht nur die Frage danach aktuell, *wer* als links zu gelten hat. Sondern neben dieser neuen Vagheit des eigenen politischen Lagers scheint auch die grundsätzliche Gewissheit danach, *was* als links zu gelten hat, ebenfalls verloren.

46 Brehmer, Marten: Claqueure des Völkermords, in: konkret H.11/2023, S. 12.

47 Schuberth: Zittere, Zion!, S. 13.

48 Schuberth: Zittere, Zion!, S. 15.

49 „Dass sich in Deutschland eine Bewegung bildet, die lautstark ‚Tod den Juden' fordert, dürfte nicht überraschen. Dass an ihrer Spitze eine Gruppe steht, die peinlich genau darauf achtet, jeden Genderstern korrekt zu setzen, dagegen schon", vgl. Brehmer, Claqueure des Völkermords.

50 Schuberth: Zittere, Zion!, S. 15.

51 Ebd.

52 Schuberth: Zittere, Zion!, S. 12.

53 Vgl. Stender, Wolfram: Das antisemitische Unbewusste. Zur politischen Psychologie des Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hagen, Nikolaus und Neuburger, Tobias (Hrsg.): Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft – Theoretische Überlegungen, Empirische Fallbeispiele, Pädagogische Praxis, Innsbruck 2020, S. 21–40, hier S. 30.

54 Schuberth: Zittere, Zion!, S. 15.

Resümee

Die Analyse verdeutlichte, dass durch die komplexe Verflechtung von politischer Identität und antisemitischen Denkmustern der Antisemitismus nicht als isoliertes Einzelphänomen betrachtet werden kann, sondern seine gesellschaftliche – und: milieuspezifische – wie individuelle Verwurzelung betrachtet werden muss. Im Falle der radikalen Linken wird deutlich, dass anlässlich des 7. Oktobers vor dem Hintergrund bewegungsinterner Suchprozesse grundsätzliche Fragen des politischen Selbstverständnisses diskutiert werden.

Stärker als andere politische Spektren scheint die radikale Linke an den Herausforderungen der gesellschaftlichen Moderne – und anschließend: dem politischen Kampf um Emanzipation – zu leiden, die linke politische Gewissheiten erschüttern. Zwar ist Salzborn zunächst zuzustimmen, wenn er bemerkt: „Genauso wenig, wie es keinen genuinen Zusammenhang von linker Weltanschauung und Antisemitismus gibt, ist das Gegenteil der Fall."[55] Es muss jedoch auch konstatiert werden, dass eine Krise der ideologischen Weltdeutung, eine politische Krise sowie eine Krise der gesellschaftlichen Eingebundenheit und Wirkmächtigkeit als multiple Krisenerfahrung zusammentreten, die potenziell anfällig für die Attraktivität antisemitischer Erklärungsmuster macht.

Gerade in diesem Zustand scheint sich anhand des Gaza-Kriegs ein Diskurs zu entfalten, dessen Charakteristikum eine überdeutliche Identifizierung mit einer der beiden Konfliktparteien ist. In der innerlinken Auseinandersetzung tritt außerdem das identitätsstiftende Moment zutage, das nicht zuletzt auch auf die deutsche Sonderposition der Debatte rekurriert. Die Suche nach politischer Klarheit und die Parteinahme für bestimmte Positionen innerhalb dieser Konflikte sind Ausdruck einer komplexen politischen Identitätsbildung. Die ideologischen Differenzen innerhalb der Linken führen zu einem intensiven Ringen um Deutungshoheit und Identitätszuweisungen sowie zu einer Verkrustung des Diskurses: Es werden abgeschottete Diskursarenen geschaffen, die nicht miteinander in Kontakt stehen und so die politische Polarisierung weiter vorantreiben.

Offen muss hingegen die Frage danach bleiben, ob es einen spezifisch „linken" Antisemitismus gibt. Zwar wurden einige Auffälligkeiten von linksradikalen Diskursen identifiziert; ob sich diese aber zu einem eigenständigen Phänomen verdichten, scheint fraglich. Vielmehr lässt sich Antisemitismus in allen politischen Milieus ausmachen; das Prokrustesbett des politischen Koordinatensystems zwischen den Polen „links" und rechts" versperrt hier eher den Blick für Unerwartetes und Uneindeutigkeiten.

Literatur:

Grigat, Stephan: Kritik des aufgeklärten Antizionismus. Über linke Ressentiments, Israel und den kategorischen Imperativ, in: Simbürger, Brigitta Elisa/Brosch, Matthias/Elm, Michael/Geißler, Norman/von Wrochem, Oliver (Hrsg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung, Berlin 2007, S. 39–403.

Grigat, Stephan: Kritik des Antisemitismus heute. Zur kritischen Theorie antijüdischer Projektionen, der Persistenz des Antizionismus und der aktuellen Gefahr des islamischen Antisemitismus, in: ders. (Hrsg.): Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart. Erscheinungsformen – Theorien – Bekämpfung, Baden-Baden 2023, S. 11–47.

Horkheimer, Max und Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt am Main 2003 [1944].

International Holocaust Remembrance Alliance: Arbeitsdefinition von Antisemitismus, URL: https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus [eingesehen am 25.01.24].

Salzborn, Samuel: Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne, Weinheim, Basel 2018.

Salzborn, Samuel: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt am Main 2010.

Stender, Wolfram: Das antisemitische Unbewusste. Zur politischen Psychologie des Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hagen, Nikolaus / Neuburger, Tobias (Hrsg.): Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft – Theoretische Überlegungen, Empirische Fallbeispiele, Pädagogische Praxis, Innsbruck 2020, S. 21–40.

Ullrich, Peter: Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin 2008.

55 Salzborn: Globaler Antisemitismus, S. 83.

Quellen:

Bach, Johanna: Steinerne Gesichter, in: Jungle World, Nr. 44, 02.11.23, S. 8.

Beck, Pascal: Keine Sicherheit für Juden, in: Jungle World, Nr. 44, 02.11.23, S. 7.

Brehmer, Marten: Claqueure des Völkermords, in: konkret H.11/2023, S. 12.

Buske, Jerome: Likes und Süßes für den Massenmord, in: Jungle World, Nr. 41, 12.10.23, S. 6.

Cohen, Tsafrir: Eskalation der Entmenschlichung, in: analyse & kritik, Nr. 697, 14.10.2023, URL: https://www.akweb.de/politik/israel-palaestina-gaza-eskalation-der-entmenschlichung/ [eingesehen am 31.01.24].

Dagdelen, Sevim: Tödliche Doppelmoral, in: junge Welt, Nr. 13. 16.01.24, S. 8, URL: https://www.jungewelt.de/artikel/461980.t%C3%B6dliche-doppelmoral.html?sstr=israel [eingesehen am 31.01.24].

El-Khatib, Jules/Hefets, Iris/Palestinians and Jews for Peace/Tervooren, Markus: Welche Solidarität braucht es nach dem 7. Oktober?, in: analyse & kritik, Nr. 698, 14.11.23, URL: https://www.akweb.de/bewegung/israel-palaestina-deutschland-welche-solidaritaet-braucht-es-nach-dem-7-oktober/ [eingesehen am 31.01.24].

Hauenstein, Hanno: Ein Abgrund, in: analyse & kritik, Nr. 697, 14.10.23, URL: https://www.akweb.de/politik/krieg-in-israel-und-gaza-die-linke-muss [eingesehen am 31.01.24].

Heinze, Robert: Was ist Befreiung?, in: analyse & kritik, Nr. 698, 14.11.23, URL: https://www.akweb.de/politik/hamas-fanon-streit-um-dekolonisierung-was-ist-befreiung/ [eingesehen am 31.01.24].

Jasim, Dastan: Subalterner Terror, in: Jungle World, Nr. 42, 19.10.23, S. 5.

Jocher, Lukas: Antisemiten rechts und links, in: Jungle World, Nr. 48, 30.11.23, S. 7.

Küntzel, Matthias: Israel kämpft ums Überleben, in: Jungle World, Nr. 41, 12.10.23, S. 4.

Mellenthin, Knut: Einseitige Empörung, in: junge Welt, 9.10.23, URL: https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/460645.einseitige-emp%C3%B6rung.html?sstr=israel [eingesehen am 31.01.24].

Mellenthin, Knut: Amerika, du hast es besser, in: junge Welt, Nr. 13. 16.01.24, S. 8, URL: https://www.jungewelt.de/artikel/463282.amerika-du-hast-es-besser.html?sstr=israel [eingesehen am 31.01.24].

Potter, Nicholas: Raven gegen Israel, in: Jungle World, Nr. 44, 02.11.23, S. 17.

Roßbach, Daniel: „Wir laufen nicht mit Antisemiten": Israel-Feinde als Teil eines Linken-Bündnisses? in: fr.de, 19.11.23, URL: https://www.fr.de/politik/antisemitismus-israel-hamas-angriff-anschlag-terror-gaza-demonstration-rechts-links-buendnis-92683310.html [zuletzt eingesehen: 27.05.24].

Schölzel, Arnold: Gegenrevolte, in: junge Welt, 18.10.23, S. 8, URL: https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/461313.gegenrevolte.html?sstr=israel [eingesehen am 31.01.24].

Schuberth, Richard: Zittere, Zion!, in: konkret H.12/2023, S. 12–15.

Tikhimirova, Anastasia: Krieg in den sozialen Medien, in: Jungle World, Nr. 42, 19.10.23, S. 4.

Tikhomirova, Anastasia: Judenfeindschaft an Berliner Unis, in: Jungle World, Nr. 42, 16.11.23, S. 5.

Vukadinovic, Vojin Sasa: Protest und Pogrom, in: Jungle World, Nr. 42, 19.10.23, S. 5.

Winter, Jens: Das Gebrüll der zum Schweigen Gebrachten, in: Jungle World, Nr. 46, 16.11.23, S. 3.

Young Struggle: Die Al-Aqsa Flut – Der Gefängnisausbruch des palästinensischen Volkes, 10.10.23, URL: https://young-struggle.org/die-al-aqsa-flut-der-gefaengnisausbruch-des-palaestinensischen-volkes/ [eingesehen am 12.03.24].

Philipp Scharf, M.A., ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Protest- und Bewegungsforschung sowie politische Kulturforschung.

Radikaler Islam

DOI: https://doi.org/10.17875/gup2024-2631
Klevesath, Lino (2024): „War das Scheitern des Westens in Afghanistan vermeidbar? Rezension zu Timor Sharan (2023): Inside Afghanistan – Political Networks, Informal Order, and State Disruption" In: Demokratie-Dialog 14 (2024) S. 38–45.

War das Scheitern des Westens in Afghanistan vermeidbar?

Rezension zu Timor Sharan (2023): Inside Afghanistan – Political Networks, Informal Order, and State Disruption

Lino Klevesath

Was ist in Afghanistan schiefgelaufen? Fast 20 Jahre lang waren die USA und Verbündete mit Militär, staatlicher Aufbauhilfe und zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Land am Hindukusch aktiv, nachdem die Taliban durch einen amerikanischen Militäreinsatz nach dem 11. September 2001 zu Fall gebracht worden waren. Doch im August 2021 kehrten die Taliban mit dem Abzug der internationalen Truppen wieder an die Macht zurück und sorgten etwa erneut dafür, dass Mädchen und Frauen von höherer Schulbildung und dem Besuch von Universitäten ausgeschlossen sind. Warum konnte nicht verhindert werden, dass das Land 2021 wieder unter die Herrschaft der radikal-islamischen Bewegung fiel, die es bereits in den 1990ern prägte – und das trotz des Einsatzes einer zwischenzeitlich sechsstelligen Zahl an Soldat*innen und vielen Milliarden Euro an Militär- und Entwicklungshilfe?

In Anbetracht der Tatsache, dass nirgendwo sonst nach dem Zweiten Weltkrieg so viele deutsche Soldat*innen im Einsatz starben, bleibt diese Frage aktuell, auch wenn mittlerweile andere internationale Krisen den Blick auf Afghanistan überlagern. Zudem flohen in Folge der Taliban-Machtübernahme sehr viele Menschen nach Deutschland: Von 2020 auf 2022 stieg in der Bundesrepublik die Zahl der Afghan*innen um mehr als 100.000 auf insgesamt 380.000 Menschen. Oft wird postuliert, dass das Maß der Zustimmung für die liberale Demokratie unter Einwanderer*innen von den politischen Verhältnissen im Heimatland abhängig

ist.[1] Die Gründe zu klären, warum der Versuch gescheitert ist, in Afghanistan eine Demokratie zu etablieren, kann also potenziell dazu beitragen zu verstehen, wie aufgeschlossen oder resilient afghanischstämmige Muslim*innen in Niedersachsen und Deutschland für anti-demokratische Spielarten des radikalen Islam sind.

Afghanistan als Staat der Netzwerke

Timor Sharan geht in seiner 2023 vorgelegten Monografie „Inside Afghanistan – Political Networks, Informal Order, and State Disruption" dem westlichen Scheitern in Afghanistan nach. Er reflektiert die Entwicklungen der letzten 20 Jahre nicht nur als Politikwissenschaftler, sondern auch als ehemaliger Vizeminister im Independent Directorate of Local Governance (IDLG) Afghanistans und als langjähriger Mitarbeiter der International Crisis Group, einer NGO, die sich ausgiebig mit Policy-Analysen und -Empfehlungen zu virulenten Konflikten beschäftigt.

Ins Zentrum stellt er die Analyse Afghanistans als „networked state". Er begreift die 2001 entstandene und 2021 untergegangene afghanische Republik als soziales Gebilde, in dem die formalen Institutionen, die durch ausformulierte Regeln und Verfahren beherrscht werden, allenfalls eine Nebenrolle spielen und in dem Netzwerke, unter anderem zwischen Zentralregierung, regionalen, über Waffen und Kämpfer verfügenden „Strongmen" und den Dorfältesten auf lokaler Ebene die entscheidenden Formationen darstellen, um Macht zu organisieren und zu verteilen. Die Grenzen zwischen staatlichen, parastaatlichen, wirtschaftlichen und kriminellen Akteuren seien demnach fließend gewesen. Die Netzwerke seien zudem nicht auf die Grenzen Afghanistans beschränkt gewesen, da ausländische Staaten, ihre Militäreinheiten und Sicherheitsfirmen sowie internationale Geldgeber und NGOs eine entscheidende Rolle spielten. Dies kann nicht verwundern, wenn man bedenkt, dass auf dem Höhepunkt der ausländischen Intervention 2014 die internationalen Militär- und Zivilhilfen etwa 95 % zum Bruttoinlandsprodukt Afghanistans beitrugen[2] – der afghanische Staat selbst hatte nur wenige Ressourcen zu verteilen.

Der Autor will einerseits diese Netzwerke selbst und die alltäglichen Praktiken der in ihnen verbundenen Akteur*innen aufzeigen und andererseits darlegen, wie die Netzwerke zur endemischen Gewalt und zum Zusammenbruch des Staates 2021 beitrugen.[3] Die Netzwerke hätten durch leere Performanz das Vorhandensein eines Staates mit regelbasierten Institutionen lediglich simuliert und damit den Staat so schwach gehalten, dass die Taliban 2021 gar nicht im größeren Rahmen um die Macht kämpfen mussten: „[It] [...] made the Afghan state so hollow that when the pressure of U.S. withdrawal was applied, it crumbled like a house of cards" (XIX).

Sharan versteht unter politischen Netzwerken offene und gleichzeitig hierarchische Strukturen in einem informellen und fortwährend auszuhandelnden Zusammenspiel, bei dem die involvierten Akteure wechselseitig von den Machtressourcen der anderen Mitglieder des Netzwerks abhängig sind, um politische Ergebnisse zu erzielen, und dabei sowohl auf Geld als auch auf das Ausnutzen ethnischer Identitäten und Gewalt setzen, um ihre Macht auszuüben. Der Staat konnte nach 2001 meist nur mittels einiger dieser Netzwerke handeln, die oft von einzelnen einflussreichen und regional

1 Vgl. bspw. Bilodeau, Antoine/McAllister, Ian/Kanji, Mebs: Adaptation to Democracy among Immigrants in Australia, in: International Political Science Review, Jg. 31 (2010), H.2, S. 141–165, https://doi.org/10.1177/0192512110364737.

2 Sharan, Timor: Inside Afghanistan. Political Networks, Informal Order, and State Disruption, Abdington 2023, S. 240.

3 Wenn im Folgenden Seitenzahlen in Klammern angegeben sind, beziehen sie sich sämtlich auf Sharan, Timor: Inside Afghanistan.

verankerten Strongmen geknüpft wurden und weite Teile der Bevölkerung von echter Teilhabe an der Macht ausschlossen. Diese Strongmen standen hierarchisch unter dem früheren Präsidenten Hamid Karzai, der ihnen Zugang zu Ressourcen wie etwa internationalen Geldern verschaffte und dessen Interessen sie im Gegenzug in ihrer Region etwa durch Milizen absicherten. Somit fungierten die Strongmen als Karzais Klienten und er als oberster Patron. Gleichzeitig traten die Strongmen jedoch innerhalb ihrer Region selbst als Patrone auf, die ihren eigenen Klient*innen, die in ihren Dörfern für die Belange der Strongmen eintraten, Jobs in der Zentralregierung verschafften oder sie in ihre Miliz aufnahmen.

Ausführlich geht Sharan auf die geschichtliche Entwicklung der politischen Netzwerke in Afghanistan ein. 1973 und 1978 wurde das Land von zwei Staatsstreichen erschüttert – der erste beendete mit kommunistischer Unterstützung die Monarchie, der zweite brachte die kommunistische Partei selbst an die Macht. Die sich anschließende Teilung dieser Partei in Untergruppen, die als Faktionen bezeichnet werden (vor allem in die vorwiegend persischsprachige, urban geprägte Parcham-Faktion und die eher rurale, paschtunischsprachige Khalq-Faktion[4]) und die Bildung von dschihadistischen Milizen gegen das kommunistische Regime und die Sowjetunion, die das Land von 1979 bis 1989 besetzte, um dort eine verbündete Regierung an der Macht zu halten, hätten die Rolle politischer Netzwerke gestärkt: Denn sowohl innerhalb der kommunistischen Partei als auch unter den dschihadistischen Gruppen seien persönliche Beziehungen wichtiger gewesen als Ideologie. Nach dem Abzug der Sowjetunion 1989 und dem Sturz des Präsidenten Mohammed Nadschibullāh drei Jahre später sei die Macht vier Jahre lang vollends zwischen rivalisierenden Netzwerken im erbitterten, bis 1996 andauernden Bürgerkrieg umkämpft gewesen. Auch nach dem Einmarsch der Taliban in Kabul 1996 und der Errichtung des Emirats Afghanistan herrschte in einem kleinen Teil des Landes die Nordallianz, die einen losen Zusammenschluss verschiedener Netzwerke um lokale Strongmen darstellte und nach der US-Militärintervention 2001 die faktische Macht im ganzen Land ausübte.

4 „Parcham" bedeutet „Fahne" und wurde nach einer gleichnamigen Publikation benannt, „Khalq" bedeutet „Volk" oder „Massen" (54).

Die Konferenz von Bonn und ihre Konsequenzen

Die Folgekapitel beleuchten, wie sich die politischen Netzwerke nach dem Sturz der Taliban entwickelten. Bei der Bonner Konferenz auf dem Petersberg 2001bekannten sich die afghanischen und internationalen Teilnehmenden zu einer frei gewählten Regierung und bestimmten Hamid Karzai zum Übergangspräsidenten. Doch im Land selbst herrschte faktisch die Nordallianz, insbesondere das tadschikischstämmige Netzwerk der Dschamiat-i Islāmī (kurz Dschamiat). Der ihnen nahestehende Kommandeur Mohammed Fahim übte in Kabul zunächst die militärische Kontrolle aus – Karzai war gezwungen, ihn zum Verteidigungsminister zu ernennen. Von Seiten der USA und des Vereinigten Königreiches sei Karzai signalisiert worden, dass er sich nicht auf die Macht der ausländischen Truppen stützen könne, welche sich auf die Bekämpfung des Terrorismus konzentrieren wollten. Vielmehr sei er ermutigt worden, die mächtigen Strongmen durch Patronage zu kooptieren, anstatt deren faktische Macht anzufechten. Neben dem Dschamiat-Netzwerk spielten weitere Netzwerke eine maßgebliche Rolle, in deren Mittelpunkt jeweils ein Strongman stand. Durch die Dominanz des Dschamiat-Netzwerkes wurde die Verwaltung zunächst in zentralen Bereichen zu mehr als 50 % von der tadschikischstämmigen Minderheit dominiert. Mittels internationaler Gelder schaffte es Karzai jedoch, sein Netzwerk im Land auszudehnen, seine Position zu stärken und die Rolle der Strongmen als regionale Gatekeeper ein wenig zu schwächen. Auch seine

Bestätigung als Übergangspräsident durch eine „Loya Jirga"[5] war nach Ansicht von Sharan nur durch Stimmenkauf mit amerikanischen Geldern möglich.

Karzai vermochte es, auch die erste reguläre Präsidentschaftswahl 2004 für sich zu entscheiden, was die USA als Erfolg ihrer Bemühungen um die Stabilisierung des Landes verkauften. Für Sharan waren alle Gegenkandidierenden zum Scheitern verurteilt, da sie lediglich für einzelne ethnische Minderheiten angetreten seien. Allerdings hätten Konkurrenten Karzais den Vorwurf erhoben, der Sieg sei vor allem durch die Intervention des damaligen US-Botschafters Zalmay Khalilzad zustande gekommen, der einen aussichtsreichen Kandidaten zum Rückzug bewegt habe. Die Funktionsfähigkeit des politischen Systems sollte jedoch in den Folgejahren weiter abnehmen. Sharan erklärt, die USA hätten Karzai die Kooptierung von Strongmen zunehmend übelgenommen, obwohl sie ihm diese Praxis anfangs selbst empfohlen hätten. Für die Präsidentschaftswahlen 2009 habe der US-Sondergesandte Richard Holbrooke vergeblich versucht, aussichtsreiche Kandierende zu motivieren, gegen Karzai anzutreten. Dieser habe sich fortan von den USA verraten gefühlt und sei für Verschwörungstheorien empfänglich gewesen. Auch wenn Karzai sich durch die Einbindung zahlreicher Strongmen, von denen er sich Unterstützung bei der Stimmenbeschaffung erhoffen konnte, eine gute Ausgangsbasis für die Präsidentschaftswahl 2009 verschafft habe, hätte sich mit Abdullah Abdullah erstmals ein relativ aussichtsreicher Gegenkandidat zur Wahl gestellt. Er konnte vor allem auf die Stimmen tadschikischstämmiger Wähler*innen hoffen. Der 1. Wahlgang war von massiven Wahlfälschungen geprägt – schließlich wurden Karzai knapp weniger als 50 % der Stimmen zuerkannt.

5 Der paschtunische Begriff bedeutet „große Versammlung". Mit dem Begriff wird an eine Tradition von Versammlungen in der afghanischen Geschichte angeknüpft, die zur Klärung von nationalen Grundsatzfragen einberufen worden waren.

Nachdem Abdullah vergeblich Änderungen bei der Wahlkommission gefordert und sich dann frustriert zurückgezogen hatte, wurde die geplante Stichwahl abgesagt, was die USA durch die Gratulation an Karzai als Wahlsieger letztlich legitimierten. Nach der Wahl habe Karzai das Independent Directorate of Local Governance (IDLG) aufgebaut und so direkt über Gouverneure und Bürgermeister entscheiden können. Seine Statthalter hätten vor Ort als Gegenleistung faktisch die Aufgabe gehabt, bei Wahlen die Bevölkerung zur Stimmabgabe in seinem Sinne zu mobilisieren. Echte demokratische Willensbildung konnte so weder auf nationaler noch auf lokaler Ebene stattfinden.

Die unruhigen letzten Jahre der Republik

Zur Präsidentschaftswahl 2014 durfte Karzai nicht mehr antreten, da eine Amtszeitbegrenzung auf zwei Wahlperioden galt. Zu den Wahlen 2014 und 2019 traten Aschraf Ghani und Abdullah gegeneinander an, die beide von wechselnden Koalitionen von Strongmen unterstützt worden seien. In den Stichwahlen setzte sich beide Male Ghani offiziell durch, aber Abdullah war zweimal nicht bereit, das Ergebnis zu akzeptieren – 2019 führte er sogar seine eigene Amtseinführungszeremonie durch. In beiden Jahren allerdings drängten die USA erfolgreich auf eine Machtteilung zwischen den Kontrahenten, die beide Male an den Regeln der Verfassung vorbei erfolgte – durch die Kompetenzstreitigkeiten litt die Effizienz des Regierungshandelns, und das bereits von Karzai aufgebaute System der Kooptierung regionaler Netzwerke habe so nicht mehr funktionieren können, da Ghani angesichts der Zugeständnisse an Abdullah persönlich über zu wenige Ressourcen verfügte, um potenzielle Gefolgsleute in den Regionen zufriedenzustellen.

Sharan beleuchtet zum Abschluss des historischen Überblicks die Umstände des Endes der Republik 2021. Viele westliche Politiker*innen hätten die afghanische Korruption und den Un-

willen der Armee zu kämpfen als Grund für das Scheitern ausgemacht – doch diese Diagnose überdecke tiefere Ursachen (277). In der Tat sei Korruption einer der Gründe für die Schwäche von Armee und Polizei gewesen, denn viele an die Hauptstadt gemeldete besoldete Kräfte hätten nur auf dem Papier existiert. Dies sei in der Armee ein großes Problem gewesen, und nach einer amerikanischen Schätzung von 2020 seien bei der Polizei sogar 50 bis 70 % „ghost officers" (275) gewesen. Entscheidend sei jedoch das Abkommen der USA im Februar 2020 mit den Taliban gewesen, in dem die Weltmacht einen Abzug im Jahre 2021 versprach und die radikalislamische Gruppierung im Gegenzug zusicherte, künftig den internationalen Terrorismus nicht mehr zu unterstützen. Faktisch sei die Vereinbarung weitgehend einem bedingungslosen Abzug gleichgekommen, der dann mit geringer Verzögerung 2021 auch umgesetzt wurde. Die Taliban hätten danach keinen Anreiz für Verhandlungen mit der afghanischen Regierung mehr gehabt. Die politischen Netzwerke hätten zudem in den letzten Jahren der Präsidentschaft Ghanis an Unterstützung auf dem Land eingebüßt, da deren maßgebliche Akteure dazu übergegangen waren, aussichtsreiche Posten exklusiv in ihren Familien zu verteilen anstatt Klienten jenseits ihrer Verwandtschaft zu versorgen. Daher hätten die Netzwerke auch nicht auf lokale Strongmen zurückgreifen können, als sich abzeichnete, dass die über den Staat vermittelten internationalen Ressourcen zu einem absehbaren Zeitpunkt nicht mehr verfügbar sein würden. Ohne Aussicht auf weitere Ressourcen internationaler Geldgeber habe sich ein Kampf gegen die Taliban für die maßgeblichen Akteure nicht mehr gelohnt, und als zunehmend mehr lokale Milizen im Sommer 2021 zu den Taliban übergelaufen seien, sei ein sich selbst verstärkender Kaskadeneffekt eingetreten, so dass Kabul am Ende praktisch ohne Verteidigung an die Taliban fiel. Wie Drogensüchtige seien die Netzwerke von ausländischem Geld abhängig gewesen: „[International] Money was the drug that kept Afghanistan's networks performing the democratic dance for the international community, even as democratic institutions were transformed into mere props" (287).

Korruption statt demokratischer Willensbildung

Um einige der Praktiken der politischen Netzwerke, die einer ernsthaften Demokratisierung Afghanistans massiv entgegenstanden, en détail zu analysieren, untersucht Sharan den Wahlprozess, die Praktiken der gewählten Parlamentarier*innen sowie die Verflechtungen zwischen den internationalen Geldquellen und Politik und Wirtschaft in Afghanistan. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass die afghanischen Wahlen kein Verfahren zur Ermittlung des Volkswillens gewesen seien, sondern vielmehr ein Aushandlungsprozess zwischen verschiedenen politischen Netzwerken. Da es keine zuverlässigen Zensusdaten für Afghanistan gegeben habe, sei schon die Zuteilung der Zahl der Parlamentarier*innen pro Wahlbezirk ein korrupter, politisierter Prozess gewesen. Da laut Sharan die Independent Election Commission (IEC) bereits unter Karzai mit loyalen Verbündeten besetzt worden sei, habe es auch keine wirklich unabhängige Wahlaufsicht gegeben. Wahlkämpfe seien in Afghanistan üblicherweise zum einen von Personen bestritten worden, die damit selbst Geld verdienen wollten und etwa durch gefälschte Belege in die eigenen Taschen wirtschafteten, zum anderen durch regionale Klienten der Kandidierenden, die dann über ihr eigenes lokales Patronagenetzwerk Menschen durch Bargeld und kostenlose Mittagessen dafür bezahlt hätten, an Wahlkampfveranstaltungen teilzunehmen. Indem Stimmkarten zentral eingesammelt worden seien, hätten Stimmen bestimmter Dörfer, Vereine und Verbände en bloc zugesichert werden können.

Die Tätigkeiten der gewählten Abgeordneten hätten wenig mit der Parlamentsarbeit in funktionierenden Demokratien zu tun gehabt. Zwar gab es im Parlament auch Fraktionen, diese seien aber keine Zusammenschlüsse entlang

inhaltlich-politischer Übereinstimmungen gewesen, sondern Patronage-Netzwerke – eine Abgeordnete habe berichtet, für ihre Mitgliedschaft in einer parlamentarischen Gruppe habe sie eine Zuwendung von monatlich 2.000 Dollar erhalten. Mehrheiten wurden organisiert, indem Abgeordneten Geld, aber auch Jobs für Angehörige und andere Vorteile angeboten worden seien. Das Einströmen ausländischer Gelder habe das politische System einerseits kurzfristig stabilisiert, aber andererseits eine nachhaltige Festigung staatlicher Institutionen verhindert. So seien ausländische Gelder zur Stabilisierung der Sicherheitslage an Sicherheitsfirmen (oftmals frühere Milizen) gegangen, um damit die Kasernen ausländischer Truppen zu sichern. Oft seien aber schätzungsweise zehn Prozent dieser Gelder an aufständische Gruppen als Schutzgeld weitergereicht worden – oder Mitarbeitende der Sicherheitsfirmen hätten gar selbst Anschläge beauftragt, um höhere Sicherheitszulagen einfordern zu können. Indirekt habe der Westen selbst somit die Taliban unterstützt.

Eine detaillierte, erhellende Analyse der Mikroebene, der ein Blick für die Makroebene fehlt

Durch die intimen Kenntnisse des Autors erhalten Leser*innen umfangreiche Einblicke in das Personengeflecht der politischen Netzwerke Afghanistans und eine detailreiche Darstellung der historischen Entwicklung von 2001 bis 2021. Allerdings identifiziert Sharan auch einige strukturelle Ursachen für das Scheitern der Intervention der USA und ihrer Verbündeten: Das präsidentielle System sei für Afghanistan ungeeignet gewesen. Der *Modus Operandi* der Macht sei die Verteilung von Ressourcen auf verschiedene politische Netzwerke und Ethnien gewesen – doch die Machtfülle des Amtes an der Spitze des Staates habe dieser Logik widersprochen. Somit habe für den Verlierer einer Präsidentschaftswahl ein großer Anreiz bestanden, die Wahl anzufechten. Der Präsident habe zudem die Richter des Obersten Gerichtshofes und ein Drittel der Abgeordneten des Oberhauses ernennen können, so dass eine effektive Gewaltenteilung in Afghanistan nach 2001 nicht etabliert worden sei. Zudem sei durch politische Entscheidungen der Aufbau echter Parteien mit einem inhaltlich-ideologischen Profil verhindert worden, die an die Stelle der informellen politischen Netzwerke hätten treten oder diese zumindest hätten schwächen können. Karzai habe über Erfahrungen im Umgang mit politischen Netzwerken verfügt, nicht aber über den mit Parteien, deren Aufkommen er durch die Einführung des Systems des „Single Non-Transferable Vote" (SNTV) deshalb bewusst dauerhaft erschwert habe.[6] Dieses System begünstige den Einzug formal unabhängiger Kandidierender, die dann durch Personen mit Einfluss kooptiert werden konnten. Da außerdem mehrere Kandidierende eines Netzwerkes antreten und untereinander um Stimmen konkurrieren konnten, sei das Entstehen einheitlicher Parteien mit einem innerparteilichen Zusammenhalt unwahrscheinlicher geworden. Hier wäre es wünschenswert gewesen, wenn Sharan die Frage nach dem Effekt des Wahlrechts auf die Entstehung von Parteien und auf den innerparteilichen Zusammenhalt an die Forschungsliteratur angebunden hätte.[7]

6 Bei Wahlen nach dem SNTV-System, bei dem jede wahlberechtigte Person eine Stimme hat, können pro Wahlkreis mehrere Kandidierende ins Parlament einziehen – die für einen Wahlkreis festgelegte Zahl an Abgeordneten kann dabei variieren, vgl. Chang, Alex/ Tang, Yen-Chen: Dual Defection Incentives in One System: Party Switching under Taiwan's Single non-transferable Vote, in: Japanese Journal of Political Science, Jg. 16 (2015), H. 4, S. 489–506, hier S. 494, https://doi.org/10.1017/S1468109915000274.

7 So kommen etwa Chang und Tang am Beispiel Taiwans zu dem Ergebnis, dass das SNTV-System auch in einer liberalen Demokratie vor allem den innerparteilichen Wettbewerb befördert und sowohl für populäre Mandatsinhaber*innen als auch für solche, die es mit einem knappen Ergebnis ins Parlament geschafft haben, Anreize schaffe, die Parteizugehörigkeit zu wechseln, vgl. Chang/Tang: Dual Defection, S. 502.

Eine Leerstelle des Buches bleibt die Unterbelichtung der Rolle von Frauen in den Jahren der westlichen Intervention. Nur an einzelnen Stellen geht Sharan auf die Frage des Zugangs zur Macht für Frauen ein. So erwähnt er etwa, dass nur wenig mehr als ein Zehntel der Kandidierenden für das Unterhaus bei der ersten Parlamentswahl 2005 Frauen waren. Wünschenswert wäre jedoch gewesen, wenn der Effekt der Marginalisierung von Frauen durch die politischen Netzwerke genauer analysiert worden wäre – denn es lässt sich vermuten, dass das von den internationalen Akteuren propagierte Ziel der Stärkung der Frauenrechte enger hätte verknüpft werden müssen mit den Bemühungen um die Stärkung der formalen politischen Institutionen des Landes.

Zu loben ist, dass Sharan dank seiner intimen Kenntnisse der afghanischen Regierungsarbeit, der internationalen Akteure in Afghanistan wie auch der parastaatlichen Akteure wie den Strongmen die Leser*innen detailliert in die politischen Verhältnisse des zentralasiatischen Landes einzuführen vermag. Er macht verständlich, warum die Verteidigung der republikanischen Ordnung gegen die Taliban angesichts der Abhängigkeit des Staates von internationalen Zahlungen, deren Fortführung über den militärischen Abzug hinaus ungewiss schien, von vornherein unwahrscheinlich war. Auch die von ihm verständlich geschilderte Abhängigkeit der formalen Institutionen von personalen Netzwerken, deren Zusammenwirken nur durch permanentes Aushandeln möglich war und zusätzlich oft das Einwirken internationaler Akteur*innen erforderlich machte, zeigt die jahrzehntelang bestehende Fragilität der staatlichen Ordnung gut nachvollziehbar auf.

Die Detailfülle ist aber auch ein Nachtteil: Bisweilen dürften sich Leser*innen weniger verwirrende Darstellungen von Personenkonstellationen, die auf der Mikroebene anzusiedeln sind, wünschen. Dafür wären ausführlichere Darlegungen zu den auf der Meso- und Makroebene angesiedelten Herausforderungen des afghanischen Staates wünschenswert gewesen – auch mit Seitenblicken auf andere Fälle fragiler Staaten, die sich auch in eine „single case study" integrieren lassen. Die in zahlreichen Schaubildern und Tabellen dargestellten persönlichen Verbindungen der maßgeblichen Akteur*innen dürften sich Menschen, denen eine detaillierte Kenntnis des Landes fehlt, kaum einprägen – zudem sind diese unübersichtlich und in kleiner, schwer lesbarer Schrift verfasst. An im Text stehengebliebenen Kommentaren eines unbekannten Lektors wird deutlich, dass nicht nur dieser die verwirrende Detailtiefe beklagt („It sounds a bit too insider-y here.", S. 137), sondern auch der Autor selbst ein wenig den Überblick verloren zu haben scheint und so die im Text verstreuten Lektoratskommentare nicht mehr finden konnte.

Sharans Analyse, dass es den staatlichen Institutionen in Afghanistan an Inklusivität und der Möglichkeit zur Teilhabe der Bevölkerung fehlte, deckt sich mit den Ergebnissen aktueller Forschung.[8] Der Blick auf die politischen Netzwerke erfasst die Entwicklung in Afghanistan sicher nicht vollständig – auch der Blick auf die ideologische Attraktivität der Taliban bleibt weiter notwendig, um ihren Erfolg zu erklären. Festzuhalten ist allerdings, dass in Afghanistan die Mehrheit der Bevölkerung trotz der westlichen Intervention nie die Möglichkeit einer echten politischen Partizipation hatte. Das Wiedererstarken der Taliban kann somit nicht mit den ideologischen Präferenzen der Bevölkerungsmehrheit erklärt werden. Entgegen der Annahme zu Beginn dieses Textes erlaubt die Analyse des Scheiterns der afghanischen Republik somit kaum Rückschlüsse auf die Einstellung der aus Afghanistan nach Deutschland eingewanderten Muslim*innen zur liberalen Demokratie, da sie in ihrer alten Heimat mit dieser faktisch noch keine Erfahrungen sammeln konnten. Doch kann

8 Siehe beispielhaft Bizhan, Nematullah: Building legitimacy and state capacity in Afghanistan, in: ders.: State Fragility. Case Studies and Comparisons, Abdington 2023, S. 24–63, hier S. 56 f., http://doi.org/10.4324/9781003297697-2.

man bei Sharan lernen, dass gerade der Versuch westlicher Akteure, mit Verweis auf vermeintliche kulturelle Unterschiede die Einbindung korrupter Netzwerke zu tolerieren oder gar zu fördern, gleichzeitig aber weiter das Ideal der liberalen Demokratie zu predigen, zu einem Glaubwürdigkeitsverlust westlichen Handels geführt hat und die neu geschaffene Ordnung angesichts der massiven Differenz von propagierten Normen und politischer Praxis illegitim erscheinen ließ.

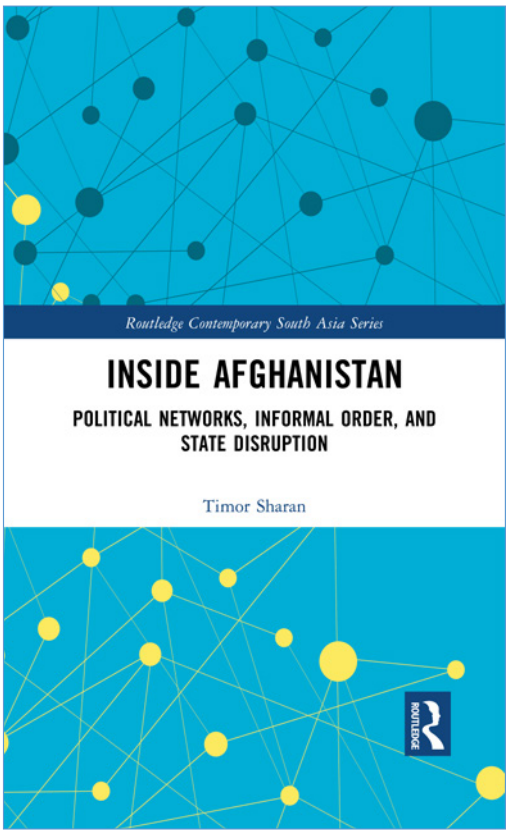


Abbildung 1: Aus: Inside Afghanistan. Political Networks, Informal Order, and State Disruption, herausgegeben von Timor Sharan, © 2023 by Routledge. Nachgedruckt mit freundlicher Genehmigung der Taylor & Francis Group.

Literatur:

Bilodeau, Antoine/McAllister, Ian/Kanji, Mebs: Adaptation to Democracy among Immigrants in Australia, in: International Political Science Review, Jg. 31 (2010), H. 2, S. 141–165, https://doi.org/10.1177/0192512110364737.

Bizhan, Nematullah: Building legitimacy and state capacity in Afghanistan, in: ders.: State Fragility. Case Studies and Comparisons, Abdington 2023, S. 24–63, http://doi.org/10.4324/9781003297697-2.

Chang, Alex/ Tang, Yen-Chen: Dual Defection Incentives in One System: Party Switching under Taiwan's Single non-transferable Vote, in: Japanese Journal of Political Science, Jg. 16 (2015), H. 4, S. 489–506, https://doi.org/10.1017/S1468109915000274.

Sharan, Timor: Inside Afghanistan. Political Networks, Informal Order, and State Disruption. Abdington 2023.

Lino Klevesath, M. A., geb. 1982, ist seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Institut für Demokratieforschung. Sein Arbeitsschwerpunkt ist der Politische Islam.

Rechts-radikalsimus

DOI: https://doi.org/10.17875/gup2024-2632
Franzmann, Simon T. (2024): „Einstürzende Brandmauern? Zum Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien" In: Demokratie-Dialog 14 (2024) S. 48–59.

Einstürzende Brandmauern?

Zum Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien

Simon T. Franzmann

Die Brandmauer steht sehr fest"[1]. Mit diesem Statement hatte der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz direkt nach Amtsantritt im Dezember 2021 die Metapher der Brandmauer als Haltung gegenüber der AfD ausgegeben und jeder*m, der*die mit der AfD kooperiere, mit einem Ausschlussverfahren gedroht.[2] Damit skizzierte er die Strategie, nicht einmal ansatzweise mit der AfD zusammenzuarbeiten. Metaphorisch baute er damit auch eine Mauer gegenüber ihren Anhänger*innen und den von der AfD vertretenen Inhalten auf. So sinnvoll diese Strategie im Kampf gegen Rechtsradikalismus auch sein mag, ergibt sich aus der Verquickung von Strategie und Sprach-

1 o. V.: „Die Brandmauer steht sehr fest", in: tagesschau.de, 25.07.2023, URL: https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/tagesthemen-rhein-merz-102.html [eingesehen am 15.04.2024]; tei/tmk/Reuters/AFP/dpa: „Brandmauer" zur AfD – Warum der Richtungsstreit in der CDU eskaliert, in: deutschlandfunk.de, 25.07.2023, URL: https://www.deutschlandfunk.de/merz-cdu-richtung-kurs-100.html [eingesehen am 15.04.2024].

Für Ihre hervorragend detaillierten Anmerkungen bedanke ich mich sehr bei Philipp Scharf und Katharina Trittel, für ihre Unterstützung bei der redaktionellen Überarbeitung Nadine Kasten.

2 o. V.: „Mit mir wird es eine Brandmauer zur AfD geben", in: welt.de, 23.12.2021, URL: https://www.welt.de/politik/deutschland/article235835622/Friedrich-Merz-Mit-mir-wird-es-eine-Brandmauer-zur-AfD-geben.html [eingesehen am 15.04.2024].

bild ein Widerspruch, der die metaphorische Mauer schnell zum Einsturz bringen kann.

Diese unglückliche Verquickung zeigte sich, als Merz sich im Sommer 2023 genötigt sah, klarzustellen, dass es sich um eine Brandmauer gegenüber dem AfD-Parteiestablishment und *nicht* gegenüber der Wähler*innenschaft handele.[3] Vollends in Erklärungsnot geriet er schließlich, als die Thüringer CDU im Landtag nicht nur mit der FDP, sondern auch mit der vom Landesverfassungsschutz als sicher rechtsextrem eingestuften AfD für die Senkung der Grunderwerbsteuer stimmte.[4] Die Teilnahme einzelner CDU-Mitglieder bei einem von *Correctiv* aufgedeckten Treffen in Potsdam im Januar 2024, bei dem unter Anwesenheit des Rechtsextremisten Martin Sellner u.a. über die Umsiedlung von Millionen Menschen aus Deutschland phantasiert wurde[5], war zwar keine direkte Zusammenarbeit mit der AfD; mit der Brandmauer-Doktrin des Parteivorsitzenden war sie aber unvereinbar, da diese ja gerade den Schutz und die Abgrenzung vor rechtsextremem Gedankengut sichern sollte.[6] Eine detaillierte Auflistung der Zusammenarbeiten etablierter Parteien mit der AfD im Zeitraum von 2019 bis 2023 in einer Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung lässt sich ergänzend jedoch als Dokumentation des Bröckelns der Mauer interpretieren.[7] Mit dem TV-Duell des thüringischen CDU-Vorsitzenden Mario Voigt mit dem AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke im April 2024 anlässlich der anstehenden Landtagswahl in Thüringen scheint diese Brandmauer nun sogar kurz vor dem Einsturz zu stehen.[8] Allerdings erscheint dies alles vielmehr Ausdruck dessen, dass die Verquickung von Strategie und Sprachbild nicht funktionieren kann – und vielleicht auch gar nicht sinnvoll ist.

Doch wenn die Verknüpfung von Strategie und Metapher so brüchig ist, drängen sich zwei Fragen auf: Erstens, warum wird an Metapher und Strategie festgehalten und, zweitens, gibt es Alternativen? Wohin der Verzicht auf eine Brandmauer führen kann, lässt sich am Beispiel der Niederlande illustrieren, wo die Alternativstrategie der versuchten Themenübernahme rechtspopulistisch besetzter Themen durch die etablierten Parteien scheiterte. Hier wurde in Folge der niederländischen Parlamentswahl am 22. November 2023 die Brandmauer medial nachträglich popularisiert: „Man kann sehen, was passiert, wenn die Brandmauer gegen rechtsextreme Parteien eingerissen wird", kommentierte aufgeregt der Niederlande-Korrespondent im *ZDF Heute Journal Up:date* in

3 Redaktion des Nürnberger Blatt: CDU-Chef Merz bekräftigt „Brandmauer" zur AfD, in: Nürnberger Blatt.de, 24.07.2023, URL: https://nuernberger-blatt.de/2023/07/cdu-chef-merz-bekraeftigt-brandmauer-zur-afd-135415/ [eingesehen am 15.04.2024].

4 Rzepka, Dominik: Kühnert zu Thüringen: „So viel Macht hatte die AfD noch nie", in: zdf.heute, 15.09.2023, URL: https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/cdu-afd-thueringen-merz-spd-kuehnert-100.html [eingesehen am 15.04.2024].

5 Bensmann, Marcus et al.: Geheimplan gegen Deutschland, in: Correctiv.org, 10.01.2024, URL: https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/ [eingesehen am 15.04.2024].

6 Lassiwe, Benjamin: Personalquerelen in der CDU Brandenburg: Steht die Brandmauer nach rechts außen?, in: tagesspiegel.de, 30.01.2024, URL: https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/personalquerelen-in-der-cdu-brandenburg-steht-die-brandmauer-nach-rechtsaussen-11133904.html [eingesehen am 15.04.2024].

7 Hummel, Steven/Taschke, Anika: Hält die Brandmauer? Studie zu Kooperationen mit der extremen Rechten in ostdeutschen Kommunen. Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2023, URL: https://www.rosalux.de/publikation/id/51762/haelt-die-brandmauer-1 [eingesehen am 15.04.2024].

8 Zumal bei Redaktionsschluss vom thüringischen Landtag die Immunität von Björn Höcke wegen der mutmaßlichen Verwendung eines verbotenen Nazi-Slogans aufgehoben wurde, vgl. kek/dpa: Reaktion auf Naziparole – Höckes Immunität erneut aufgehoben, in: Spiegel.de, 09.03.2024, URL: https://www.spiegel.de/panorama/justiz/bjoern-hoecke-immunitaet-erneut-aufgehoben-a-9d1dc423-8def-431b-9a24-77f39867e790 [eingesehen am 15.04.2024].

der Wahlnacht angesichts des Wahlsiegs der rechtspopulistischen PVV unter Geert Wilders.[9] Die Frage liegt nahe: Haben in diesem Fall gar die anderen Parteien das eigene Haus in Brand gesetzt? Dass die Alternative zur Brandmauer nicht Anbiedern ist, hat bereits Max Frisch in „Biedermann und die Brandstifter" literarisch herausarbeitet; doch genau das scheint in den Niederlanden geschehen zu sein. Deshalb lohnt ein Blick ins Nachbarland, um zu verstehen, warum die Brandmauer – trotz aller Brüchigkeit – hierzulande bemüht wird.

Ganz ohne Brandmauer: die Niederlande

Die Niederlande sind vor allem deshalb ein interessanter Fall, weil sich hier früher als in vielen anderen europäischen Demokratien das Parteiensystem mit der relativen Stärke rechtspopulistischer Parteien auf der einen und postmateriellen[10] Strömungen auf der anderen Seite auseinandersetzen musste. Themen wie Migration und Euroskeptizismus dominieren schon lange in den jüngeren Generationen die politische Agenda, während sozio-ökonomische und konfessionelle Parteiorientierungen in der älteren Generation fortbestehen.[11] Infolge der fehlenden Prozenthürde führt diese generationenspezifische Parteiorientierung nicht nur zur schnellen Etablierung neuer Parteien, sondern auch zu einer hohen Parteienfragmentierung im Parlament. Seit 2002, als die rechtspopulistische Liste Pim Fortyun 17 % der Sitze gewann, sind die traditionellen Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Koalitionsoptionen verschwunden.[12] Entsprechend war der Anreiz für eine gegenteilige Strategie zur Brandmauer hoch: die Strategie der programmatischen Annäherung und Themenübernahme – in der politikwissenschaftlichen Fachliteratur *accomodation* genannt, wurde und wird in den Niederlanden verfolgt.[13] Das bedeutet: Thematisch haben sich die bürgerlichen Parteien hinsichtlich der Themen Migration und Multikulturalismus den niederländischen Rechtspopulist:innen angenähert, ohne damit jedoch nachhaltig Wähler*innenstimmen für sich gewinnen zu können. Es gab hier nie eine effektive Brandmauer – auch nicht auf Ebene der Regierungsbildung. 2002 war die Liste Pim Fortuyn Teil der Regierungskoalition und von 2010 bis 2012 war die PVV schon über eine Minderheitsregierung an der Regierungsbildung beteiligt. 2023 ist sie so stark, dass sie nun als stärkste Partei um den Posten des Premierministers verhandelt. Der erste Anlauf zur Regierungsbildung ergab, dass zumindest nicht der Parteivorsitzende Wilders die Regierung führt; allerdings liegt bei Redaktionsschluss des Artikels die Option nahe, dass eine Art Expert*in-

9 ZDF.de: heute journal update vom 22. November 2023, in: zdf.de, 23.11.2023, URL: https://www.zdf.de/nachrichten-sendungen/heute-journal-update/heute-journal-update-vom-22-november-2023-100.html [eingesehen am 15.04.2024].

10 Mit Postmaterialismus werden in der Tradition Ronald Ingleharts gesellschaftspolitische Strömungen benannt, die als „links" betrachtet werden, ohne sich auf den Klassenkonflikt zu beziehen. Meist wird dieser Pol von grünen Parteien repräsentiert, in den Niederlanden auch von der links-liberalen D66.

11 van der Brug, Wouter/Rekker, Roderik: Dealignment, realignment and generational differences in The Netherlands, in: West European Politics, Jg. 44 (2021), H. 4, S. 776–801, https://doi.org/10.1080/01402382.2020.1774203.

12 Pellikaan, Huib/de Lange, Sarah L./van der Meer, Tom W.G.: The centre does not hold: Coalition politics and party system change in the Netherlands, 2002–12, in: Government and Opposition, Jg. 53 (2018), H. 2, S. 231–255, https://doi.org/10.1017/gov.2016.20.

13 Diese Strategie ist eine Interpretation von Meguids Theorie zum Parteienwettbewerb zwischen großen und kleinen Parteien, vgl. Meguid, Bonnie M.: Party competition between unequals, New York 2008, https://doi.org/10.1017/CBO9780511510298. Siehe auch die kritische Auseinandersetzung bei Krause, Werner/Cohen, Denis/Abou-Chadi, Tarik: Does accommodation work? Mainstream party strategies and the success of radical right parties, in: Political Science Research and Methods, Jg. 11 (2023), H. 1, S. 172–179, https://doi.org/10.1017/psrm.2022.8.

nenregierung mit weit rechter Ausrichtung die Amtsgeschäfte übernehmen wird.[14]

In diesem Sinne können die Niederlande als Prototyp des Scheiterns einer inhaltlichen Annäherungs- und Themenübernahmestrategie gelten, was sich in der Wahl 2023 noch einmal dramatisch bestätigt hat. Denn im Wahlkampf verfolgten die bürgerlichen Parteien nicht nur eine Annäherungsstrategie, sondern sie stellten das Migrationsthema sogar in seinen Mittelpunkt.[15] Ein größeres Geschenk konnte Wilders gar nicht gemacht werden: Sein Kernthema wurde im Wahlkampf von den *anderen* Parteien platziert. Gleichzeitig fokussierte Wilders' PVV selbst medial *nicht* das Migrationsthema und erschien so moderater – obwohl ihr schriftliches Programm eine solche Lesart nicht hergab. Die gesellschaftliche Angst vor einer extremistischen Aufladung des Themas wurde von den anderen Parteien und den Medien entkräftet.[16] Doch damit nicht genug: Die bürgerliche VVD flirtete vor der Wahl offen mit der Möglichkeit einer Koalition mit der PVV und legitimierte sie als „normalen" Mitspieler.[17] So gesehen hat der ZDF-Reporter sicherlich Recht gehabt, dass 2023 das Errichten einer Brandmauer in den Niederlanden besser gewesen wäre, als sein eigenes Haus selbst in Brand zu setzen.

Dilemmata der Brandmauer

Ist die Brandmauer denn wirklich die einzige Strategie, die vor einem rechtspopulistischen oder gar rechtsextremen Brand schützt? Oder gibt es Alternativen? Die Umgangsempfehlungen im Parteienwettbewerb lassen sich auf abstrakter Ebene einfach formulieren: (i) mit Konkurrent*innen steht man im Wettbewerb, d.h. man kooperiert und konkurriert, (ii) mit Gegner*innen setzt man sich auseinander und grenzt sich ab, d.h. man konkurriert, (iii) mit Feind*innen kooperiert man nicht!

Es könnte noch ergänzt werden: Gegenüber Systemfeinden gibt man sich kämpferisch im Sinne der „militanten",[18] häufig „wehrhaft" genannten Demokratie. Diesen Prämissen folgend ergibt die Brandmauer-Strategie durchaus Sinn, denn sie definiert eine klare Abgrenzung gegenüber der AfD nach innen und nach außen. Nach außen inszeniert sich die Union als Gegner der rechtspopulistischen und -extremen Tendenzen der AfD, indem gemeinsame Abstimmungen, Kooperationen und Koalitionen vom Grundsatz her ausgeschlossen werden. Mit einer solchen Mauer würde so anders als in den Niederlanden einer Normalisierung und Legitimierung der AfD vorgebeugt. Dabei geht es nicht nur um die Partei, sondern auch um deren Diskurse. Nach innen schützt sich die CDU – zumindest auf sprachbildlicher Ebene – vor einem Einsickern rechtsextremer Narrative in ihre Alltagsarbeit. Dies erscheint notwendig, weil die politikwis-

14 ZEIT ONLINE/AFP/dar: Geert Wilders wird nach eigenen Angaben nicht Ministerpräsident, in: zeit.de, 13.03.2024, URL: https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-03/geert-wilders-niederlande-ministerpraesident-koalitionsverhandlungen [eingesehen am 14.3.2024].

15 Mudde, Cas: The Netherlands underestimated the far right – and Geert Wilders' victory is the result, in: The Guardian, 23.11.2023, URL: https://www.theguardian.com/commentisfree/2023/nov/23/netherlands-far-right-geert-wilders-victory-mark-rutte [eingesehen am 23.11.2023]. Geert Wilders ist Gründer und einziges Mitglied der rechtspopulistischen PVV.

16 Ebd.

17 Van Kessel, Stijn: Geert Wilders' win shows the far right is being normalised. Mainstream parties must act, The Guardian, 26.11.2023, URL: https://www.theguardian.com/world/2023/nov/26/far-right-normalised-mainstream-parties-geert-wilders-dutch [eingesehen am 15.04.2024].

18 Loewenstein prägte diesen Begriff und führte ihn in einem Doppelartikel sowie in begleitenden Publikationen vor dem Hintergrund des Siegeszugs des Faschismus aus: Loewenstein, Karl: Militant democracy and fundamental rights, I., in: American political science review, Jg. 31 (1937), H. 3, S. 417–432, https://doi.org/10.2307/1948164.

senschaftliche Forschung auch jenseits des Fallbeispiels Niederlande eindrucksvoll zeigt, dass eine Übernahme rechtspopulistischer oder gar -extremer Themen durch bürgerliche Parteien in Europa eher zum Aufstieg denn zur Schwächung der Konkurrenz von Rechtsaußen geführt hat.[19]

Auf den zweiten Blick ist diese Mauer allerdings brüchig – und zwar sowohl auf strategischer als auch auf sprachlicher Ebene. Strategisch scheitert sie an den Realitäten Ostdeutschlands: Wie sollte mit solch großen Fraktionen, wie sie die AfD dort stellt, die Alltagsarbeit im Parlament funktionieren, wenn jede Form der Zusammenarbeit ausgeschlossen wird? Jede Ausschusssitzung braucht eine Mindestanzahl an Parlamentarier*innen. Hier ist zumindest Kooperation notwendig – und jedes Mal, wenn die Abgeordneten der AfD eine Ausschusssitzung alleine durch ihre Anwesenheit erst ermöglichen, kann dies von ihnen als ein Bruch der Brandmauer-Strategie gefeiert werden.[20] Auf rhetorischer Ebene gelingt es zudem selbst Merz nicht, die ideelle Abgrenzung durchzuhalten, wenn er z. B. die zahnärztliche Versorgung für abgelehnte Asylbewerber*innen der Terminfindungsschwierigkeit für deutsche Bürger*innen vereinfachend gegenüberstellt und damit Narrative der AfD bedient.[21]

Zudem ist das Sprachbild der Brandmauer an sich etwas unglücklich. Gerade wer für universalistische Werte eintritt, bevorzugt meist Sprachfiguren des Brückenbauens und Mauerneinreißens. Insbesondere in Ostdeutschland, wo lange dafür gekämpft wurde, dass die Mauer fällt, erscheint es als besonders unangemessen, eine Mauer gegen die in vielen Regionen stärkste Partei bildlich aufzubauen. Das strategische Dilemma ist deutlich: Gerade dort, wo die AfD so stark ist, dass man sie eigentlich weder rhetorisch noch strategisch hinter eine Mauer versetzen kann, verfügt sie tatsächlich über eine Parteiorganisation und Wähler*innenschaft, die Schnittmengen zum Rechtsextremismus aufweist.[22]

Ist die Brandmauer alternativlos?

Ein weiteres Problem nährt die selbst auferlegte Brandmauer-Strategie: Sie charakterisiert zwar den konkreten Umgang mit der AfD, aber keine Strategie, wie deren Wähler*innen z.B. für die CDU (zurück-)gewonnen werden könnten. Grundsätzlich sollten Parteien danach streben, den Wähler*innen ein passendes Angebot zu machen. Tun sie dies nicht, fördert dies die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Entsprechend argumentieren die Populismusforscher Cas Mudde und Christobal Rovira Kaltwasser: „Ein weiterer wichtiger Faktor für die Aktivierung populistischer Haltungen ist das allgemeine Gefühl, dass das politische System nicht reagiert. Wenn Bürgerinnen und Bürger zu dem Schluss gelangen, dass politische Parteien und Regierungen nicht auf sie hören, sondern ihre Forderungen ignorieren, steigt die Wahrscheinlichkeit,

19 Krause et al.: Does accommodation work?.

20 Zur Notwendigkeit der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene siehe Zissel, Pierre: Der Umgang mit der Alternative für Deutschland (AfD) in Thüringer Stadträten. Hält der ‚cordon sanitaire' der Logik der Kommunalpolitik stand? Magisterarbeit, Jena 2023; Heinze listet für vier Bundesländer alle Kooperationen mit der AfD auf parlamentarischer Ebene auf, vgl. Heinze, Anna-Sophie: Dealing with the populist radical right in parliament. Mainstream party responses toward the Alternative for Germany, in: European Political Science Review, Jg. 14 (2022), H. 3, S. 333–350, https://doi.org/10.1017/S1755773922000108.

21 Emundts, Corinna/Rohwedder, Wulf: CDU-Chef zu Asylbewerbern – Warum sich Merz' Aussage nicht halten lässt, in: tagesschau.de, 28.09.2023, URL: https://www.tagesschau.de/faktenfinder/merz-asylbewerber-zahnarzt-100.html [eingesehen am 15.04.2024].

22 Arzheimer, Kai: The electoral breakthrough of the AfD and the East-West divide in German politic, in: Weisskircher, Manès (Hrsg.): Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics, Oxon/New York 2023, S. 140–158.

dass Populismus hochkommt, zumindest in den Wählerschichten, die sich vom Establishment abgehängt fühlen."[23]

Diese Überlegung könnte als Plädoyer für die Annäherungs- und Themenübernahmestrategie missverstanden werden – und so ist es mutmaßlich auch in den niederländischen Parteizentralen gewesen. Auch für Deutschland gibt es dafür (scheinbare) Anhaltspunkte: Hieß es lange, dass eine rechtspopulistische Partei in Deutschland keine Chance hätte, da die Union ihr thematisch keinen Raum gelassen habe[24], kann nun eine rechte Repräsentationslücke im Bereich des Themenfeldes Migration[25] und EU-Kritik[26] diagnostiziert werden, welche die AfD ausgefüllt hat.[27] Hier offenbart sich das eigentliche Problem der Umgangsdebatten mit rechtspopulistischen und -extremen Parteien: Eine thematische Konfrontation ist notwendig, aber die Kernthemen der Rechtsaußenpartei zu übernehmen ist hingegen nicht hinreichend als Strategie. Der Parteienwettbewerb ist nämlich komplexer. (1) Zum ersten zählen nicht nur Politikpositionen, sondern auch deren thematische Hervorhebung. Selbst mit der Einnahme der gegenteiligen Position bezüglich desselben Themas können Parteien ihre Gegner stärken, da schlicht die Aufmerksamkeit für ein Kernthema des Gegners geweckt wird.[28] (2) Zum zweiten ist wie oben gesehen die Übernahme der Politikposition selten erfolgreich, so lange die angegriffene Partei als kompetenter, glaubwürdiger „Besitzer" – die Politikwissenschaft spricht von *Issue-Ownership*[29] – angesehen wird. Die Wähler*innen bevorzugen im Zweifel das Original und unterstellen den anderen Parteien Opportunismus. (3) Zum dritten adressieren Rechtsaußenparteien nicht nur Sachpolitik, sondern es geht darum, die Spielregeln des gesamten politischen Betriebs zu verändern. Diesem Angriff auf die Spielregeln wird von den übrigen Parteien meist nichts außer einer Status Quo-Orientierung entgegengesetzt. Damit verlieren sie aber aus dem Blick, dass eine lebendige Demokratie von der Weiterentwicklung ihrer Institutionen lebt.[30] Tatsächlich gibt es in der Wähler*innenschaft eine eigenständige Nachfrage nach populistischen Politikpositionen, die dazu führt, dass selbst bei Ablehnung der konkreten Sachthemen die populistische Partei gewählt wird.[31] (4) Zum vierten korrespondiert dieser Angriff auf die offiziellen Spielregeln des

23 Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal: Populismus: eine sehr kurze Einführung, Bonn 2019, S. 150.

24 Bornschier, Simon: Why a right-wing populist party emerged in France but not in Germany. Cleavages and actors in the formation of a new cultural divide, in: European Political Science Review, Jg. 4 (2012), H. 1, S. 121–145, https://doi.org/10.1017/S1755773911000117.

25 Weßels, Bernhard/Klingemann, Hans-Dieter: Vertretungslücke, Rechtsextremismus und AfD-Wahl, in: Faas, Thorsten et al. (Hrsg.): Informationsflüsse, Wahlen und Demokratie. Festschrift für Rüdiger Schmitt-Beck, Baden-Baden 2023, S. 513–532, https://doi.org/10.5771/9783748915553-513.

26 Franzmann, Simon T.: Von der EURO-Opposition zur Kosmopolitismus-Opposition. Der Fall der deutschen AfD, in: Anders, Lisa H./Scheller, Henrik/Tuntschew, Thomas (Hrsg.): Parteien und die Politisierung der Europäischen Union, Wiesbaden 2018, S. 365–402, https://doi.org/10.1007/978-3-658-19283-9_13.

27 Hansen, Michael A./Olsen, Jonathan: The Alternative for Germany (AfD) as populist issue entrepreneur. Explaining the party and its voters in the 2021 German federal election, in: German Politics (2022), S. 1-25, URL: https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09644008.2022.2087871 [eingesehen am 15.04.2024].

28 Meguid: Party competition between unequals.

29 Budge, Ian: Issue Emphases, Salience Theory and Issue Ownership. A Historical and Conceptual Analysis, in: West European Politics, Jg. 38 (2015), H. 4, S. 761–777.

30 Immerhin wird diese Debatte um die Weiterentwicklung der Institutionen im Rahmen eines besseren Schutzes des Verfassungsgerichts aufgenommen.

31 van Hauwaert, Steven M./van Kessel, Stijn: Beyond protest and discontent. A cross-national analysis of the effect of populist attitudes and issue positions on populist party support, in: European Journal of Political Research, Jg. 57 (2018), H. 1, S. 68–92, https://doi.org/10.1111/1475-6765.12216.

politischen Betriebs mit einem gängigen Stilmittel von Parteien, die bislang keine Regierungsverantwortung hatten: Sie verknüpfen ihre politischen Positionen bewusst mit einer Anti-Establishment-Rhetorik. Das hat für sie zwei Vorteile: Sie machen zum einen ihren Kompetenznachteil wett und „schützen" zum anderen ihre Politikansätze vor einer schnellen, glaubwürdigen Übernahme durch die Parteien, die bislang regelmäßig in Regierungsverantwortung waren.[32] Die Kennzeichnung als populistisch half aus diesem Grund der AfD in den Anfangsjahren eher als dass sie ihr schadete: Ihre Position in der Migrationspolitik wurde als populistisch wahrgenommen – und mit dem Populismus wiederum wollten sich die anderen Parteien nicht gemein machen. Folglich ist es auch nicht mehr so erstaunlich, dass die weitere Radikalisierung die AfD keine Wähler*innenstimmen kostete: Ihre Themen – vor allem Migration und EU-Kritik – sind in der öffentlichen Debatte mit teils populistischer, teils systemfeindlicher Rhetorik verbunden, so dass es kaum möglich ist, eine glaubwürdige, moderat-kritische Position in Konkurrenz zur AfD zu etablieren. Das heißt, das Starren auf die populistische bis extremistische Schlange verhindert, dass sich die übrigen Parteien dem dahinterliegenden Sachthema pragmatisch nähern. (5) Schließlich findet der Parteienwettbewerb nicht in vordefinierten Politikräumen statt. Die Parteien selbst können gestalten und beeinflussen, welche Themen auf die Agenda kommen und wie diese miteinander zu Politikdimensionen verknüpft werden. Nähern sich die übrigen Parteien den Themen der Rechtsaußenparteien an, dann stärken sie genau diese (meist gesellschaftspolitisch-kulturelle) Konfliktdimension, auf der die Rechtsaußenpartei thematisch beheimatet ist und ihre Kernthemen besitzt – wie es 2023 in den Niederlanden passiert ist.

Die Formbarkeit des politischen Raumes eröffnet allerdings eine Option jenseits der Strategien Brandmauer oder Positionsübernahme: die Aktivierung einer anderen Politikdimension. Die Lösung scheint in der gezielten Themensetzung und Adressierung der latenten Ursachen hinter der allgemeinen Politikunzufriedenheit und der von Rechtsaußenparteien besetzten Themen Migration und Anti-EU-Politik zu liegen.

Latente Ursache: Mangelnde wirtschaftliche Perspektive?

In der neuesten Auflage unseres Niedersächsischen Demokratiemonitors (NDM) – einer Umfrage, welche die politischen Einstellungen der niedersächsischen Bevölkerung von Oktober bis Dezember 2023 erhoben hat und im Sommer 2024 veröffentlicht wird – finden wir Indizien, was die latente Ursache hinter der Unterstützung von Rechtsaußenpositionen sein könnte. Bei der Frage nach der Problemwahrnehmung der Politik durch die Bürger*innen fällt die Diskrepanz zwischen Problemwahrnehmung und zugeschriebener Problemlösungsfähigkeit der Parteien auf.

Eine Mehrheit der niedersächsischen Bevölkerung glaubte Ende 2023, dass die Politik die wichtigsten Probleme nicht wahrnimmt – sie aber lösen könnte. Die Diskrepanz zwischen beiden Fragen liegt bei fast 19,7 %. Auf diesem Niveau lag sie auch schon vor der Corona-Pandemie – allerdings jeweils 8 % höher, so dass immerhin noch eine absolute Mehrheit glaubte, dass die Politik ihre Probleme wahrnehme.[33]

32 de Vries, Catherine E./Hobolt, Sara: Political entrepreneurs. The rise of challenger parties in Europe, Princeton/Woodstock 2020, S. 144f., https://doi.org/10.1177/2041905820958817.

33 2021 – mitten im Corona-Sommer – herrschte eine vergleichsweise hohe Politikzufriedenheit, siehe auch Harfst, Philipp et al.: Die Systemunterstützung in Niedersachsen während der Corona-Pandemie, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 33 (2023), H. 4, S. 635–658, https://doi.org/10.1007/s41358-023-00360-8.

Tabelle 1: Problemwahrnehmung und zugeschriebene Lösungsfähigkeit der Politik

	Kann die Politik die Probleme lösen?	Nimmt Politik Probleme wahr?	Differenz: Probleme lösbar – Probleme wahrgenommen
2019 (Dezember; vor Corona-Pandemie)[34]	76 %	Ja: 55 % – Nein: 45 %	21 %
2023 (Dezember; nach Corona-Pandemie)[35]	68,2 %	Ja: 48,5 % – Nein: 51,5 %	19,7 %

Der Eindruck der mangelnden Problemwahrnehmung hat sich – laut anderen Umfragen – in der Bevölkerung seit dem Höhepunkt der Flüchtlingsbewegungen 2015 verschärft.[36] Die Corona-Pandemie wird häufig als weiterer „Brandbeschleuniger" dieser Entwicklung erachtet. Dies scheint aber bei einer genauen Betrachtung der Umfragedaten nicht exakt zu stimmen. Tatsächlich hat erst der Ukrainekrieg und die damit verbundene Energiepreiskrise die Unzufriedenheit in der Bevölkerung ansteigen lassen.[37] Es wurde analysiert, welche politischen Einstellungen diejenigen Personen haben, die beklagen, dass die Politik die Probleme ignoriere. Daraus erhalten wir einen Hinweis, welche Themen auch aus Sicht der niedersächsischen Bevölkerung von der Politik unzureichend adressiert werden. Hier zeigt sich ein interessantes Muster: Wirtschaft erscheint für diese Personengruppe wichtiger als andere Themen. Zwar spielt hier auch das Migrationsthema eine Rolle; bemerkenswerterweise zeigt sich in der multivariaten Analyse – also in der Analyse, in der mehrere Faktoren parallel zur Erklärung herangezogen werden – ein stärkerer Zusammenhang mit der Ablehnung der Zuwanderung von Hochqualifizierten und nicht mit dem „Flüchtlingszuzug" insgesamt.[38] Der höchste, wenn auch moderate, bi- wie multivariate Zusammenhang zeigt sich in der Zustimmung zur folgenden Aussage: „Die Politik in Berlin hat zu wenig getan, um die **wirtschaftliche** Situation meiner Region zu verbessern."[39] Es geht also hauptsächlich um Wirtschaft, nicht primär um sozio-kulturelle Themen, selbst wenn diese weit oben auf der Agenda stehen. Was den Menschen fehlt, ist eine wirtschaftliche Perspektive für sich persönlich. Eine Studie vom Münchener Ifo-Institut weist in die gleiche Richtung: In den Regionen mit hoher Armutsgefährdung steigt die Unterstützung

34 Auswertung siehe Marg, Stine et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2019, Göttingen 2019.

35 Auswertung siehe Harfst, Philipp/Franzmann, Simon/Kühnel, Steffen: Niedersächsischer Demokratiemonitor 2023, Göttingen 2024, in Vorbereitung.

36 Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter: Politicising immigration in times of crisis, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, Jg. 48 (2022), H. 2, S. 341–365, https://doi.org/10.1080/1369183X.2020.1853902.

37 Siehe auch Weisskircher, Manès: Conclusion. Toward a fifth wave of far-right politics in Germany and beyond?, in: ders. (Hrsg.): Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-right Politics, Oxon/New York 2023, S. 220–230, hier S. 226.

38 Dazu passen aber auch die Befunde in Engels et al., dass das Migrationsthema in Deutschland gar nicht so stark wie erwartet polarisiert, vgl. Engels, Jan Niklas et al.: Identität, Parteibindung, Polarisierung. Wie es demokratisch gewählten Politiker ▯innen gelingt, ihr Land zu autokratisieren. Detailanalyse Deutschland – FES, Wien 2024, URL: http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21027.pdf [eingesehen am 15.04.2024]. Auch hier werden Konsens und Konflikt im Feld Innen und Außen skizziert: Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023, S. 153ff.

39 Eigene Hervorhebung; gerechnet wurde eine logistische Regression mit der abhängigen Variable „Probleme werden ignoriert"=1; „wahrgenommen"=0; die erklären Variablen sind eine Batterie an Sachthemenfragen und Fragen zum Gefühl des Abgehängtseins. Eine ausführliche Darstellung erfolgt im NDM 2024.

für populistische und nationalistische politische Strömungen.[40] Thomas Piketty findet für Frankreich einen noch deutlicheren Unterschied in den politischen Einstellungen nach Stadt und Land, den er trotz der Kristallisation am Migration- und Integrationsthema an den dahinterliegenden ökonomisch-materiellen Unterschieden festmacht.[41] In den Niederlanden ist das Muster ähnlich: Zwar kann der Anteil an Migrant*innen und die Ablehnung von Migration innerhalb der Städte den Erfolg der rechtspopulistischen PVV erklären, aber in den ländlichen Regionen ist dies davon unabhängig ein Gefühl des (wirtschaftlichen und politischen) Abgehängtseins.[42] Als Erklärung dafür scheint das Diktum von Habermas (wieder einmal) überzeugend, dass die Krise in der sozio-kulturellen Lebenswelt – geäußert in Politikverdrossenheit, Migrationsfeindlichkeit und zunehmender Demokratieskepsis – verursacht wird durch Output-Krisen im ökonomischen System.[43] Auch Philipp Manow hat den Aufstieg der AfD auf polit-ökonomische Gründe zurückgeführt. Sein Argument ist, dass in exportorientierten Ökonomien mit einem gut ausgebauten Sozialstaat die „Arbeitsmarkt-Insider" aus Statusangst Migration ablehnen.[44] Können die Parteien kein geeignetes und hinreichend von dem der Populist:innen zu unterscheidendes Konzept zur Lösung der sozio-ökonomischen Herausforderungen anbieten, folgte schon früher eine Explosion der sozio-kulturellen Auseinandersetzung im politischen Raum mit Wahlerfolgen für Rechtsaußenparteien.[45] Entsprechend scheinen die Annäherungs- und Themenübernahme-Strategie sowie die Brandmauer-Strategie gleichermaßen einen blinden Fleck zu haben, nämlich die sozio-ökonomischen Ursachen der Migrations- und Systemfeindlichkeit in den Blick zu nehmen. Es stimmt schon: Für die rechtspopulistischen bis -extremen Parteien Westeuropas ist Migration das verbindende Kernthema. Es sind nicht nur sozio-ökonomische Ursachen, die diesen Kulturkampf befeuern – aber eben auch, und wir können klar festhalten, dass dieser Aspekt in der von den anderen Parteien öffentlich geführten Strategiedebatte bislang nicht hinreichend berücksichtigt wurde.

Fazit: keine Mauer ohne Gesprächsangebote

Der für eine Demokratie an sich lobenswerte und überlebenswichtige Impuls, sie zu verteidigen, hat vielerlei Ansätze und Maßnahmen hervorgebracht. In Deutschland dient dabei als Referenz das Leitbild der wehrhaften Demokratie.[46] In ihrem Sinne kann auch die Brandmauer-Strategie interpretiert werden. Im vorliegenden Beitrag wurde argumentiert, dass sowohl die Strategie als auch die Metapher der Brandmauer an sich ambivalent zu betrachten sind. Die Gefahr, dass die Brandmauer nicht nur bildlich zusammenbricht, sondern auch als Strategie kontraproduktiv ist, erscheint groß. Sie

40 Dorn, Florian/Gstrein, David/Neumeier, Florian: Wachsende Armutsgefährdung mitverantwortlich für Wahlerfolg rechtsextremer Parteien, in: Ifo-Schnelldienst, Jg. 77 (2024), H. 3, S. 16–20.

41 So Thomas Piketty in einem Interview mit der Wochenzeitung ***Die Zeit***: Gatzke, Marcus/Schieritz, Mark: Thomas Piketty – „Es ist ein neuer Klassenkonflikt entstanden", in: zeit.de, 16.03.2024, URL: https://www.zeit.de/2024/12/thomas-piketty-spaltung-gesellschaft-klassenkampf [eingesehen am 17.03.2024].

42 Harteveld, Eelco et al.: Multiple roots of the populist radical right. Support for the Dutch PVV in cities and the countryside, in: European Journal of Political Research, Jg. 61 (2022), Nr. 2, S. 440–461, https://doi.org/10.1111/1475-6765.12452.

43 Habermas, Jürgen: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt am Main 1973.

44 Manow, Philipp: Die politische Ökonomie des Populismus, Berlin 2018, S. 66ff. und 115ff.

45 Spies, Dennis/Franzmann, Simon T.: A two-dimensional approach to the political opportunity structure of extreme right parties in Western Europe, in: West European Politics, Jg. 34 (2011), H. 5, S. 1044–1069, https://doi.org/10.1080/01402382.2011.591096.

46 Siehe auch den Beitrag von Alexander Hensel und Greta Jasser in diesem Demokratie-Dialog.

mag zwar auf den ersten Blick als geeignete Marschroute insbesondere für bürgerliche Mitte-Rechts-Parteien wirken, um nicht wie in den Niederlanden durch unbedachte Themenübernahme den Brand erst anzufachen, den man bekämpfen will. Eine komplette Verweigerung der Zusammenarbeit mit der AfD erscheint aber illusorisch und weltfremd, weshalb die pauschal proklamierte Brandmauer von Anfang an brüchig war. Zudem sollten weder Wähler*innen noch deren Anliegen hinter einer Mauer versteckt werden. Vielmehr sollten ihnen geeignete Politikangebote gemacht werden – jenseits der Migrationspolitik. Denn die Konzentration auf das Migrationsthema hat sich in der Strategie der versuchten Themenübernahme als kontraproduktiv gewesen. Erfolgversprechender erscheint es, in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik (wieder) konzeptionell zu überzeugen und den Fokus des inhaltlichen Parteienwettbewerbs auf die ökonomischen Themen zu legen. Das heißt nicht, Wirtschaftswachstum gegen Klimaschutz auszuspielen, wie vielleicht manche*r befürchten mag. Die Notwendigkeit, den Klimawandel zu bekämpfen, ist in großen Teilen der deutschen Wähler*innenschaft Konsens. Es geht darum, eine Perspektive zu eröffnen, welche Rolle die Menschen künftig in der fossil-freien Wirtschaft einnehmen können. Die in der Metapher der Brandmauer zum Ausdruck kommende Strategie lässt sich als Fortsetzung der fatalen Politik des Ignorierens und Ausgrenzens, die schon zum Erstarken der extremen Elemente in der AfD geführt hat, lesen. Tatsächlich widersprach das thüringische TV-Duell zwischen Voigt und Höcke der Brandmauer-Strategie; es hat aber bezeichnenderweise die CDU nicht in Brand gesetzt – sondern wird im Gegenteil bei Redaktionsschluss des vorliegenden Beitrags von der CDU euphorisch gefeiert.[47] In einer anderen Lesart, die den Autor dieser Zeilen sogar mit der Metapher der Brandmauer versöhnen würde, wäre sie eine rhetorische Brücke, die von der falschen Strategie des zu frühen Ausgrenzens zu einer aktiven Bekämpfung rechtsextremer Umtriebe sowie zu thematischer Konfrontation der AfD-Parteielite bei gleichzeitigen klaren Gesprächs- und Politikangeboten an gemäßigtere Personen führt.

Literatur:

Arzheimer, Kai: The electoral breakthrough of the AfD and the East-West divide in German politic, in: Weisskircher, Manès (Hrsg.): Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics, Oxon/New York 2023, S. 140–158.

Bensmann, Marcus/von Daniels, Justus/Dowideit, Anette/Peters, Jean/Keller, Gabriela: Geheimplan gegen Deutschland, in: Correctiv.org, 10.01.2024, URL: https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/ [eingesehen am 15.04.2024].

Bornschier, Simon: Why a right-wing populist party emerged in France but not in Germany – Cleavages and actors in the formation of a new cultural divide, in: European Political Science Review, Jg. 4 (2012), H. 1, S. 121–145.

Budge, Ian: Issue Emphases, Salience Theory and Issue Ownership. A Historical and Conceptual Analysis, in: West European Politics, Jg. 38 (2015), H. 4, S. 761–777.

de Vries, Catherine E./Hobolt, Sara: Political entrepreneurs. The rise of challenger parties in Europe, Princeton/Woodstock 2020, https://doi.org/10.1177/2041905820958817.

Dorn, Florian/Gstrein, David/Neumeier, Florian: Wachsende Armutsgefährdung mitverantwortlich für Wahlerfolg rechtsextremer Parteien, in: Ifo-Schnelldienst, Jg. 77 (2024), H. 3, S. 16–20.

Emundts, Corinna/Rohwedder, Wulf: CDU-Chef zu Asylbewerbern – Warum sich Merz' Aussage nicht halten lässt, in: tagesschau.de, 28.09.2023, URL: https://www.tagesschau.de/faktenfinder/merz-asylbewerber-zahnarzt-100.html [eingesehen am 15.04.2024].

Engels, Jan Niklas/List, Ludwig/Lutz, Johanna/Milačić, Filip/Svolik, Milan: Identität, Parteibindung, Polarisierung. Wie es demokratisch gewählten Politiker*innen gelingt, ihr Land zu autokratisieren. Detailanalyse Deutschland – FES, Wien 2024, URL: http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21027.pdf [eingesehen am 15.04.2024].

Franzmann, Simon T.: Von der EURO-Opposition zur Kosmopolitismus-Opposition. Der Fall der deutschen AfD, in: Anders, Lisa H./Scheller, Henrik/Tuntschew, Thomas (Hrsg.): Parteien und die Politisierung der Europäischen Union, Wiesbaden 2018, S. 365–402, https://doi.org/10.1007/978-3-658-19283-9_13.

Gatzke, Marcus/Schieritz, Mark: Thomas Piketty – „Es ist ein neuer Klassenkonflikt entstanden", in: zeit.de,

47 Siehe das Statement von CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann vom 12.04.2024: Welt.TV: „Das geht in die Geschichtsbücher ein", sagt Carsten Linnemann, in: welt.de, 12.04.2024, URL: https://www.welt.de/politik/deutschland/video250999316/TV-Duell-Hoecke-vs-Voigt-Das-geht-in-die-Geschichtsbuecher-ein-sagt-Carsten-Linnemann.html?icid=search.product.onsitesearch [eingesehen am 15.04.2024].

16.03.2024, URL: https://www.zeit.de/2024/12/thomas-piketty-spaltung-gesellschaft-klassenkampf [eingesehen am 17.03.2024].

Habermas, Jürgen: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt am Main 1973.

Hansen, Michael A./Olsen, Jonathan: The Alternative for Germany (AfD) as populist issue entrepreneur. Explaining the party and its voters in the 2021 German federal election, in: German Politics (2022), S. 1–25, URL: https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09644008.2022.2087871 [eingesehen am 15.04.2024].

Harfst, Philipp/Franzmann, Simon T./Kühnel, Steffen: Niedersächsischer Demokratiemonitor 2023, Göttingen 2024, in Vorbereitung.

Harfst, Philipp/Franzmann, Simon T./Helmer, Joschua/Kühnel, Steffen: Die Systemunterstützung in Niedersachsen während der Corona-Pandemie, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 33 (2023), H. 4, S. 635–658, https://doi.org/10.1007/s41358-023-00360-8.

Harteveld, Eelco/van der Brug, Wouter/de Lange, Sarah/van der Meer, Tom: Multiple roots of the populist radical right. Support for the Dutch PVV in cities and the countryside, in: European Journal of Political Research, Jg. 61 (2022), Nr. 2, S. 440–461, https://doi.org/10.1111/1475-6765.12452.

Heinze, Anna-Sophie: Dealing with the populist radical right in parliament. Mainstream party responses toward the Alternative for Germany, in: European Political Science Review, Jg. 14 (2022), H. 3, S. 333–350, https://doi.org/10.1017/S1755773922000108.

Hummel, Steven/Taschke, Anika: Hält die Brandmauer? Studie zu Kooperationen mit der extremen Rechten in ostdeutschen Kommunen. Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2023, URL: https://www.rosalux.de/publikation/id/51762/haelt-die-brandmauer-1 [eingesehen am 15.04.2024].

Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter: Politicising immigration in times of crisis, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, Jg. 48 (2022), H. 2, S. 341–365, https://doi.org/10.1080/1369183X.2020.1853902.

Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal: Populismus: eine sehr kurze Einführung, Bonn 2019.

kek/dpa: Reaktion auf Naziparole – Höckes Immunität erneut aufgehoben, in: Spiegel.de, 09.03.2024, URL: https://www.spiegel.de/panorama/justiz/bjoern-hoecke-immunitaet-erneut-aufgehoben-a-9d1dc423-8def-431b-9a24-77f39867e790 [eingesehen am 15.04.2024].

Krause, Werner/Cohen, Denis/Abou-Chadi, Tarik: Does accommodation work? Mainstream party strategies and the success of radical right parties, in: Political Science Research and Methods, Jg. 11 (2023), H. 1, S. 172–179, https://doi.org/10.1017/psrm.2022.8.

Lassiwe, Benjamin: Personalquerelen in der CDU Brandenburg: Steht die Brandmauer nach rechts außen?, in: tagesspiegel.de, 30.01.2024, URL: https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/personalquerelen-in-der-cdu-brandenburg-steht-die-brandmauer-nach-rechtsaussen-11133904.html [eingesehen am 15.04.2024].

Loewenstein, Karl: Militant democracy and fundamental rights, I., in: American political science review, Jg. 31 (1937), H. 3, S. 417–432, https://doi.org/10.2307/1948164.

Manow, Philipp: Die politische Ökonomie des Populismus, Berlin 2018.

Marg, Stine/Finkbeiner, Florian/Kühnel, Steffen/Dermitzaki, Efpraxia: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2019, Göttingen 2019.

Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023.

Meguid, Bonnie M.: Party competition between unequals, New York 2008, https://doi.org/10.1017/CBO9780511510298.

Mudde, Cas: The Netherlands underestimated the far right – and Geert Wilders' victory is the result, in: The Guardian, 23.11.2023, URL: https://www.theguardian.com/commentisfree/2023/nov/23/netherlands-far-right-geert-wilders-victory-mark-rutte [eingesehen am 23.11.2023].

o.V.: „Die Brandmauer steht sehr fest", in: tagesschau.de, 25.07.2023, URL: https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/tagesthemen-rhein-merz-102.html [eingesehen am 15.04.2024].

o.V.: „Mit mir wird es eine Brandmauer zur AfD geben", in: welt.de, 23.12.2021, URL: https://www.welt.de/politik/deutschland/article235835622/Friedrich-Merz-Mit-mir-wird-es-eine-Brandmauer-zur-AfD-geben.html [eingesehen am 15.04.2024].

Pellikaan, Huib/de Lange, Sarah L./van der Meer, Tom W.G.: The centre does not hold: Coalition politics and party system change in the Netherlands, 2002–12, in: Government and Opposition, Jg. 53 (2018), H. 2, S. 231–255, https://doi.org/10.1017/gov.2016.20.

Redaktion des Nürnberger Blatt: CDU-Chef Merz bekräftigt „Brandmauer" zur AfD, in: Nürnberger Blatt.de, 24.07.2023, URL: https://nuernberger-blatt.de/2023/07/cdu-chef-merz-bekraeftigt-brandmauer-zur-afd-135415/ [eingesehen am 15.04.2024].

Rzepka, Dominik: Kühnert zu Thüringen: „So viel Macht hatte die AfD noch nie", in: zdf.heute, 15.09.2023, URL: https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/cdu-afd-thueringen-merz-spd-kuehnert-100.html [eingesehen am 15.04.2024].

Spies, Dennis/Franzmann, Simon T.: A two-dimensional approach to the political opportunity structure of extreme right parties in Western Europe, in: West European Politics, Jg. 34 (2011), H. 5, S. 1044–1069, https://doi.org/10.1080/01402382.2011.591096.

tei/tmk/Reuters/AFP/dpa: „Brandmauer" zur AfD – Warum der Richtungsstreit in der CDU eskaliert, in: deutschlandfunk.de, 25.07.2023, URL: https://www.deutschlandfunk.de/merz-cdu-richtung-kurs-100.html [eingesehen am 15.04.2024].

van der Brug, Wouter/Rekker, Roderik: Dealignment, realignment and generational differences in The Netherlands, in: West European Politics, Jg. 44 (2021), H. 4, S. 776–801, https://doi.org/10.1080/01402382.2020.1774203.

van Hauwaert, Steven M./van Kessel, Stijn: Beyond protest and discontent. A cross-national analysis of the effect of populist attitudes and issue positions on populist party support, in: European Journal of Political Research, Jg. 57 (2018), H. 1, S. 68–92, https://doi.org/10.1111/1475-6765.12216.

van Kessel, Stijn: Geert Wilders' win shows the far right is being normalised. Mainstream parties must act, The Guardian, 26.11.2023, URL: https://www.theguardian.com/world/2023/nov/26/far-right-normalised-mainstream-parties-geert-wilders-dutch [eingesehen am 15.04.2024].

Weisskircher, Manès: Conclusion. Toward a fifth wave of far-right politics in Germany and beyond?, in: ders. (Hrsg.): Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-right Politics. Oxon/New York 2023, S. 220–230.

Welt.TV: „Das geht in die Geschichtsbücher ein", sagt Carsten Linnemann, in: welt.de, 12.04.2024, URL: https://www.welt.de/politik/deutschland/video250999316/TV-Duell-Hoecke-vs-Voigt-Das-geht-in-die-Geschichtsbuecher-ein-sagt-Carsten-Linnemann.html?icid=search.product.onsitesearch [eingesehen am 15.04.2024].

Weßels, Bernhard/Klingemann, Hans-Dieter: Vertretungslücke, Rechtsextremismus und AfD-Wahl, in: Faas, Thorsten/Huber, Sascha/Krewel, Mona/Roßteutscher, Sigrid (Hrsg.): Informationsflüsse, Wahlen und Demokratie. Festschrift für Rüdiger Schmitt-Beck, Baden-Baden 2023, S. 513–532, https://doi.org/10.5771/9783748915553-513.

ZDF.de: heute journal update vom 22. November 2023, in: zdf.de, 23.11.2023, URL: https://www.zdf.de/nachrichten-sendungen/heute-journal-update/heute-journal-update-vom-22-november-2023-100.html [eingesehen am 15.04.2024].

ZEIT ONLINE/AFP/dar: Geert Wilders wird nach eigenen Angaben nicht Ministerpräsident, in: zeit.de, 13.03.2024, URL: https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-03/geert-wilders-niederlande-ministerpraesident-koalitionsverhandlungen [eingesehen am 14.3.2024].

Zissel, Pierre: Der Umgang mit der Alternative für Deutschland (AfD) in Thüringer Stadträten. Hält der ‚cordon sanitaire' der Logik der Kommunalpolitik stand? Magisterarbeit, Jena 2023.

Bild: Fotostudio Balsereit

Prof. Dr. Simon T. Franzmann, geb. 1977, ist seit April 2021 Professor für Demokratieforschung mit Schwerpunkten in der Parteien- und politischen Kulturforschung, Direktor des Instituts für Demokratieforschung sowie wissenschaftlicher Leiter von FoDEx. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind Theorie und Empirie des Parteienwettbewerbs, Opposition, Populismus und Extremismus, Forschungslogik und Inhaltsanalyse.

DOI: https://doi.org/10.17875/gup2024-2633
Hensel, Alexander / Jasser, Greta (2024): „Weckruf für die wehrhafte Demokratie? Zu den Massenprotesten gegen den ‚Masterplan' zur ‚Remigration', Rechtsextremismus und die AfD"
In: Demokratie-Dialog 14 (2024) S. 60–69.

Weckruf für die wehrhafte Demokratie?

Zu den Massenprotesten gegen den „Masterplan" zur „Remigration", Rechtsextremismus und die AfD

Alexander Hensel / Greta Jasser

Das Jahr 2024 begann mit einem protestpolitischen Paukenschlag: Mehr als 3,7 Millionen Menschen gingen von Mitte Januar bis Ende Februar gegen Rechtsextremismus und die AfD auf die Straße.[1] Der Anstoß der Proteste war ein kurz zuvor veröffentlichter Medienbericht des Journalist:innen-Kollektivs *Correctiv* über ein Treffen von rechten und rechtsextremen Akteur:innen in Potsdam.[2] Dort präsentierte Martin Sellner – prominenter Aktivist der österreichischen Identitären Bewegung – einen „Masterplan", wie „Asylbewerber, Ausländer mit Bleiberecht – und ‚nicht-assimilierte Staatsbürger'" zur „Remigration" aus dem Land bewegt werden könnten.[3] Bereits wenige Wochen später stellte der Protestforscher Dieter Rucht fest, dass sich dagegen „die größte Protestwelle in der Geschichte der Bundesrepublik" gebildet habe.[4] Rucht zeigte sich, ebenso wie andere Expert:innen, über Umfang und Tempo der Mobilisierung überrascht. Denn tatsächlich

1 Sander, Lalon: Wenn die Demokratie Zähne zeigt, in: taz.de, 09.03.2024, URL: https://taz.de/Demos-gegen-rechts/!5994464/ [eingesehen am 12.03.2024].

2 Bensmann, Marcus et al.: Geheimplan gegen Deutschland, in: correctiv.org, 10.01.2024, URL: https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/ [eingesehen am 19.02.2024].

3 Ebd.

4 Fuhr, Lukas: „Der Höhepunkt der Demowelle liegt wohl hinter uns", in: FAZ, 16.02.2024, S. 4.

hatten die Recherche von *Correctiv* weder organisatorisch noch inhaltlich viel genuin Neues enthüllt. Was trieb die Demonstrant:innen aber dann in Massen auf die Straße?

Für Proteste gibt es stets viele Ursachen; eine Erklärung erscheint uns in diesem Fall jedoch zentral. Vieles spricht dafür, dass Inhalt und Darstellung der *Correctiv*-Recherchen einen Kernbestandteil der politischen Kultur in der BRD geschickt adressiert und aktiviert haben: die über Dekaden im politischen Denken verinnerlichte Idee der wehrhaften Demokratie. Aus ihrer Theorie und Praxis erwachsen die aktuellen Proteste eines „neuen Antifaschismus", der mit historisch wohlbekannten Problemen ringt. Die intuitive Reaktion, die Demokratie mittels Demonstrationen zu bestärken und zu ihrem Schutz aufzurufen, verdeutlicht, dass die Recherche demokratische Sensibilitäten angerührt hat.

Zur Theorie der wehrhaften Demokratie

Zentrales Element der bundesrepublikanischen politischen Kultur ist die Idee der wehrhaften Demokratie. Sie entstand in Reaktion auf den Aufstieg des Faschismus in Europa. Insbesondere die Machtübernahme der NSDAP zwang in den1930er Jahren zur Auseinandersetzung mit dem sogenannten demokratischen Paradox. Dies meint, „dass die parlamentarischen Prinzipien per Mehrheitsbescheid abgeschafft werden könnten"[5], wie es durch die NSDAP – freilich mit gesellschaftlicher Unterstützung – geschah.[6] Mehrere, meist vor dem Nationalsozialismus ins Exil geflohene, Theoretiker begannen vor diesem Hintergrund Ideen zu erarbeiten, wie die Demokratie vor ihrer Abschaffung geschützt werden könne. Die etwa von Karl Loewenstein, Ernst Fraenkel und anderen entwickelten Prinzipien und Argumente werden – trotz ihrer im Detail durchaus unterschiedlichen Perspektiven und Akzente – heute zumeist unter dem Begriff der wehrhaften oder streitbaren Demokratie zusammengefasst.[7]

Sie enthält zwei Kernideen: Erstens die Position, dass liberale Demokratien zum Schutz ihrer fundamentalen liberalen Werte auch illiberale Mittel einsetzen dürfen[8], wie etwa das Parteienverbot oder das Verbot verfassungsfeindlicher Gruppen. Formuliert wurde diese Idee von Karl Loewenstein im Konzept der „militanten Demokratie".[9] Diese Position war und ist demokratietheoretisch keineswegs unmittelbar evident, akzeptiert sie doch das Aussetzen von denjenigen Prinzipien, die für freiheitliche Demokratien konstitutiv sind. Theoretiker:innen der wehrhaften Demokratie rechtfertigen Grundrechtseingriffe damit, dass sie als letztes Mittel zum Schutz des politischen Systems notwendig seien, das diese Grundrechte garantiert. Dass dadurch also die Wahrnehmung von Grundrechten schlechthin geschützt wird.[10]

Hinzu kommt, zweitens, dass liberale Demokratien einen unverhandelbaren Kern besitzen. Besonders prominent hat dies der Verfassungsrechtler Ernst Fraenkel ausgearbeitet, der zwischen einem nicht-kontroversen und einem kontroversen Sektor in Demokratien unterschei-

5 Kraushaar, Wolfgang: Keine falsche Toleranz! Warum sich die Demokratie stärker als bisher zur Wehr setzen muss, Hamburg 2022, S. 44.

6 Vgl. Gassert, Philipp: Sicherheit nach Innen: Die wehrhafte Demokratie des Grundgesetzes in der Praxis der Verfolgung von Verfassungsfeindschaft, in: Bürger & Staat, Jg. 73 (2023), H. 4, S. 205–212, hier S. 206.

7 Vgl. Kraushaar: Keine falsche Toleranz!, S. 44–47.

8 Müller, Jan-Werner: Militant Democracy, in: Rosenfeld, Michael/Sajó, András/Müller, Jan-Werner (Hrsg.): The Oxford Handbook of Comparative Constitutional Law, Oxford 2012, S. 1253–1269, hier S. 1253.

9 Loewenstein, Karl: Militant Democracy and Fundamental Rights I, in: American Political Science Review, Jg. 31 (1937), H. 3, S. 417–432. Siehe auch den Beitrag von Simon T. Franzmann in diesem Heft.

10 Vgl. Müller: Militant Democracy, S. 1258.

det.[11] Der erste beschreibt das rechtliche und weltanschauliche Fundament liberaler Demokratien, das dem politischen Wettbewerb entzogen sein solle. Der zweite beschreibt alle jenseits dessen liegenden Fragen, die politisch ausgehandelt werden müssten. Die nicht-kontroverse, „vorstaatliche weltanschauliche Basis der Demokratie"[12] ruht auf einem normativ gesetzten Wertekodex. In Fraenkels Theorie gehören zum nicht-kontroversen Sektor unter anderem das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz, fundamentale Freiheitsrechte sowie die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und Unparteilichkeit der Justiz,[13] die wiederum vom Staat garantiert und durchgesetzt werden müssten. Der nicht-kontroverse Sektor ist Voraussetzung für die politische Auseinandersetzung und Aushandlung von Positionen im kontroversen Sektor. In diesem sind die Verfahrensregeln, aber auch Grundwerte für die politische Auseinandersetzung etabliert.

Zur Praxis der wehrhaften Demokratie

Die Idee der wehrhaften Demokratie ist keineswegs Theorie geblieben, sondern hat in der Bundesrepublik auch enorme praktische Relevanz entfaltet.[14] In der verfassungshistorisch außergewöhnlichen Situation nach dem Zweiten Weltkrieg übertrugen die – vielfach durch negative biografische Erfahrungen mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus geprägten – Mitglieder des Parlamentarischen Rates die Kernideen der wehrhaften Demokratie ins Grundgesetz.[15] Seither bilden die verfassungsrechtlich gesicherten Grundrechte und die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) Teile eines verfassungsrechtlichen, nicht-kontroversen Sektors, der von der Ewigkeitsklausel geschützt wird. Das Grundgesetz kann somit keine Revolution verhindern, macht aber eine „rechtliche Revolution" – bzw. einen Umsturz durch legale Mittel – unmöglich.[16] Zugleich wird definiert, unter welchen Umständen Instrumente zur Einschränkung politischer Grundrechte wie die Grundrechtsverwirkung (Art. 18 GG) oder das Parteienverbot (Art. 21 GG) eingesetzt werden dürfen.[17] Diese institutionellen Grundlagen wie auch die hieraus hervorgehende Praxis des Verfassungsschutzes machen die Bundesrepublik im internationalen Vergleich zum Idealtypen der wehrhaften Demokratie.[18]

Prägend waren die Ideen der wehrhaften Demokratie jedoch nicht nur für die institutionelle Ordnung, sondern auch für die politische Kultur der BRD. Letztere beschreibt die für eine Gemeinschaft maßgeblichen Vorstellungen, die den Rahmen für das politische Denken, Handeln und Sprechen konstituieren.[19] Die geschichtlich geprägten und institutionalisierten Regeln und Prinzipien der politischen Kultur werden sozial verinnerlicht, oft ohne, dass es ihren Träger:innen vollständig bewusst wäre.[20] Dennoch kann

11 Vgl. Fraenkel, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien. Herausgegeben und eingeleitet von Alexander v. Brünneck, 9. Aufl., Stuttgart [1964] 2011, S. 259.

12 Gassert: Sicherheit nach Innen, S. 207.

13 Vgl. Fraenkel: Westliche Demokratien, S. 92–93.

14 Vgl. Wagrandl, Ulrich: Transnational Militant Democracy, in: Global Constitutionalism, Jg. 7 (2018), H. 2, S. 143–172, hier S. 144.

15 Vgl. ausführlich: Kraushaar, Keine falsche Toleranz!, S. 32–41, sowie: Marg, Stine: Die „wehrhafte Demokratie" als historische Legitimationsgrundlage des Verfassungsschutzes, in: Demokratie-Dialog H. 4/2019, S. 12–20, hier S. 14–17.

16 Vgl. Müller: Militant Democracy, hier S. 1258.

17 Vgl. im Detail: Kraushaar: Keine falsche Toleranz!, S. 46–50.

18 Vgl. Mudde, Cas: The Far Right Today, Cambridge 2019, S. 130–133.

19 Vgl. Rohe, Karl: Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/ Bemye, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994, S. 1–21, hier S. 1–2.

20 Vgl. Rohe: Politische Kultur, S. 6–7.

sie in gesellschaftlich-kulturellen Praktiken, Interaktionen, Produktionen und Vorstellungen beobachtet werden.[21] Tatsächlich findet die Idee der wehrhaften Demokratie in viele politische Diskurse und Praxen Eingang, was hier nur exemplarisch gezeigt werden kann: Dies betrifft etwa die politische Bildung, die historisch von der Re-Education-Politik der Besatzungsmächte geprägt ist. Noch heute verweisen viele Förderprogramme politischer Stiftungen und Projekte, die zur demokratischen Teilhabe beitragen sollen, auf Begriff und Prinzipien der wehrhaften Demokratie.[22] Demokratieerziehung und die Ausbildung von Werten und Normen auf der Basis der fdGO ist zudem erklärtes Lernziel für Schüler:innen.[23] Niedersachsen etwa stellt eine Grundrechtefibel für Kinder ab acht Jahren zur Verfügung, da „Loyalität zur Demokratie, die Akzeptanz demokratischer Grundsätze und ein Verständnis für die Risiken in der Gegenwart [...] [entstehen], wenn Kinder Demokratie in der Schule erleben können [...] Ziel der Grundrechtefibel ist der verbesserte Schutz von jungen Menschen vor extremistischen Gefahren. Es handelt sich um ein Präventionskonzept VON ANFANG AN."[24] Auch in höheren Klassenstufen und in der Erwachsenenbildung wird Wert auf die Ausbildung demokratischer Prinzipien gelegt.

Darüber hinaus ist die wehrhafte Demokratie auch in der bundesdeutschen Erinnerungskultur[25] verankert, die das demokratische Bewusstsein der BRD stark geprägt hat. Eingefordert von der „1968er"-Generation und Ausdruck eines Wertewandels, erreichte die Ausgestaltung der Erinnerungskultur seit den 1980er Jahren eine immer breitere Träger:innenschaft. Sie wurde Teil „unserer unbefragten Selbstverständlichkeiten, die als solche selbst nicht thematisiert werden, weil sie Teil unseres Weltbildes sind".[26] Um diesen Wertekanon zu festigen, ist die staatliche Erinnerungskultur „mit großer Energie, finanziellem Aufwand und bürgerschaftlichem Engagement aufgebaut worden und seither mit einer Fülle von Institutionen und Initiativen [...] für alle erreichbar und unübersehbar geworden. Sie ist durch die Medien ganz selbstverständlich in den Alltag eingelassen".[27] Sie stützt bis heute die Politik des „Nie Wieder", die von Zeitzeug:innen bereits direkt nach dem Ende des

21 Diehl, Paula: Interdisziplinarität, Politische Repräsentation und das Imaginäre. Plädoyer für eine neue Perspektive der politischen Kulturforschung, in: Bergem, Wolfgang/Diehl, Paula/Lietzmann, Hans J. (Hrsg.): Politische Kulturforschung reloaded. Neue Theorien, Methoden und Ergebnisse, Bielefeld 2019, S. 39–57, hier S. 44–45.

22 Bundesministerium des Innern und für Heimat: Wehrhafte Demokratie, URL: https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/wehrhafte-demokratie/wehrhafte-demokratie-node.html [eingesehen am 11.03.2024].

23 Vgl. Landesamt für Schule und Bildung Sachsen: Unterrichtsmodul zur Unterstützung der Demokratiebildung an sächsischen Schulen, URL: https://www.politische.bildung.sachsen.de/download/23_08_21_Modul_Wehrhafte_Demokratie_U_verlauf.pdf, S. 2. [eingesehen am 19.02.2024].

24 Niedersächsisches Kultusministerium: „Voll in Ordnung – unsere Grundrechte". Grundrechtefibel für Kinder ab 8 Jahren, URL: https://www.mk.niedersachsen.de/download/73388/Lehrerhandreichung_zur_Grundrechtefibel_fuer_Grundschulen_Voll_in_Ordnung_-_unsere_Grundrechte.pdf [eingesehen am 12.03.2024].

25 Zentraler Bestandteil der bundesdeutschen Erinnerungskultur ist das „politisch-nationale Selbstverständnis der Berliner Republik", das sich „eben nicht primär auf eine erklärte ‚Erfolgsgeschichte' wie etwa den Mauerfall [...] bezieht, sondern auf die Anerkennung historischer Schuld und Verantwortung", vgl. Rohde, Ronny: Die Erinnerungskultur im Spannungsfeld von Anerkennung und Geschichtsrevisionismus, in: Bizuel, Yves/Lutz-Auras, Ludmila/Rohgalf, Jan (Hrsg.): Offene oder geschlossene Kollektividentität, Wiesbaden 2019, S. 221–249, hier S. 232.

26 Assmann, Aleida: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2020, S. 10.

27 Assmann: Unbehagen, S. 11.

Naziregimes eingefordert wurde.[28] Auch wenn die bundesdeutsche Erinnerungskultur die Gesellschaft nicht gegen Vorurteile, Ressentiments, Rassismus oder Antisemitismus und andere menschenfeindliche Haltungen gefeit hat, zeigt sich ihr Stellenwert doch in den Versuchen der AfD, sie zu vereinnahmen. Beim Ringen um die erinnerungskulturelle Deutungshoheit forderte Björn Höcke bereits 2017 eine „erinnerungspolitische Kehrtwende um 180 Grad", in der man das „Mahnmal der Schande" – das Berliner Denkmal für die ermordeten Juden Europas – durch „neue Heldendenkmäler"[29] ersetzen solle. Auch dies war bereits ein Affront gegen die politische Kultur, der im Herbst 2023 – durch das von *Correctiv* dokumentierte Treffen – noch übertroffen werden sollte.

Bruch mit der politischen Kultur und Entstehung einer „neuen Antifa"?

Vor diesem Hintergrund des bundesdeutschen Selbstverständnisses wirkt der von *Correctiv* aufgedeckte „Masterplan zur Remigration" als konkreter Angriff auf zentrale Werte und Prinzipien der Demokratie. Die Neue Rechte hatte in ihren Diskursen die konkreten Folgen einer konsequenten Anwendung ihrer Ideologie des „Ethnopluralismus"[30] bislang zumeist beschwiegen.[31] Innerhalb der AfD hatten extrem rechte Funktionäre Implikationen ihrer Forderung eines groß angelegten Projekts zur „Remigration" zwar zuletzt verschiedentlich angedeutet, aber kaum konkretisiert.[32] Die offizielle AfD-Parteiposition, die im Januar als Reaktion auf die Proteste formuliert wurde, beharrt weiterhin darauf, dass mit „Remigration" „Maßnahmen und Anreize zu einer rechtsstaatlichen und gesetzeskonformen Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer in ihre Heimat" bezeichnet werde.[33] Die *Correctiv*-Recherche offenbarte einer breiten Öffentlichkeit jedoch in aller Deutlichkeit, was und wen Remigration meint: Die Verdrängung *auch* deutscher Staatsbürger:innen auf Grundlage ethnischer Kriterien.

Diese Forderung stellt einen eklatanten Bruch mit den Selbstverständlichkeiten der vorherrschenden politischen Kultur dar. Sie ist ein Frontalangriff auf die Werte und Prinzipien der wehrhaften Demokratie. Denn erstens erinnern die Pläne zur „Remigration" an die rassistische und antisemitische Eskalationsstrategie und -dynamik von Unterdrückung, Verdrängung und Deportation im Nationalsozialismus, die bis heute einen übergreifenden zentralen Bezugspunkt für antifaschistische Perspektiven dar-

28 „Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung", vgl. Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz, in: Bauer, Ullrich/Bittlingmayer, Uwe H./Scherr, Albert (Hrsg.): Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie, Wiesbaden [1966] 2012, S. 125–135, hier S. 125.

29 Björn Höcke, zitiert nach Rohde: Die Erinnerungskultur, S. 222.

30 „The notion of ethnopluralism states that in order to preserve the unique national characters of different peoples, they have to be kept separated. According to this perspective, mixing of different ethnicities leads only to cultural extinction", vgl. Rydgren, Jens: The Radical Right: An Introduction, in: Rydgren, Jens (Hrsg.): The Oxford Handbook of the Radical Right, New York 2018, S. 1–13, hier S. 3.

31 Vgl. Speit, Andreas: Angriff auf die Mitte, in: taz.de, 08.02.2024, URL: https://taz.de/Hintergrund-des-Begriffs-Remigration/!5987412/ [eingesehen am 22.02.2024].

32 Björn Höcke etwa wies 2018 auf eine „Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeit'" und auf „menschliche Härten und unschöne Szenen" hin, ohne jedoch die Betroffenen dieser Politik konkret zu benennen, vgl. Henning, Sebastian: Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Henning, Lüdinghausen/Berlin [2018] 2020, S. 254–257.

33 AfD-Bundesverband: 7 Punkte zur Remigration. Wie die AfD den Begriff definiert, Januar 2024, URL: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2024/02/2024-01-31-_-AfD-Faltblatt-_-7-Punkte-zur-Remigration-_-web.pdf [eingesehen am 03.03.2024].

Abbildung. 1: Bei der Demonstration unter dem Motto „#NieWiederIstJetzt Gemeinsam stark gegen Rechts" am 20.01.2024 in Heidelberg protestierten laut Polizei 18000 Menschen in Folge des Treffens von Rechtsextremisten in Potsdam 2023 gegen die AFD. Quelle: Stephan Sprinz, Wikimedia: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Demo_gegen_Rechts_Heidelberg_20_01_2024_08.jpg.

stellen.[34] Zweitens widerspricht die Forderung nach einer Remigration deutscher Staatsangehöriger unverhohlen den in der fdGO formulierten Kernprinzipien der Menschenwürde, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie.[35] Drittens löste offenbar gerade die massive Ausweitung der Idee der „Remigration" auch auf deutsche Staatsbürger:innen besonders breite gesellschaftliche Empörung aus.

Die darin implizierte Abkehr von den Kernbeständen der bundesrepublikanischen politischen Kultur verursachte eine protestpolitische Aktivierung, aus der eine breite Massenbewegung zu entstehen scheint; zumindest aber ein geschärftes demokratisches Selbstverständnis. Vielen Demonstrationsteilnehmer:innen ging es augenscheinlich zunächst um Expression. Erschrocken von und empört über die Inhalte des *Correctiv*-Berichts wollten sie ein öffentliches Zeichen gegen Rechts(extremismus) im Allgemeinen und die AfD im Besonderen setzten.[36] Die Teilnahme an Demonstrationen trug zunächst zur Überwindung der eigenen politischen Lethargie oder Hilflosigkeit bei.[37] Bald wurden überdies strategische Ziele deutlich: Der

34 Vgl. Schneider, Ulrich: Antifaschismus, Köln 2014, S. 11–12, sowie: Rohrmoser, Richard: Antifa. Portrait einer linksradikalen Bewegung. Von den 1920er Jahren bis heute, München 2022, S. 9 und S. 55–57.

35 Vgl. Hong, Mathias: Grundrechtsverwirkung und Parteiverbot gegen radikale AfD-Landesverbände (Teil II), in: Verfassungsblog.de, 07.02.2024, URL: https://verfassungsblog.de/grundrechtsverwirkung-und-parteiverbote-gegen-radikale-afd-landesverbande-ii/ [eingesehen am 13.03.2024].

36 Vgl. Fuhr: Demowelle, S. 4.

37 Vgl. etwa Friedrich, Sebastian: Antifaschismus reloaded, in: Der Freitag, Nr. 3/2024, S. 1.

öffentliche, massenhafte Auftritt einer selbstverstandenen Mitte der Gesellschaft sollte dem durchbrochenen politisch-kulturellen Konsens – auch und vor allem in kleineren Städten und Gemeinden– symbolisch wieder Geltung verschaffen.[38]

Dabei war von Beginn an erkennbar, dass es sich nicht nur um eine breite Massen-, sondern sozial und politisch durchaus vielfältige Sammlungsbewegung handelt, in der idealtypisch mindestens zwei Strömungen zusammenkommen: Einerseits eine Kernströmung, zu der moderat bis radikal linke Akteur:innen und Gruppen gehören, die umfangreiche Erfahrungen und Routinen mit antifaschistischen Aktionen und Strategien besitzen.[39] Obgleich sie seit jeher vor Rechtsextremismus gewarnt und vielfach auch die Migrationspolitik der Bundesregierung scharf kritisiert haben[40], wurden auch sie von der allgemeinen Dynamik des Protestgeschehens erfasst. Ihnen steht indes eine weit größere Gruppe neu-mobilisierter Demonstrant:innen zur Seite, die sich politisch aus der Breite eines mittig-moderaten Spektrums rekrutiert und als „bürgerliche Antifa" beschrieben wird.[41]

Zusammengehalten wird diese politisch ungewöhnliche Melange zunächst durch einen gemeinsamen Gegner und durch den Rekurs auf Ideen und Prinzipien der wehrhaften Demokratie – so nannte der niedersächsische Ministerpräsident die Demonstrationen „gelebten Verfassungsschutz".[42] Im turbulenten Protestalltag sowie in der medialen Debatte um die Demonstrationen zeigten sich jedoch bald innere Bruchlinien: Inhaltlich betrifft dies etwa die Frage, ob Rechtsextremismus bzw. Faschismus als Phänomen von sich ausdehnenden politischen Rändern oder als inhärentes Problem des Kapitalismus begriffen wird.[43] Damit ist die taktische Frage verbunden, ob und welche Parteien in das Bündnis ein- oder daraus ausgeschlossen werden sollen, was insbesondere im Fall der CDU/CSU zu Kontroversen führte.[44] Hinzu kommt schließlich eine merkliche habituelle Differenz zwischen einem improvisiert-populären und einem traditionell-alternativen Antifaschismus, was sich in begrifflichen und symbolischen Deutungskämpfen zeigt.[45] Emblematisiert spitzte die *taz* derartige Konflikte in dem Gegensatz zwischen „Kleiner, aber feiner" sowie „groß und divers" zu.[46]

38 Vgl. Olanigan, Adefunmi: „Die Lage ist verdammt brenzlig", in: taz.de, 28.01.2024, URL: https://taz.de/Aktivist-ueber-Demos-im-laendlichen-Raum/!5988263/ sowie: Feddersen, Jan: Die bürgerliche Antifa, in: taz.de, 01.02.2024, URL: https://taz.de/Demos-gegen-die-AfD/!5985933/ [beides eingesehen am 19.02.2024].

39 Vgl. Rohrmoser: Antifa, S. 183–185.

40 Vgl. etwa Mense, Thorsten: Der Volksaufstand, in: Jungle World, 05/2024, URL: https://jungle.world/artikel/2024/05/proteste-gegen-afd-linke-kritik-der-volksaufstand [eingesehen am 20.03.2024]; zur kritischen Analyse der bundesdeutschen Abschiebepolitik siehe ausführlich: Wagner, Florian: Ausweisungsgrund: „Außereuropäisch". People of Color und die Entstehung des bundesdeutschen Abschieberegimes, in: Zeithistorische Forschungen H.20/2023, S. 51–84

41 Feddersen: Die bürgerliche Antifa.

42 Vgl. o.V.: „Demokratie lebt von Menschen, die dafür aufstehen", in: tagesschau.de, 21.01.2024, URL: https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/demonstrationen-gegen-rechts-sonntag-102.html [eingesehen am 13.03.2024].

43 Vgl. Zelik, Raul: Demolierte Demokratie, in: nd-aktuell, 02.02.2024, ULR: https://www.nd-aktuell.de/artikel/1179730.demos-gegen-rechts-demolierte-demokratie.html?sstr=Zelik [eingesehen am 22.02.2024].

44 Vgl. Fuhr, Lukas/Soldt, Rüdiger: Wenn das Wörtchen rechts nicht wär, in: FAZ, 27.01.2024, URL: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-die-cdu-zu-den-afd-protesten-steht-19477268.html [eingesehen am 20.03.2024].

45 Vgl. etwa Lelle, Nikolas: Demos gegen rechts: Was heißt Nie wieder?, in: taz.de, 08.02.2024, URL: https://taz.de/Demos-gegen-rechts/!5987599/ [eingesehen am 23.02.2024].

46 Vgl. Kersten, Augustin: Kleiner, aber feiner werden, in: taz.de, 04.02.2024, URL: https://taz.de/Proteste-ge-

Solche Friktionen sind dem Antifaschismus historisch gesehen indes keineswegs unbekannt. Infolge der sich verschärfenden faschistischen Situation bildeten sich in den 1930er Jahren klar Partei- und Milieugrenzen überspannende antifaschistische Bündnisse heraus, in denen sich zuvor verfeindete linke, liberale und religiöse Kräfte versammelten.[47] Daher verwundert es kaum, dass in den Volksfrontbewegungen oder etwa im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ideologisch-strategische Reibereien an der Tagesordnung waren.[48] Umso wichtiger waren pragmatische Kompromissbereitschaft, die Integration durch Führungsfiguren sowie die Entwicklung eines antifaschistischen Ethos, der alternative Vision und Praxis vereint.[49] Derartige äußere Klammern und innere Bindungskräfte müssen in einer „neuen Antifa" indes erst noch wachsen, will dieses heterogene Bündnis weiter mobilisieren und agieren.

Was vorerst bleibt: wehrhafter Umgang mit der AfD

Die Folgen von Protestbewegungen sind nicht einfach zu erfassen und nur selten so wie erwartet.[50] Ob und wie sich die Proteste letztlich auf die anstehenden Wahlen auswirken, bleibt abzuwarten. Merklich ist jedoch bereits, dass in Debatten über den Umgang mit der AfD Ideen der wehrhaften Demokratie lauter vernehmbar sind als zuvor. So finden sich verschiedene Appelle zum „Mut zur Intoleranz" und zum Schutz der Grundlagen der Demokratie.[51] Während sich die Dynamik und Energien der Massenproteste rasch verflüchtigen könnten, zeichnet sich aktuell eine Ausdifferenzierung sogenannter „intoleranter Umgangsweisen" mit der AfD in den verschiedenen politischen Sphären ab.[52] *Staatlicherseits* wird die Breite der Palette zur Einschränkung von Rechten und Ressourcen stärker diskutiert. Neben einer Einschränkung der Parteienfinanzierung geht es vor allem um den Einsatz eines Parteienverbots gegen die AfD, dessen Chancen und Folgen kontrovers bewertet werden. Im *Parteienwettbewerb* hat sich der zuletzt bröckelnde Konsens einer parlaments- und koalitionsstrategischen Ausgrenzung der AfD durch die sogenannte Brandmauer stabilisiert, welche die mit einem hohen AfD-Wahlerfolg verbundenen Gefahren im Zaum halten soll.[53] Auf Ebene der *Zivilgesellschaft* wird derweil etwa dafür geworben, einzelnen Extremist:innen die Grundrechte zu entziehen[54] sowie Strategien zur konfrontativen Auseinanderset-

gen-Rechtsextreme/!5987699/ sowie Laudenbach, Peter: Anti-AfD-Demos. Lieber groß und divers, in: taz.de, 19.02.2024, URL: https://taz.de/Anti-AfD-Demos/!5990212/ [beides eingesehen am 13.03.2024].

47 Vgl. dazu im Detail: Schneider: Antifaschismus, S. 26–51.

48 Zur ersten vgl. Mason, Paul: Faschismus. Und wie man ihn stoppt, Berlin 2022, S. 335–359, zum zweiten vgl. Walter, Franz: Die Farben der Republik, in: FAZ, 04.03.2024, S. 6.

49 Mason: Faschismus, S. 388 sowie S. 409–413.

50 Vgl. Marg, Stine: Macht Protest den Unterschied? Folgen, Wirkungen und Effekte von gesellschaftlichen Mobilisierungen in Deutschland, in: Langebach, Martin (Hrsg.): Protest. Deutschland 1949–2020, Bonn 2021, S. 410– 429.

51 Vgl. etwa: Salzborn, Samuel: Wehrlose Demokratie? Antisemitismus und die Bedrohung der politischen Ordnung, Leipzig 2024, hier insb. S. 9–22.

52 Zur Unterscheidung von toleranten und intoleranten Umgangsweisen vgl. Bourne, Angela: Initiatives opposing populist parties in Europe: types, methods, and patterns, in: Comparative European Politics, Jg. 21 (2023), H. 6, S. 742–760, hier S. 747–748.

53 Vgl. o.V.: Mit dem Hauptgegner zusammen in die Zukunft, in: FAZ, 07.02.2024, S. 2. Zur deutschen „Brandmauerpolitik" gegen rechtsextreme Parteien siehe außerdem: Art, David: The Power of Anti-Pacting in Germany, in: Weisskircher, Manès (Hrsg.): Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics, London 2023, S. 174–188.

54 o.V.: Wehrhafte Demokratie: Höcke stoppen!, in: Campact! Bewegte Politik, 15.02.2024, URL: https://aktion.campact.de/weact/hocke-stoppen/teilnehmen [eingesehen am 22.03.2024].

zung mit der AfD in den anstehenden Wahlkämpfen entwickelt.

Kurzum: Wohin auch immer sich die Massenproteste und der „neue Antifaschismus" des Jahres 2024 entwickeln; die wehrhafte Demokratie scheint Anfang 2024 aus ihrem Schlummer erwacht zu sein.

Quellen:

AfD-Bundesverband: 7 Punkte zur Remigration. Wie die AfD den Begriff definiert, Januar 2024, URL: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2024/02/2024-01-31-_-AfD-Faltblatt-_-7-Punkte-zur-Remigration-_-web.pdf [eingesehen am 03.03.2024].

Bensmann, Marcus/von Daniels, Justus/Dowideit, Anette/Peters, Jean/Keller, Gabriela: Geheimplan gegen Deutschland, in: correctiv.org, 10.01.2024, URL: https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/ [eingesehen am 19.02.2024].

Literatur:

Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz, in: Bauer, Ullrich/Bittlingmayer, Uwe H./Scherr, Albert (Hrsg.): Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie, Wiesbaden [1966] 2012, S. 125–135.

Art, David: The Power of Anti-Pacting in Germany, in: Weisskircher, Manès (Hrsg.): Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics, London 2023, S. 174–188.

Assmann, Aleida: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2020.

Bourne, Angela: Initiatives opposing populist parties in Europe: types, methods, and patterns, in: Comparative European Politics Jg. 21 (2023) H. 6, S. 742–760.

Bundesministerium des Innern und für Heimat: Wehrhafte Demokratie, URL: https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/wehrhafte-demokratie/wehrhafte-demokratie-node.html [eingesehen am 11.03.2024].

Diehl, Paula: Interdisziplinarität, Politische Repräsentation und das Imaginäre. Plädoyer für eine neue Perspektive der politischen Kulturforschung, in: Bergem, Wolfgang/Diehl, Paula/Lietzmann, Hans J. (Hrsg.): Politische Kutlruforschung reloaded. Neue Theorien, Methoden und Ergebnisse, Bielefeld 2019, S. 39–57.

Feddersen, Jan: Die bürgerliche Antifa, in: taz.de, 01.02.2024, URL: https://taz.de/Demos-gegen-die-AfD/!5985933/ [eingesehen am 19.02.2024].

Fraenkel, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien. Herausgegeben und eingeleitet von Alexander v. Brünneck, 9. Aufl., Stuttgart [1964] 2011, S. 92–93.

Friedrich, Sebastian: Antifaschismus reloaded, in: Der Freitag, Nr. 3/2024, S. 1.

Fuhr, Lukas: „Der Höhepunkt der Demowelle liegt wohl hinter uns", in: FAZ, 16.02.2024, S. 4.

Fuhr, Lukas/Soldt, Rüdiger: Wenn das Wörtchen rechts nicht wär, in: FAZ, 27.01.2024, URL: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-die-cdu-zu-den-afd-protesten-steht-19477268.html [eingesehen am 20.03.2024].

Gassert, Philipp: Sicherheit nach Innen: Die wehrhafte Demokratie des Grundgesetzes in der Praxis der Verfolgung von Verfassungsfeindschaft, in: Bürger & Staat, Jg. 73 (2023), H. 4, S. 205–212.

Henning, Sebastian: Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Henning, Lüdinghausen/Berlin [2018] 2020.

Hong, Mathias: Grundrechtsverwirkung und Parteiverbot gegen radikale AfD-Landesverbände (Teil II), in: Verfassungsblog.de, 07.02.2024, URL: https://verfassungsblog.de/grundrechtsverwirkung-und-parteiverbote-gegen-radikale-afd-landesverbande-ii/ [eingesehen am 13.03.2024].

Kersten, Augustin: Kleiner, aber feiner werden, in: taz.de, 04.02.2024, URL: https://taz.de/Proteste-gegen-Rechtsextreme/!5987699/ [eingesehen am 13.03.2024].

Kraushaar, Wolfgang: Keine falsche Toleranz! Warum sich die Demokratie stärker als bisher zur Wehr setzen muss, Hamburg 2022.

Landesamt für Schule und Bildung Sachsen: Unterrichtsmodul zur Unterstützung der Demokratiebildung an sächsischen Schulen, URL: https://www.politische.bildung.sachsen.de/download/23_08_21_Modul_Wehrhafte_Demokratie_U_verlauf.pdf [eingesehen am 19.02.2024].

Laudenbach, Peter: Anti-AfD-Demos. Lieber groß und divers, in: taz, 19.02.2024, URL: https://taz.de/Anti-AfD-Demos/!5990212/ [eingesehen am 13.03.2024].

Lelle, Nikolas: Demos gegen rechts: Was heißt Nie wieder?, in: taz.de, 08.02.2024, URL: https://taz.de/Demos-gegen-rechts/!5987599/ [eingesehen am 23.02.2024].

Loewenstein, Karl: Militant Democracy and Fundamental Rights I, in: American Political Science Review, Jg. 31 (1937), H. 3, S. 417–432.

Marg, Stine: Die „wehrhafte Demokratie" als historische Legitimationsgrundlage des Verfassungssschutze, in: Demokratie-Dialog H. 4/2019, S. 12–20.

Marg, Stine: Macht Protest den Unterschied? Folgen, Wirkungen und Effekte von gesellschaftlichen Mobilisierungen in Deutschland, in: Langebach, Martin (Hrsg.): Protest. Deutschland 1949–2020, Bonn 2021, S. 410–429.

Mason, Paul: Faschismus. Und wie man ihn stoppt, Berlin 2022.

Mense, Thorsten: Der Volksaufstand, in: Jungle World, 05/2024, URL: https://jungle.world/artikel/2024/05/proteste-gegen-afd-linke-kritik-der-volksaufstand [eingesehen am 20.03.2024].

Mudde, Cas: The Far Right Today, Cambridge 2019.

Müller, Jan-Werner: Militant Democracy, in: Rosenfeld, Michel/Sajó, András/Müller, Jan-Werner (Hrsg.): The Oxford Handbook of Comparative Constitutional Law, Oxford 2012, S. 1253–1269.

o.V.: „Demokratie lebt von Menschen, die dafür aufstehen", in: tagesschau.de, 21.01.2024, URL: https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/demonstrationen-gegen-rechts-sonntag-102.html [eingesehen am 13.03.2024].

o.V.: Mit dem Hauptgegner zusammen in die Zukunft, in: FAZ, 07.02.2024, S. 2.

o.V.: Wehrhafte Demokratie: Höcke stoppen!, in: Campact! Bewegte Politik, 15.02.2024, URL: https://aktion.campact.de/weact/hocke-stoppen/teilnehmen [eingesehen am 22.03.2024].

Olanigan, Adefunmi: „Die Lage ist verdammt brenzlig", in: taz.de, 28.01.2024, URL: https://taz.de/Aktivist-ueber-Demos-im-laendlichen-Raum/!5988263/ [eingesehen am 13.03.2024].

Rohde, Ronny: Die Erinnerungskultur im Spannungsfeld von Anerkennung und Geschichtsrevisionismus, in: Bizuel, Yves/Lutz-Auras, Ludmila/Rohgalf, Jan (Hrsg.): Offene oder geschlossene Kollektividentität, Wiesbaden 2019, S. 221–249.

Rohe, Karl: Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994, S. 1–21.

Rydgren, Jens: The Radical Right: An Introduction, in: Rydgren, Jens (Hrsg.): The Oxford Handbook of the Radical Right, New York 2018, S. 1–13.

Niedersächsisches Kultusministerium: „Voll in Ordnung – unsere Grundrechte". Grundrechtefibel für Kinder ab 8 Jahren, URL: https://www.mk.niedersachsen.de/download/73388/Lehrerhandreichung_zur_Grundrechtefibel_fuer_Grundschulen_Voll_in_Ordnung_-_unsere_Grundrechte.pdf [eingesehen am 12.03.2024].

Rohrmoser, Richard: Antifa. Portrait einer linksradikalen Bewegung. Von den 1920er Jahren bis heute, München 2022.

Salzborn, Samuel: Wehrlose Demokratie? Antisemitismus und die Bedrohung der politischen Ordnung, Leipzig 2024.

Sander, Lalon: Wenn die Demokratie Zähne zeigt, in: taz.de, 09.03.2024, URL: https://taz.de/Demos-gegen-rechts/!5994464/ [eingesehen am 12.03.2024].

Schneider, Ulrich: Antifaschismus, Köln 2014.

Speit, Andreas: Angriff auf die Mitte, in: taz.de, 08.02.2024, URL: https://taz.de/Hintergrund-des-Begriffs-Remigration/!5987412/ [eingesehen am 22.02.2024].

Wagner, Florian: Ausweisungsgrund: »Außereuropäisch«. People of Color und die Entstehung des bundesdeutschen Abschieberegimes, in: Zeithistorische Forschungen H.20/2023, S. 51–84.

Wagrandl, Ulrich: Transnational militant democracy, in: Global Constitutionalism, Jg. 7 (2018), H. 2, S. 143–172.

Walter, Franz: Die Farben der Republik, in: FAZ, 04.03.2024, S. 6.

Zelik, Raul: Demolierte Demokratie, in: nd-aktuell, 02.02.2024, ULR: https://www.nd-aktuell.de/artikel/1179730.demos-gegen-rechts-demolierte-demokratie.html?sstr=Zelik [eingesehen am 22.02.2024].

Alexander Hensel, geb. 1983, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Er forscht seit mehreren Jahren zur Parteien- und Parlamentsentwicklung der AfD auf Bundes- und Landesebene.

Greta Jasser ist wissenschaftliche Mitarbeiterin mit Schwerpunkt Rechtsradikalismus am Institut für Demokratieforschung. Sie forscht zu rechten und misogynen Bewegungen und konzentriert sich auf deren Online-Präsenzen und Netzwerke.

DOI: https://doi.org/10.17875/gup2024-2634
Fitzpatrick, Sally A. / Harfst, Philipp (2024) „Protest oder Ideologie? Bestimmungsgründe für die Wahl der AfD in Niedersachsen" In: Demokratie-Dialog 14 (2024) S. 70–80.

Protest oder Ideologie?

Bestimmungsgründe für die Wahl der AfD in Niedersachsen

Sally A. Fitzpatrick / Philipp Harfst

Die AfD feierte sich bei der niedersächsischen Landtagswahl 2022 als Siegerin.[1] Mit 10,9 % erreichte sie erstmals ein zweistelliges Ergebnis in Niedersachsen und konnte damit ihr Ergebnis im Vergleich zur letzten Landtagswahl 2017 fast verdoppeln.[2] Zudem stellt diese Wahl seit 2019 die erste dar, bei der die AfD überhaupt Prozentpunkte hinzugewinnen konnte,[3] was von Demoskop*innen als Beginn eines bundesweiten „Comebacks" der Partei gedeutet wurde.[4]

1 Schmidt, Martin: AfD-Ergebnis in Niedersachsen: Eine Art Sieg für Chrupalla, in: tagesschau.de, 10.10.2022, URL: https://www.tagesschau.de/inland/niedersachsen-afd-101.html [eingesehen am 27.02.2024].

2 Hirndorf, Dominik/Neu, Viola: Landtagswahl in Niedersachsen am 9. Oktober 2022, in: MONITOR Wahl- und Sozialforschung, 10.10.2022, URL: https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/wahlanalyse-der-landtagswahl-in-niedersachsen-am-9-oktober-2022 [eingesehen am 27.02.2024].

3 John, Stefanie: Analyse der Landtagswahl in Niedersachsen 2022, in: böll.brief – Demokratie & Gesellschaft, H. 31/2022, URL: https://www.boell.de/sites/default/files/2022-10/boellbrief_analyse_landtagswahl_niedersachsen_2022.pdf [eingesehen am 25.03.2024].

4 Kerl, Christian: Niedersachsen-Wahl: AfD nutzt Inflationsangst für Comeback, in: morgenpost.de, 09.10.2022, URL: https://www.morgenpost.de/politik/article236630763/wahl-niedersachsen-afd-gewinne.html [eingesehen am 27.02.2024]; Sandmann,

Umfragen zufolge haben zwischen 52 % und 71 % der AfD-Wähler*innen die Partei bei der Landtagswahl 2022 aus Protest gegen die Politik der Bundesregierung gewählt.[5] Die AfD ist damit die Partei, bei der die meisten Personen angeben, ihre Wahlentscheidung aus Protest getroffen zu haben. Die These von der Protestwahl läuft jedoch Gefahr, die ideologischen Hintergründe der AfD-Wahl zu übersehen. So merken Susanne Rippl und Christian Seipel an, dass „die Beobachtungen aus anderen europäischen Ländern, mit der dauerhaften Etablierung rechter Parteien, nicht für eine reine Protestwahl [sprechen]".[6] Die anhaltenden Wahlerfolge der AfD, die in der politikwissenschaftlichen Literatur seit geraumer Zeit und bis heute durchgängig als radikal-rechtspopulistische Partei (RRP-Partei) bezeichnet wird,[7] sprechen auch in Deutschland eher für die Etablierung der Partei im Parteiensystem als für die Artikulation von Protest durch die Unterstützung der AfD.

Im Folgenden prüfen wir daher mit Hilfe von Daten des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM) 2023[8], ob tatsächlich – wie die zitierten Umfragen nahelegen – aktuell eine Protestwahl den Erfolg der AfD in Niedersachsen beflügelt oder ob es nicht vielmehr die radikal-rechtpopulistischen Einstellungen ihrer Wähler*innen sind, die den Erfolg der AfD erklären. Hierzu präsentieren wir zunächst ein Konzept der Protestwahl, das dieses Verhalten als eine spezielle Form des strategischen Wählens beschreibt. Dann betrachten wir die Elemente radikal-rechtspopulistischer Einstellungen als ideologische Motive für die Wahl der AfD. Beide Konzepte werden mithilfe des NDM 2023 gemessen und mittels statistischer Verfahren in Zusammenhang mit der dort berichteten Wahlentscheidung für die AfD gebracht.

Was ist eine Protestwahl?

In einem Übersichtsartikel aus dem Jahr 2018 fragen Michael Alvarez, Roderick Kiewiet und Lucas Núñez „But what exactly is protest voting?" und definieren eine strategische Protestwahl im Anschluss an Daniel Kselman und Emerson Niou[9] als „die Wahl einer Partei, die nicht die am meisten präferierte Partei ist, um dieser meist präferierten Partei ein Signal der Unzufriedenheit zu senden".[10] In der politikwissenschaftlichen Literatur wird strategisches

Philipp: AfD vor Comeback in Niedersachsen: Sind die Rechtspopulisten jetzt auch im Westen erfolgreich? in: ntv.de, 07.10.2022, URL: https://www.n-tv.de/politik/AfD-vor-Comeback-in-Niedersachsen-Sind-die-Rechtspopulisten-jetzt-auch-im-Westen-erfolgreich-article23635920.html [eingesehen am 07.03.2024].

5 Hirndorf/Neu: Landtagswahl in Niedersachsen; John: Landtagswahl in Niedersachsen 2022.

6 Rippl, Susanne/Seipel, Christian: Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie: Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 70 (2018), H. 2, S. 237–254, hier S. 250, https://doi.org/10.1007/s11577-018-0522-1.

7 Franzmann, Simon T.: Extra-Parliamentary Opposition within a Transforming Political Space, in: German Politics, Jg. 23 (2019), H. 3, S. 332–349, https://doi.org/10.1080/09644008.2018.1512972; Havertz, Ralf: AfD's Radical Right Populism, in: ders. (Hrsg.): Radical right populism in Germany: AfD, Pegida, and the identitarian movement, London 2021, S. 52–66, https://doi.org/10.4324/9780367815981-5; Arzheimer, Kai/ Bernemann, Theresa: 'Place' Does Matter for Populist Radical Right Sentiment, but How? Evidence from Germany, in: European Political Science Review, Jg. 16 (2024), H. 2, https://doi.org/10.1017/S1755773923000279.

8 Die Veröffentlichung des NDM 2023 liegt im Frühjahr 2024 noch nicht vor. Auf fodex-online.de werden Sie informiert, sobald die Studie erscheinen ist.

9 Kselman, Daniel/Niou, Emerson: Protest voting in plurality elections: a theory of voter signaling, in: Public Choice, Jg. 148 (2011), H. 3, S. 395–418, hier S. 400, https://doi.org/10.1007/s11127-010-9661-2.

10 Alvarez, R. Michael/Kiewiet, D. Roderick/Núñez, Lucas: A Taxonomy of Protest Voting, in: Annual Review of Political Science, Jg. 21 (2018), H. 1, S. 135-154,

Wahlverhalten, das sich in der Vergangenheit auch in Niedersachsen gezeigt hat,[11] mit rationalem Verhalten in Verbindung gebracht und steht für das Bestreben, Stimmenverschwendung zu vermeiden. Im Fall der strategischen Protestwahl müsste ein*e Wähler*in demnach eine Partei wählen, obwohl sie*er eine andere Partei der gewählten Partei eigentlich vorzieht. Diese Partei müsste eine realistische Chance haben, tatsächlich ins Parlament einzuziehen, damit die Stimme nicht verschwendet ist. Zudem darf die Protestwahl nicht dazu führen, dass die eigentlich präferierte Partei auf Grund der Stimmenverluste durch Protestwahl nicht mehr ins Parlament einzieht, damit aus dem Signal der Unzufriedenheit kein Abstrafen wird. Als Protestwähler*innen werden also diejenigen Personen verstanden, die in einer kurzfristigen Entscheidung eine Partei aus Enttäuschung über andere Parteien wählen, obwohl sie sich eigentlich nicht mit der gewählten Partei identifizieren.[12] Im Einklang mit der Literatur zu sogenannten „Nebenwahlen"[13] beschreibt die Politikwissenschaftlerin Susanne Pickel dies als ein Phänomen, das insbesondere auf Landesebene zu beobachten sei, wo neue Parteien dadurch zeitweise gute Ergebnisse erzielen könnten.[14] Vonseiten der Wähler*innen sei dies als „Denkzettel" an die etablierten Parteien oder für die Regierung zu verstehen.[15] Insofern sind Landtagswahlen in Niedersachsen ein ideales Beispiel, um zu untersuchen, wie viel Protest in der Wahl der AfD tatsächlich steckt.

Wenn nun also nach der niedersächsischen Landtagswahl 2022 zwischen 52 % und 71 % der AfD-Wähler*innen angeben, die Partei aus Protest gewählt zu haben, würde dies bedeuten, dass ein Großteil sich eigentlich nicht mit der AfD identifiziert. Problematisch bei diesen Umfragen ist jedoch, dass die Befragten selbst angeben sollen, ob ihre Wahlentscheidung durch Protest geprägt war oder nicht. Hier kann das Phänomen der sozialen Erwünschtheit zum Tragen kommen. Die Befragten, die bereit waren, anzugeben, dass sie die AfD gewählt haben, versuchen im Anschluss dieses bekanntermaßen sozial unerwünschte Verhalten in einem besseren Licht erscheinen zu lassen. Sie geben an, nicht aus Überzeugung, sondern „nur" aus Protest gehandelt zu haben. Nicht nur im Vergleich mit anderen europäischen Ländern sind so hohe Werte für die Protestwahl unplausibel. Auch in Deutschland hat die AfD einen festen Wähler*innenstamm aufbauen können und gilt in der Politikwissenschaft mittlerweile als weitestgehend etablierte Partei im Parteiensystem rechts der CDU. Dies spricht gegen klassisches Protestwahlverhalten.[16]

hier S. 136, https://doi.org/10.1146/annurev-polsci-050517-120425.

11 Harfst, Philipp/Blais, André/Bol, Damien: Voting Strategically in Two-Vote Elections, in: Stephenson, Laura/Aldrich, John/Blais, André (Hrsg.): The Many Faces of Strategic Voting. Tactical Behavior in Electoral Systems Around the World, Ann Arbor 2018, S. 150–177, https://doi.org/10.3998/mpub.9946117.

12 Blumenberg, Manuela S./Blumenberg, Johannes N.: Auch mittelfristig eine Alternative? Eine vergleichende Analyse der Wählerschaft der AfD, der Republikaner und der Grünen während ihrer Etablierungsphasen, in: Social Indicators Information Service, H. 7/2017, S. 8–11, https://doi.org/10.15464/isi.57.2017.8-11; Pickel, Susanne: Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? in: Korte, Karl-Rudolf/Schoofs, Jan (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2019, S. 145–175, https://doi.org/10.1007/978-3-658-25050-8_7.

13 Reif, Karlheinz/Schmitt, Hermann: Nine second-order national elections–a conceptual framework for the analysis of European Election results, in: European Journal of Political Research, Jg. 8 (1980), H. 1, S. 3–44, https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.1980.tb00737.x.

14 Pickel: Die Wahl der AfD.

15 Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias: Die AfD: Eine unterschätzte Partei. Soziale Erwünschtheit als Erklärung für fehlerhafte Prognosen, in: IW-Report, H. 7/2017, S. 11, URL: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/332686/IW-Report_7_2017_Die_AfD_Eine_unterschaetzte_Partei.pdf [eingesehen am 5.4.2024].

16 Pickel: Die Wahl der AfD.

Als alternative Erklärung für die AfD-Wahl schlagen Rippl und Seipel vor, dass vielmehr bereits latent vorhandene fremdenfeindliche Einstellungen nun durch die Wahl der AfD geäußert werden.[17] Empirische Untersuchungen zu den Wähler*innen der AfD und ihren politischen Einstellungen stützen diese These. Unter AfD-Wähler*innen sind demnach in großem Ausmaß ausländer- bzw. fremdenfeindliche und populistische Einstellungen vertreten, welche die Wahl der AfD und ihr Wähler*innenpotenzial erklären könnten.[18] Aus diesen Befunden folgt die These, dass hinter der Wahlentscheidung für die AfD statt Protest tatsächlich eine ideologische Motivation stehen könnte.

Messung des Motivs der Protestwahl und von radikal-rechtspopulistischen Einstellungen mit Hilfe des NDM 2023

Wenn wir untersuchen wollen, ob eher Protest oder eher ideologisch fundierte Einstellungen die Wahl der AfD erklären, müssen wir zunächst Messinstrumente für beide Phänomene entwickeln. Diese stellt der NDM 2023 bereit, mit dessen Hilfe wir feststellen können, inwiefern unsere Befragten die Werte der AfD teilen und ob sie als Anhänger*innen einer anderen Partei dieser durch die Wahl der AfD einen Denkzettel verpassen würden.

Hierfür müssen wir zunächst herausfinden, welcher Partei die Befragten im NDM die höchste Sympathie entgegenbringen. Dafür vergleichen wir die Werte, die die Befragten auf einem sogenannten Sympathie-Skalometer auf einer Skala von -5 („halte überhaupt nichts von dieser Partei") bis +5 („halte sehr viel von dieser Partei") für jede einzelne Landtagspartei vergeben. Erhält eine andere Partei einen höheren Wert als die AfD, so kodieren wir die Variable „Präferenz für eine andere Partei als die AfD" mit dem Wert 1, andernfalls nimmt die Variable den Wert 0 an.[19] Sollte dies der Fall sein, wäre eine der oben definierten Bedingungen für eine Protestwahl erfüllt. Wenn Befragte, die eine Präferenz für eine andere Partei haben, dann dennoch angeben, die AfD wählen zu wollen, wäre die zweite Bedingung für eine Protestwahl erfüllt. Strategisch wäre eine solche Wahlentscheidung allerdings nur in den Fällen, in denen wir davon ausgehen können, dass die Partei, die die Befragten der AfD eigentlich vorziehen, sicher in den Landtag einziehen wird, also aus dem „Denkzettel" nicht ein Scheitern an der 5 %-Hürde resultiert. Dies ist bei den drei anderen im Landtag vertretenen Parteien SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen sicher der Fall. Sind alle drei Bedingungen erfüllt, so interpretieren wir eine solche Wahlabsicht für die AfD als Protestwahl.

Darüber hinaus brauchen wir ein Maß für AfD-affine Überzeugungen der Befragten, um feststellen zu können, ob eher ideologische Motive das Motiv der Protestwahl der AfD dominieren. Dafür benötigen wir Anhaltspunkte, welche ideologischen Einstellungen mit den politischen Zielen der AfD zusammenpassen und somit als Erklärungsfaktoren herangezogen werden können. Von einer Partei überzeugt zu sein und sich für diese Partei bei einer Wahl zu entscheiden, basiert grundsätzlich auf Kongruenz der Einstellungen zwischen der Partei und ihren Wähler*innen, da dies die Basis für deren Repräsentation darstellt.[20] Entsprechend suchen

17 Rippl/Seipel: Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie.

18 Schröder, Martin: AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich, in: SOEP-Papers, H. 975/2018, hier S. 18–19, URL: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.595120.de/diw_sp0975.pdf [eingesehen am 5.4.2024]; Pickel: Die Wahl der AfD, S. 158.

19 Die Konstruktion dieser und aller anderen in diesem Beitrag verwendeten Variablen sowie die dazugehörigen Fragen aus dem NDM 2023 sind im Anhang dokumentiert.

20 Giger, Nathalie/Lefkofridi, Zoe: Salience-Based Congruence Between Parties & their Voters: The Swiss

wir den Grad der Passfähigkeit der politischen Einstellungen unserer Befragten mit der Ideologie der AfD. Das Konzept der radikal-rechtspopulistischen Orientierungen, die der AfD zugeschrieben werden, geht auf den Populismusforscher Cas Mudde zurück. Mudde zählt zu den notwendigen ideologischen Kernelementen einer radikal-rechtspopulistischen Partei neben Populismus die Dimensionen Autoritarismus und Nativismus.[21] Ralf Havertz findet in offiziellen Veröffentlichungen und in individuellen persönlichen Statements von Mitgliedern und Repräsentant*innen der Partei eine ausreichende Grundlage, um die AfD auf empirischer Basis als RRP-Partei zu bezeichnen.[22]

Zur zusammenfassenden Messung radikal-rechtspopulistischer Einstellungen unserer Befragten konstruieren wir auf Grundlage des NDM 2023 einen Index (zu den Details siehe Anhang). Diesen Index „RRP-Überzeugungen" erstellen wir durch einfache Addition der Werte von neun Einzelindikatoren und skalieren ihn im Anschluss auf einen Wertebereich von 0 bis 1.

Protestwahl und ideologische Einstellungen im Vergleich

Um zu überprüfen, ob die AfD-Wahl in Niedersachsen als Protestwahl zu verstehen ist, nutzen wir Daten aus dem NDM 2023, für den 1.000 Personen befragt wurden. Diese nun zum dritten Mal durchgeführte Längsschnittstudie hat zum Ziel, die politische Mehrheitskultur sowie Mentalitätstrends in Niedersachsen zu identifizieren und zu analysieren.[23]

Im Folgenden untersuchen wir, inwieweit die Wahlabsicht der AfD in Niedersachsen durch radikal-rechtspopulistische Einstellungen bzw. durch Protestwahlverhalten erklärt werden kann. Dafür betrachten wir zunächst eine Kreuztabelle, in der wir in den Spalten abtragen, welcher Anteil der Befragten angibt, bei einer Landtagswahl am kommenden Sonntag die AfD wählen oder nicht wählen zu wollen (siehe Tabelle 1). In den Zeilen ist vermerkt, wie viele Befragte eine andere Partei als die AfD mit höherer Sympathie betrachten bzw. der AfD die höchsten Sympathiescores zuteilwerden lassen. Im vierten Feld rechts unten ist der Anteil der Niedersächs*innen abgetragen, die alle Kriterien einer Protestwahl für die AfD erfüllen. Sie wollen trotz einer größeren Sympathie für eine andere im Landtag vertretene Partei die AfD wählen. Wir beobachten also eine Inkonsistenz zwischen der angegebenen Parteisympathie und der Wahlabsicht. Unter den Personen, die im NDM eine AfD-Wahlabsicht äußern (insge-

Case, in: Swiss Political Science Review, Jg. 20 (2014), H. 2, S. 287–304, https://doi.org/10.1111/spsr.12069.

21 Mudde, Cas: Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge 2007, https://doi.org/10.1017/cbo9780511492037.015. Populismus wird nach Mudde als „dünne Ideologie" definiert, welche die Gesellschaft in zwei homogene Gruppen – das unterdrückte Volk und die korrupte Elite – einteilt, die sich antagonistisch gegenüberstehen. Populismus kann zudem in die drei Unterdimension Anti-Elitismus, Volkszentriertheit und Homogenitätsvorstellungen unterteilt werden. Nativismus ist eng mit der Idee des Nationalstaates und des Nationalismus verknüpft und beinhaltet den Gedanken, dass jede Nation ihren eigenen Staat haben und umgekehrt jeder Staat nur eine einzige Nation/„ein Volk" beheimaten solle. Nativismus bezieht sich demzufolge auf genuine Vorrechte für diejenigen Personen, die im jeweiligen Nationalstaat geboren sind und nutzt dies für die Konstruktion der eigenen Identität in Abgrenzung zu „den Anderen". Im Autoritarismus befürworten Befragte eine starke Führung und strenge Regulierung. Damit einher geht der Ruf nach einem starken Staat, starken Grenzen und nach „Law-and-Order"-Politik.

22 Havertz: AfD's Radical Right Populism.

23 Vgl. Schenke, Julian/Munderloh, Annemieke/Franzmann, Simon T./Kühnel, Steffen: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021: Politische Einstellungen in Niedersachsen während der Corona-Pandemie, FoDEx-Studie, Göttingen 2021, S. 3, http://doi.org/10.17875/gup2021-1817.

samt 11,9 % der Wähler*innen[24]), erfüllen in der niedersächsischen Bevölkerung ca. 8 % dieses Kriterium. Vergleicht man diesen Wert mit den (hier nicht ausgewiesenen) Werten inkonsistenter Wahlabsichten für die anderen Parteien, zeigt sich, dass auch bei SPD, CDU und Grünen zwischen 7 % und 16 % der Wähler*innen dieser Parteien inkonsistente Wahlabsichten berichten. Es lassen sich also keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Wähler*innen der AfD und denen der anderen Parteien finden. Dies legt nahe, dass es sich bei den befragten Personen, die ein inkonsistentes Wahlverhalten berichten, höchstwahrscheinlich nicht um Protestwähler*innen handelt. Ihr inkonsistentes Wahlverhalten ist vermutlich vielmehr auf andere Ursachen wie zum Beispiel strategische Überlegungen außerhalb des Protestes oder zufällige Begebenheiten wie Irrtum oder auch Messfehler zurückzuführen.

Tabelle 1: Parteipräferenz und Wahlabsicht

Präferenz für andere Partei als die AfD	Wahlabsicht AfD	
	nein	ja
nein	14,8 %	91,8 %
ja	85,2 %	**8,2 %**

Eigene Berechnung auf der Grundlage der Daten des NDM 2023; gewichtete Angaben für gültige Antworten von 909 Befragten.

Um nun auch inhaltliche und wertegebundene Bestimmungsgründe der AfD-Wahl in Niedersachsen in die Analyse einzubeziehen, erweitern wir diese um radikal-rechtspopulistische Einstellungen unter den Befragten. Der Index mit einem Wertbereich von 0 (keine radikal-rechtspopulistischen Einstellungen) bis 1 (maximal ausgeprägte radikal-rechtspopulistische Einstellungen) hat einen Mittelwert von 0,49 Punkten. In Abbildung 1 ist ersichtlich, dass etwa die Hälfte der Befragten auf dem RRP-Index Werte von unter 0,5 Punkten erreicht, mehr als 85 % erreichen einen Indexwert von unter 0,75 Punkten. Umgekehrt heißt das, dass lediglich 15 % der Befragten in hohem Maß radikal-rechtspopulistische Einstellungen berichten. Sie sind in der niedersächsischen Bevölkerung demnach ungefähr normalverteilt, in Abbildung 1 zeigt sich dies in der annähernd glockenförmigen Verteilung der Indexwerte.

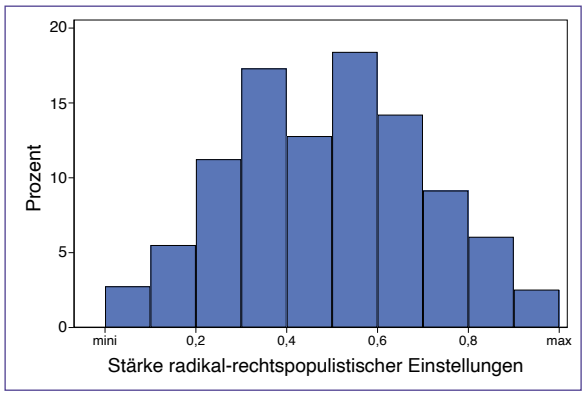


Abbildung 1: Häufigkeit radikal-rechtspopulistischer Einstellungen in Niedersachsen 2023. Eigene Berechnung auf der Grundlage der Daten des NDM 2023; ungewichtete Angaben für gültige Antworten von 907 Befragten.

Im nächsten Schritt führen wir eine binär-logistische Regression durch. Unsere abhängige Variable ist die Absicht, bei einer Landtagswahl am kommenden Sonntag die AfD zu wählen. Erklärende Variablen sind (wie schon in Tabelle 1) die Parteisympathie und die in Abbildung 1 präsentierten radikal-rechtspopulistischen Einstellungen, gemessen mit Hilfe des RRP-Index. In der logistischen Regression betrachten wir nun den Einfluss, den diese beiden Erklärungsfaktoren jeweils auf die AfD-Wahlabsicht haben. Außerdem nehmen wir Kontrollvariablen auf, deren Einfluss auf die AfD-Wahl in früheren Studien nachgewiesen wurde (Alter, Geschlecht, Einkommen).[25] Die Ergebnisse der Regressionsanalyse lassen sich in Abbildung 2 ablesen. Die Koeffizienten zeigen an, ob mit dem Anstieg der Variablen „Präferenz für andere Partei als AfD" und „Index RRP-Einstellungen" ein Anstieg oder eine Abnahme der Wahrscheinlichkeit der

24 Dies entspricht ungefähr dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Landtagswahl im Oktober 2022, bei der die Partei 11,0 % erzielte.

25 Vgl. Pickel: Die Wahl der AfD, S. 155.

AfD-Wahl einhergeht. Die Grafik zeigt, dass radikal-rechtpopulistische Einstellungen einen stark positiven Einfluss auf die AfD-Wahlabsicht haben. Je stärker eine Person radikal-rechtspopulistische Einstellungen vertritt, desto wahrscheinlicher wird es also, dass sie angibt, am nächsten Sonntag die AfD wählen zu wollen.

Im Fall der Parteisympathie entsteht ein ähnlich eindeutiges Bild. Der Koeffizient für diese Variable ist klar negativ. Die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen, nimmt also ab, wenn eine befragte Person mit einer anderen Partei stärker sympathisiert als mit den radikalen Rechtspopulisten. Diese Ergebnisse stützen die Ergebnisse aus Tabelle 1. Die AfD-Wahl wird nicht von der Absicht dominiert, einer anderen Partei durch eine strategische Protestwahl einen Denkzettel zu verpassen. Vielmehr sind es die radikal-rechtspopulistischen Einstellungen der Wähler*innen, welche die Absicht, die AfD wählen zu wollen, erklären.

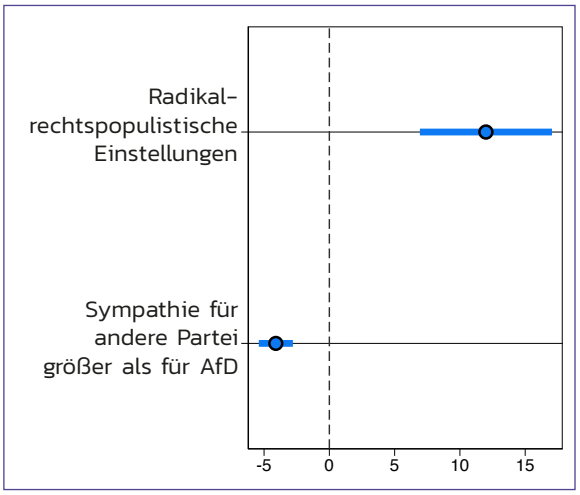


Abbildung 2: Einflussfaktoren AfD-Wahl. Eigene Berechnung auf der Grundlage der Daten des NDM 2023; gewichtete Angaben für gültige Antworten von 652 Befragten.

Auf Grundlage einer logistischen Regression lassen sich vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für das Eintreten eines Ereignisses (in unserem Fall die Wahl der AfD) für bestimmte Kombinationen von Ausprägungen einzelner erklärender Variablen berechnen. Uns interessiert, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein*e Wähler*in die AfD wählt, wenn sie*er einer (oder: keiner) anderen Partei höhere Sympathien entgegenbringt als den radikalen Rechtspopulisten und wenn sie*er stärker (oder: weniger stark) radikal-rechtspopulistisch eingestellt ist. Tabelle 2 unterscheidet in den Spalten zwischen Befragten mit und ohne Präferenz für eine andere Partei als die AfD. In den Zeilen sind verschiedene Ausprägungen radikal-rechtspopulistischer Einstellungen abgetragen. In den jeweiligen Zellen ist ausgewiesen, mit welcher Wahrscheinlichkeit eine befragte Person mit bestimmten Merkmalskombinationen die AfD wählt. Wahrscheinlichkeiten sind in Tabelle 2 in Prozent angegeben.

Tabelle 2: Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl nach RRP-Einstellungen und Präferenz für andere Partei als AfD

Ausmaß radikal-rechtspopulistischer Einstellungen (min: 0; max: 1)	Präferenz für andere Partei als AfD	
	nein	Ja
0	0 %	0 %
0,25	0 %	0 %
0,5	4 %	0 %
0,75	46 %*	1 %
1	95 %*	22 %

Eigene Berechnung auf der Grundlage der Daten des NDM 2023; gewichtete Angaben für gültige Antworten von 652 Befragten; * statistisch signifikanter Wert mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als 5 %.

Wiederum zeigt sich, dass die Wahl der AfD eher nicht auf Protest zurückzuführen ist. Haben unsere Befragten eine Präferenz für eine andere Partei als die AfD, so liegt die Wahrscheinlichkeit für die Wahl der AfD selbst bei maximal ausgeprägten radikal-rechtspopulistischen Einstellungen lediglich bei 22 %, zudem ist der Wert statistisch nicht signifikant. Selbst Menschen mit stark radikal-rechtspopulistischen Einstellungen sind demnach eher nicht bereit, ihrer bevorzugten Partei durch die Wahl der AfD einen Denkzettel zu verpassen. Ist jedoch die AfD die Partei mit den höchsten Sympathiewerten und erreicht eine befragte Person 0,75 oder mehr Punkte auf unserem RRP-Index, liegt die Wahrscheinlichkeit einer AfD-Wahl schnell bei 50 % und darüber. Dieses Ergebnis spricht dafür,

dass die Wähler*innen der AfD ideologisch mit dieser Partei übereinstimmen und keiner anderen Partei größere Sympathien entgegenbringen als den radikalen Rechtspopulisten. Im NDM 2023 finden wir, dass etwas mehr als 11 % aller Befragten radikal-rechtspopulistische Einstellungen pflegen. Von diesen 11 % geben lediglich 42 % an, dass die AfD ihre am meisten präferierte Partei sei. Und weniger als 23 % dieser ideologisch auf der Seite der AfD stehenden Befragten geben an, die AfD tatsächlich wählen zu wollen. Es scheint also so, als hätte die AfD ihr Potenzial in Niedersachsen noch lange nicht ausgeschöpft.

Eine feste AfD-Stammwähler*innenschaft

Die Ergebnisse unserer Analyse zeigen ein einheitliches Bild: Radikal-rechtspopulistische Einstellungen erklären in Niedersachsen die Wahl der AfD besser als ein in Medienberichten immer wieder hervorgehobenes Protestwahlverhalten, das als Erklärung unplausibel erscheint. Warum aber geben dann Personen in so hohem Ausmaß in Nachwahlbefragungen an, ihre Wahlentscheidung aus Protest getroffen zu haben, obwohl eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass sie Einstellungen vertreten, die mit denen der AfD übereinstimmen?

Eine naheliegende Vermutung wäre der Einfluss sozialer Erwünschtheit auf die Antwort in der Umfrage, da es einem gesellschaftlichen Tabu unterliegt, sich offen zu einer radikal- rechtspopulistischen Partei wie der AfD zu bekennen.[26] Indem Befragte angeben, sie hätten eine Partei aus Protest gewählt, versuchen sie, möglichst nicht mit der AfD assoziiert zu werden.

Eine weitere Vermutung wäre, dass die Befragten „Protest" bei der Umfrage in anderer Weise interpretieren, als Sozialwissenschaftler*innen dies tun. In anderen Kontexten – und auch in manchen empirischen Studien[27] – wird Protestwahl oftmals mit genereller Unzufriedenheit mit dem politischen System, den Politiker*innen oder der Demokratie verstanden. Eine prominente These, die das AfD-Wahlverhalten erklären soll, ist die sogenannte Post-Demokratiethese. In dieser wird „Protestwahl" zusammen mit politischer Entfremdung als Erklärung für die AfD-Wahlentscheidung gesehen.[28] Dies deutet auf ein komplexeres Verständnis von Protestwahlverhalten hin, das über das hier verwendete Erklärungsmuster hinaus weitere Faktoren einbezieht.

Unsere Befunde zeigen jedoch zusammenfassend, dass hinter der AfD-Wahl in Niedersachsen mehr als nur flüchtiger Protest steht. Die AfD-Wähler*innenschaft sollte daher weder in ihrer Anzahl noch in ihrer inhaltlichen Ausrichtung unterschätzt werden. Die solide ideologische Fundierung ihrer Wahlentscheidung in Kombination mit eindeutigen Sympathien für die Partei birgt das Potenzial, eine feste Stammwähler*innenschaft der AfD in Niedersachsen zu entwickeln. Und dieses Potenzial, so steht zu befürchten, ist noch lange nicht ausgeschöpft.

Literatur:

Alvarez, R. Michael/Kiewiet, D. Roderick/Núñez, Lucas: A Taxonomy of Protest Voting, in: Annual Review of Political Science, Jg. 21 (2018), H. 1, S. 135–154, https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-050517-120425.

Arzheimer, Kai/Bernemann, Theresa: 'Place' Does Matter for Populist Radical Right Sentiment, but How? Evidence from Germany, in: European Political Science Review, Jg. 16 (2024), H.2, https://doi.org/10.1017/S1755773923000279.

Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias: Die AfD: Eine unterschätzte Partei. Soziale Erwünschtheit als Erklärung für fehlerhafte Prognosen, in: IW-Report, H. 7/2017, URL: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/332686/IW-Report_7_2017_Die_AfD_Eine_unterschaetzte_Partei.pdf [eingesehen am 5.4.2024].

Blumenberg, Manuela S./Blumenberg, Johannes N.: Auch mittelfristig eine Alternative? Eine vergleichende Analyse der Wählerschaft der AfD, der Republikaner und der Grünen während ihrer Etablierungsphasen, in: Social Indi-

26 Bergmann/Diermeier: Die AfD: Eine unterschätzte Partei.

27 Pickel: Die Wahl der AfD.

28 Ebd.

cators Information Service, H. 57/2017, S. 8–11, https://doi.org/10.15464/isi.57.2017.8-11.

Franzmann, Simon T.: Extra-Parliamentary Opposition within a Transforming Political Space: The AfD and FDP under Merkel III between 2013 and 2017, in: German Politics, Jg. 28 (2019), H. 3, S. 332–349, https://doi.org/10.1080/09644008.2018.1512972.

Giger, Nathalie/Lefkofridi, Zoe: Salience-Based Congruence Between Parties & Their Voters: The Swiss Case, in: Swiss Political Science Review, Jg. 20 (2014), H. 2, S. 287–304, https://doi.org/10.1111/spsr.12069.

Harfst, Philipp/Blais, André/Bol, Damien: Voting Strategically in Two-Vote Elections, in: Stephenson, Laura/Aldrich, John/Blais, André (Hrsg.): The Many Faces of Strategic Voting. Tactical Behavior in Electoral Systems Around the World, Ann Arbor 2018, S. 150–177, https://doi.org/10.3998/mpub.9946117.

Havertz, Ralf: AfD's Radical Right Populism, in: ders. (Hrsg.): Radical right populism in Germany: AfD, Pegida, and the identitarian movement, London 2021, S. 52–66, https://doi.org/10.4324/9780367815981-5.

Hirndorf, Dominik/Neu, Viola: Landtagswahl in Niedersachsen am 9. Oktober 2022, in: MONITOR Wahl- und Sozialforschung, 10.10.2022, URL: https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/wahlanalyse-der-landtagswahl-in-niedersachsen-am-9-oktober-2022 [eingesehen am: 27.02.2024].

John, Stefanie: Analyse der Landtagswahl in Niedersachsen 2022, in: böll.brief Demokratie & Gesellschaft, H. 31/2022, URL: https://www.boell.de/sites/default/files/2022-10/boellbrief_analyse_landtagswahl_niedersachsen_2022.pdf [eingesehen am 25.03.2024].

Kerl, Christian: Niedersachsen-Wahl: AfD nutzt Inflationsangst für Comeback, in: morgenpost.de, 9.10.2022, URL: https://www.morgenpost.de/politik/article236630763/wahl-niedersachsen-afd-gewinne.html [eingesehen am 27.02.2024].

Kselman, Daniel/Niou, Emerson: Protest voting in plurality elections: a theory of voter signaling, in: Public Choice, Jg. 148 (2011), H. 3, S. 395–418, https://doi.org/10.1007/s11127-010-9661-2.

Mudde, Cas: Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge 2007, https://doi.org/10.1017/CBO9780511492037.

Pickel, Susanne: Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? in: Korte, Karl-Rudolf/Schoofs, Jan (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, und Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2019, S. 145–175, https://doi.org/10.1007/978-3-658-25050-8_7.

Reif, Karlheinz/Schmitt, Hermann: Nine second-order national elections–a conceptual framework for the analysis of European Election results, in: European Journal of Political Research, Jg. 8 (1980), H. 1, S. 3–44, https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.1980.tb00737.x.

Rippl, Susanne/Seipel, Christian: Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie: Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 70 (2018), H. 2, S. 237–254, https://doi.org/10.1007/s11577-018-0522-1.

Sandmann, Philipp: AfD vor Comeback in Niedersachsen: Sind die Rechtspopulisten jetzt auch im Westen erfolgreich? in: ntv.de, 07.10.2022, URL: https://www.n-tv.de/politik/AfD-vor-Comeback-in-Niedersachsen-Sind-die-Rechtspopulisten-jetzt-auch-im-Westen-erfolgreich-article23635920.html [eingesehen am 07.03.2024.

Schenke, Julian/Munderloh, Annemieke/Franzmann, Simon T./Kühnel, Steffen: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021: Politische Einstellungen in Niedersachsen während der Corona-Pandemie, FoDEx-Studie, Göttingen 2021, https://doi.org/10.17875/gup2021-1817.

Schmidt, Martin: AfD-Ergebnis in Niedersachsen: Eine Art Sieg für Chrupalla, in: tagesschau.de, 10.10.2022, URL: https://www.tagesschau.de/inland/niedersachsen-afd-101.html [eingesehen am 27.02.2024].

Schröder, Martin: AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich, in: SOEPpapers, H. 975/2018, URL: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.595120.de/diw_sp0975.pdf [eingesehen am 5.4.2024].

Anhang:

Operationalisierung „AfD-Protestwahl" im Niedersächsischen Demokratie-Monitor 2023

1. Sonntagsfrage:
Und wenn am nächsten Sonntag in Niedersachsen Landtagswahl wäre, würden Sie sich dann voraussichtlich an der Wahl beteiligen?

1. Ja
2. Nein
3. Nein, war nicht wahlberechtigt

[WENN TEILNAHME NÄCHSTE LANDTAGSWAHL]
Und welche Partei würden Sie dann wählen?

1. SPD
2. CDU
2. Bündnis 90/Die Grünen
4. AfD
5. FDP
6. Linke
7. Andere Partei

2. Radikal-rechtspopulistische Einstellungen:
Additiver Index mit folgenden Einstellungsfragen:

Die Politiker handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.

Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigen politischen Entscheidungen treffen.

Ein einfacher Bürger würde meine Interessen besser vertreten als ein Berufspolitiker.

Deutschland braucht eine starke Führung, an deren Vorgaben sich alle halten müssen.

Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.

Deutschland sollte keine zusätzlichen Flüchtlinge aufnehmen.

Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.

1. Stimme überhaupt nicht zu
2. Stimme eher nicht zu
3. Teils/teils
4. Stimme eher zu
5. Stimme voll und ganz zu

3. Alter:
In welchem Jahr wurden Sie geboren?

4. Geschlecht
Sind Sie...

1. Männlich
2. Weiblich
3. Divers

5. Einkommen
Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen Ihres Haushaltes insgesamt? Ich meine damit alle Einkünfte von allen Personen in Ihrem Haushalt. Rechnen Sie bitte alle Einkünfte zusammen, die sich durch Arbeit, durch öffentliche Unterstützung, durch Vermietung und ähnlichem ergeben.

1. Unter 500 EUR
2. 500 bis unter 1.000 EUR
3. 1000 bis unter 1.500 EUR
4. 1500 bis unter 2.000 EUR
5. 2000 bis unter 2.500 EUR
6. 2500 bis unter 3.000 EUR
7. 3000 bis unter 3.500 EUR
8. 3500 bis unter 4.000 EUR
9. 4000 bis unter 4.500 EUR
10. 4500 Euro und mehr

Sally A. Fitzpatrick (B. A.) studiert an der Georg-August-Universität Göttingen Politikwissenschaft und Kulturanthropologie im Master. Seit November 2022 arbeitet sie am Institut für Demokratieforschung im FoDEx Projekt als studentische Mitarbeiterin im Bereich Niedersächsischer Demokratie-Monitor.

Dr. Philipp Harfst ist Projektmanager von FoDEx und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung. Seine Forschung ist im Spannungsfeld zwischen vergleichender Demokratie-, Einstellungs- und Verhaltensforschung angesiedelt. Insbesondere interessiert er sich für Fragen der Demokratiezufriedenheit und der politischen Legitimität sowie deren institutioneller und individueller Determinanten.

Bislang im Demokratie-Dialog erschienen:

DemDi 1:

Jonathan Riedl / Matthias Micus: Der blinde Fleck des Extremismus(-Begriffes)

Lino Klevesath: Radikaler Islam

Katharina Trittel: Beobachtungen zum 17. Juni – Identitäre Bewegung in Berlin

DemDi 2:

Philipp Scharf: Radikaler Protest im Kontext des G20-Gipfels

Annemieke Munderloh: Vom Neonazi zum Muǧāhid

Stefan Eisen / Lars Geiges: Staatsleugnerinnen vor Gericht

DemDi 3:

Lars Geiges: Landespolitik zwischen Freiheit und Sicherheit

Joris Sprengeler / Lino Klevesath: V-Leute in der salafistischen Szene

Katharina Trittel: Gedanken zum „Tag der Deutschen Zukunft"

DemDi 4:

Philipp Scharf / Matthias Micus: 1989: Die Göttinger Autonomen im Zenit ihrer Kraft

Stine Marg: „Wehrhafte Demokratie" als historische Legitimationsgrundlage des Verfassungsschutzes

Niklas Knepper: Rechtsradikaler Raumforderungskampf in Göttingen und am Campus?

DemDi 5:

Niklas Knepper / Marie Nolte: Von kleinen und großen Germanen –
Ein Film als Einladung an die „Neue Rechte"

Stine Marg / Julian Schenke / Florian Finkbeiner: Gegen einen formalistischen Demokratiebegriff

Teresa Nentwig: Gewaltausbrüche bei den Gelbwesten-Protesten in Frankreich

DemDi 6:

Julian Schenke / Florian Finkbeiner / Amelie Neumann: Das Potenzial der Cleavage-Perspektive

Anna König: Ein Blick auf die radikale Linke Italiens seit den 1960er Jahren

Joris Sprengeler: Die radikale Scharia in der Bundesrepublik

DemDi 7:

Dominik Dewitz / Mari Nolte: AfD in Salzgitter

Florian Grahmann / Lino Klevesath: Radikalislamische Akteure während Corona

Joris Sprengeler: Widerstand 2020

DemDi 8:

Interview mit Simon T. Franzmann: Über die zukünftige Ausrichtung von FoDEx

Philipp Scharf / Julian Schenke: Ein Diskurs sucht seinen Gegenstand

Katharina Trittel / Florian Finkbeiner / Sören Isele: Göttingens rechte Protest-geschichte nach 1945

DemDi 9:

Tobias Neef-Methfessel: Der Sozialist und der Staatsschutz

Marvin Hild: Zwischen Schein du Sein

Florian Finkbeiner: Niedersächsische Rechtsparteien in Corona-Zeiten

DemDi 10:

Simon T. Franzmann: Eine polarisierende Zufriedenheit

Marco Bitschnau: Wenn nicht nur die Erde sich erhitzt

Helge Regner: Zwischen Shoahrelativierungen und Verschwörungsmythen

DemDi 11:

Joschua Helmer: Neuer Ordner

Stephanie Buchholz: Auf der psychoanalytischen Couch

Alexander Hensel: Zwischen Gärung und Klärung

DemDi 12:

Nadine Kasten / Simon T. Franzmann: DieBasis: Partei der Unzufriedenen?

Philipp Scharf: Das Imperium schlägt zurück

Alexander Hensel: Krisenprotest und neue Polarisierung

DemDi 13:

Philipp Harfst: Macht Stadtluft zufrieden?

Greta Jasser: Antifeminismus als Brückennarrativ der Radikalen Rechten

Ousama Sheihk Muhammed / Mareike Rohloff: Takfir als politisches Instrument

Bislang erschienene Ausgaben im Universitätsverlag Göttingen

Impressum

Verantw. i. S. d. nieders. Pressegesetzes:
Prof. Dr. Simon Franzmann
Institut für Demokratieforschung der
Universität Göttingen
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen
Tel.: +49 551 39 1701-00
Fax: +49 551 39 1701-01

Chefredakteur:
Philipp Scharf

Herausgeber:
Prof. Dr. Simon Franzmann (Wissenschaftlicher Leiter)
Dr. Philipp Harfst (Projektmanager)
Lino Klevesath (Stellvertretender Projektmanager)
Philipp Scharf

Lektorat:
Dr. Katharina Trittel

Layout und Gestaltung:
Dr. Robert Lorenz

Satz und Bildbearbeitung:
Katja Töpfer

Die „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen" wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport.

Schrift:
Kanit Font, Cadson Demak [http://cadsondemak.com/], 2015, SIL Open Font License v1.10 [https://openfontlicense.org/]

Rechte:
Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.

© 2024 Universitätsverlag Göttingen
http://univerlag.uni-goettingen.de

ISSN (Print) 2568-0641
ISSN (Online) 2748-0127

https://doi.org/10.17875/gup2024-2626

GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT GÖTTINGEN IN PUBLICA COMMODA SEIT 1737

FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen

www.fodex-online.de

IfDem

Institut für Demokratieforschung Göttingen

www.ifdem.de